

AUSWEITUNG DER TOLERANZZONE

TITA VON HARDENBERG

SCHWERPUNKT:

AUF DEM WEG ZUR
VOLLBESCHÄFTIGUNG

MIT BEITRÄGEN VON

PETER GLASER

KARL-HEINZ PAQUÉ

SASCHA TAMM

JOSEF JOFFE: WIE SICH DIE LIBERALEN POSITIONIEREN MÜSSEN

CHRISTIAN ULMEN: WARUM INNERE FREIHEIT VERNUNFT IST

JOACHIM HUNOLD: WIESO DEUTSCHLAND ABZUSTÜRZEN DROHT



**Lassen Sie doch
mal wieder die
Kinder gewinnen –
mit Ihrer Pflege-
Zusatzversicherung**

Wenn im Pflegefall Kosten von mehreren Tausend Euro im Monat zusammenkommen, reicht die gesetzliche Pflegeversicherung nicht aus. Dann müssen unsere Kinder für die Rechnung der Eltern geradestehen. Gut, dass der Staat jetzt die zusätzliche private Pflegevorsorge fördert. Sie hilft Jung und Alt. Erfahren Sie mehr unter www.pkv.de



„VIELLEICHT IST EINE GEWISSE GE- LASSENHEIT DIE EINZIG RICHTIGE REAKTION DER FDP.“

DAVID HARNASCH
CHEFREDAKTEUR

Illustration: E. Merhein nach einem Foto von A. Meissner

Die Debatten des Jahres lassen erahnen, welcher Tonfall den Bundestagswahlkampf bestimmen wird. Das Übermaß an vermeintlich moralischer Empörung bei gleichzeitiger aggressiver intellektueller Unredlichkeit legt nahe, dass wir einen Wahlkampf erleben werden, der weniger denn je von Argumenten getragen sein wird. Vordergründig scheint das ein Nachteil zu sein für eine pluralistische Partei starker Charaktere, die einerseits ihre internen Meinungsverschiedenheiten laut und vernehmlich austragen, dabei aber andererseits in der Konkurrenz mit dem anderen politischen Lager auf dessen Tonfall der Auseinandersetzung nicht eingehen - dem Rat der Bibel folgend: „Antworte dem Narren nicht nach seiner Narrheit, dass du ihm nicht auch gleich werdest!“

Doch vielleicht ist eine gewisse Gelassenheit die einzige richtige Reaktion der FDP. **Selbst hartgesottene Politredakteure schütteln inzwischen den Kopf über die Unsachlichkeit der nur vermeintlich politischen Auseinandersetzungen.** Den meisten Menschen geht es wohl nicht anders. Sie diskutieren andere Themen als die Talkshows. Zumal es wirklich politische Fragen gibt, die dringend geklärt werden müssen: Wie große Infrastrukturprojekte erfolgreich umgesetzt werden können, ist nicht nur mit Blick auf Flughäfen und Bahnhöfe von Bedeutung, sondern wird im Rahmen der Energiewende jeden Haushalt betreffen. Jene Hunderttausende, die ihre Stromrechnungen schon jetzt nicht mehr begleichen können oder im Schatten einer Windturbine oder eines neu zu errichtenden Hochspannungsmastes wohnen mehr - diejenigen mit hohem Einkommen weniger respektive eher in Form der Frage, ob die Solarmodule auf dem Dach auch in 20 Jahren noch rentieren. Die Frage nach der Zukunftsfähigkeit des Landes stellt in dieser Ausgabe ab Seite 74 der Gründer von

Air Berlin, Joachim Hunold - nicht nur ihm schuldet die Politik Antworten.

Man kann an zwei Berliner Kiezen die ganz unterschiedliche Problemwahrnehmung der breiten Bevölkerung einerseits und der Medienschaffenden andererseits aufzeigen. Im Prenzlauer Berg sorgt der grüne Bezirksrat Jens-Holger Kirchner mit dem Verbot von „Luxussanierungen“, also der Renovierung von Badezimmern oder dem Anbau von Balkonen, für wohlwollende Schlagzeilen. Sein neuester Vorstoß zielt darauf, Restaurantgründungen zu verbieten. Die in den vergangenen 20 Jahren zugezogene Medien-Bohème goutiert das: **Man gentrifiziert seine Umgebung, bis man sich wohl fühlt und das Ergebnis erhält unter einer gesetzlichen Käseglocke Bestandsschutz.** Zugeleich hat der Rechtsstaat in Neukölln, wo die migrantische Bevölkerung sich nicht primär aus europäischen und amerikanischen Akademikern rekrutiert, Hausverbot. Die Freiheitspreisträgerin Necla Kelek schildert das Phänomen der „Friedensrichter“ ab Seite 80.

Zwar neigt die deutsche Volksseele zu irrationalen Überreaktionen, wie die Mehrheitsmeinung zu Gentechnik, Fracking oder Kernkraft zeigt. Aber in der Bevölkerung ist mehr gesunder Menschenverstand vorhanden als unter den Medienschaffenden, die zuerst den garantierten Rauswurf der FDP aus dem Niedersächsischen Landtag vorab bejubelten, um dann dem Wähler vorzuwerfen, dass er seine Stimmen taktisch wohlüberlegt vergab. Wäre nicht die FDP Nutznießerin dieses klugen Handelns gewesen, hätte man es als Sternstunde der politischen Mündigkeit gefeiert. Gut beraten wäre die FDP, wenn sie im Gegensatz zu den schlauen Wahlanalysten die einzige Lehre beherzigte, die man wirklich aus der Niedersachsenwahl ziehen kann: dass man die Demoskopie nicht zu ernst nehmen sollte. Was zählt, ist an der Urne. ●

3	EDITORIAL
4	INHALT
6	#LIBERALMAGAZIN
8	FREMDSSEHEN
40	MIERSCHS MYTHENLESE Klima und Meinungsklima
42	ZENTRALMOTIV Internationaler Frühschoppen
44	WUTPROBE Lufthoheit
46	AUTOREN DER FREIHEIT Tanja Dückers
47	FREIDENKER Kreuzworträtsel
60	LAGEBERICHT Prohibition weltweit
62	DUELL/DUETT Herzinger trifft Abdel-Samad
75	IMPRESSIONUM
79	STEUERVERSENKUNG DES QUARTALS
92	ZITATE DER FREIHEIT Christian Ulmen
93	BÜCHER
96	WOLFGANG GERHARDT TRIFFT Matthias Horx

liberal IM ABBONNEMENT
Alles dazu auf Seite **45**



SCHWERPUNKT „ZUKUNFT DER ARBEIT“

Auf dem Weg zur Vollbeschäftigung

Versprachen Politiker in vergangenen Jahrzehnten Vollbeschäftigung, mutete das angesichts Millionen Arbeitsloser wie blander Hohn an. Der Glaube daran war ungefähr so fest wie an Norbert Blüms Diktum:

„Die Rente ist sicher.“ Doch nun, da die Babyboomer aus dem Erwerbsleben ausscheiden, werden Arbeitskräfte langsam rar. Vollbeschäftigung ist keine Utopie mehr - sichere Renten umso mehr.

10

ZUKUNFTSMODELL

Deutschland ist im Umbruch: Die Bevölkerungsstruktur des Landes verändert sich in den kommenden Jahrzehnten massiv. Am stärksten davon betroffen ist der Arbeitsmarkt.

VON KAPKA TODOROVA

20

BALLAST ABWERFEN

In einer Marktwirtschaft sind Gewerkschaften legitime Akteure. Faktisch missbrauchen sie jedoch Mitgliedsbeiträge, um ihre staatsgläubige Haltung zu propagieren. Das könnte sich ändern - wenn es unter den Organisationen stärkere Konkurrenz gäbe. Träumerei vom Ende eines Quasi-Monopols. VON SASCHA TAMM

16

SCHÖNE NEUE ARBEITSWELT

In der Arbeitswelt der Zukunft werden die Arbeitnehmer am längeren Hebel sitzen, glaubt Karl-Heinz Paqué. Der frühere Finanzminister von Sachsen-Anhalt erwartet als Folge des demografischen Wandels eine Renaissance der Vollbeschäftigung. Ein Interview.

VON BORIS EICHLER

22

THE KIDS ARE ALRIGHT

Die Chefs der Startups im Silicon Valley werden immer jünger. Denn niemand weiß so gut wie diese Teenager, was ihre Altersgenossen in der Onlinewelt wollen. VON PETER GLASER

GESELLSCHAFT



28 WOHLSEIN

Das Pflegeheim Öjendorf bietet alkoholkranken Menschen ein Zuhause. Das Besondere: Jeder darf so oft und so viel trinken, wie er will. **VON FRANK BURGER**

34 REIFEPRÜFUNG

Rechtes Denken lässt sich nicht durch ein Verbot der NPD eliminieren. Eine freiheitliche Gesellschaft muss auch diese Gesinnung aushalten. **VON STEFAN RUPPERT**

36 HELEN GEGEN GOLIATH

Helen Zille ist die Großnichte des Berliner Milieumalers Heinrich Zille. Die liberale Politikerin kämpft dafür, dass die Demokratie in Südafrika nicht scheitert. Ein Porträt **VON WOLFGANG DRECHSLER**

48 DIE ZUKUNFT KOMMT – BESTIMMT

Der Deutschen liebste Prognosen sind finster. Und der Lust an Dystopien folgt die Lust an dirigistischen Eingriffen.

VON JAN-PHILIPP HEIN

50 UPGRADE ZUM ERFOLG

Die FDP hat ein Angebots- und Standortproblem. Beide sind in Wahrheit eins. Das Problem heißt: Positionierung im politischen Markt. **VON JOSEF JOFFE**

54 DIE GROSSE ERNÜCHTERUNG

Wie ein Freiheit liebendes Land wie die USA dazu kam, den Alkohol zu verbieten: zur Geschichte eines teuren und gefährlichen politischen Fehlers. **VON OLIVER JEGES**

WIRTSCHAFT



64 NEHMEN IST SELIGER DENN GEBEN

Sie sind die größten Arbeitgeber des Landes. Und wo immer in den Wachstumsfeldern des Sozialstaats etwas zu holen ist, sind die Wohlfahrtsverbände vorn mit dabei. **VON KONRAD FISCHER**

70 HIMMELSTÜRMER

Früher war Solomon Passy Außenminister Bulgariens. Heute will der Liberale Ordnung in das Weltall bringen. **VON KAPKA TODOROVA**

74 ABSTURZGEFAHR

Deutschland droht der Regulierungswut seiner politischen Klasse wegen zum Globalisierungsverlierer zu werden.

VON JOACHIM HUNOLD

76 ORGIEN DER ILLEGALITÄT

Griechenlands Problem sind nicht allein seine Staatsschulden. Die Sanierung des Landes wird nur gelingen, wenn der Staat es schafft, die Korruption in den zu Griff bekommen. **VON ELLEN MADEKER**

KULTUR



80 BEIM BARTE DES PROPHETEN

Nicht nur Familienangelegenheiten schlachten die sogenannten „Friedensrichter“ - sie mischen sich auch in Strafsachen ein. Der Folgen dieser muslimischen Schattenjustiz scheint sich der deutsche Rechtsstaat nicht bewusst zu sein. **VON NECLA KELEK**

84 DIE NEUE SANGESLUST

Im Dritten Reich ideologisch missbraucht, war das gemeinschaftliche Singen aus dem Alltag verschwunden. Nun erleben Chöre ihre Wiederauferstehung - in urbanen Szenekneipen. **VON RALF KALSCHEUR**

90 KEIN SCHWEIN GEWORDEN

Im Deutschland der 70er-Jahre war der Mainstream links - trotzdem fühlte man sich als Rebell. Diese Haltung haben sich viele Journalisten bis heute bewahrt.

VON JAN FLEISCHHAUER

94 URBANE LEBENSBLÜTEN

Das ARD-Magazin „Polylux“ ist fünf Jahre nach seiner Einstellung Legende. Markenkern der Sendung war es, die Grenzbereiche der Freiheit auszuloten. **VON BORIS EICHLER**

APP-VERSION

Wenn Sie noch tiefer in die Debatten zur Freiheit eintauchen wollen, empfehlen wir Ihnen die App-Version von *liberal*. Sie ist als iPad- und Androidversion für Abonnenten gratis erhältlich (Zugangscode auf dem Adressetikett) und enthält multimediales Zusatzmaterial:

- Video
- Bildergalerie
- Audio(slide)
- Leseprobe



GREEN LIVING

Kein Fleisch mehr essen? Allein auf die Naturheilkunde vertrauen? Auf dem Land in Kommunen leben? Prinzipien des modernen „Bionade-Biedermeier“ und zugleich Maximen der Lebensreformbewegung, die sich Mitte des 19. Jahrhunderts entwickelte. Aus der ging August Engelhardt hervor, der 1902 seine Vorstellungen von naturverbundener Lebensführung in die Realität umsetzte: Die Kokosnuss sei die Frucht, die der Sonne am nächsten wachse, und darum die vollkommenste Nahrung. So gründete Engelhardt in der Südsee eine Kokosrepublik und lebte dort mit Gleichgesinnten getreu den Regeln seines Kokosevangeliums. Mehr als fünf Genossen konnte er nicht versammeln, vier Jahre später wog er noch 39 Kilo. Nun, 100 Jahre später, verhalf ihm der Schriftsteller Christian Kracht zu posthumem Ruhm: Er hat Engelhardts Geschichte in seinem aktuellen Roman „Imperium“ verarbeitet.

RANKING

1	TSCHAD	80
2	HAITI	80
3	LIBERIA	80
4	DEMOKRATISCHE REPUBLIK KONGO	71
5	SIERRA LEONE	70.2
6	NIGERIA	70
...		
119	MALEDIVEN	16
120	DEUTSCHLAND	15.5
121	BELGIEN	15.2
122	CHILE	15.1
123	VEREINIGTE STAATEN	15.1
124	MAROKKO	15
...		
151	FRANKREICH	6.2
152	ÖSTERREICH	6
153	IRLAND	5.5
154	LITAUEN	4
155	MALAYSIA	3.8
156	TUNESIEN	3.8
157	TAIWAN	1.16

Bevölkerungsanteil unter der Armutsgrenze

Als armutsgefährdet gilt jeder, der weniger als 60 Prozent des sogenannten Nettoäquivalenzeinkommens zur Verfügung hat. Diese Schwelle liegt in Deutschland für Alleinstehende bei etwa 850 Euro, für eine Familie mit zwei Kindern bei gut 1.780 Euro. Liberale Ökonomen kritisieren diesen relativen Armutsbegriff. Denn wenn alle Einkommen in einer Gesellschaft stark steigen – ja selbst bei einer Verdoppelung –, bleibt der Anteil der „Armen“ oder „Armutgefährdeten“ unverändert. Der relative Armutsbegriff hat daher weniger mit Armut, sondern mehr mit der Verteilung von Wohlstand zu tun. Deshalb ist er bei jenen besonders beliebt, die gerne den Wohlstand umverteilen, den sie selbst gar nicht erwirtschaftet haben. Es kommt ja nicht einmal darauf an, wie viel Wohlstand vorhanden ist – nur die Verteilung zählt. Danach ist eine Gesellschaft reich, in der alle gleich viel haben; so wird es versprochen. In der Realität läuft dieses Versprechen jedoch auf eine Gesellschaft hinaus, in der alle gleich wenig haben (real existierender Sozialismus). So bestätigt dieses internationale Ranking jedermanns Bauchgefühl: Bei uns geht's so gerecht zu wie auf den Malediven, aber Tunesien ist schon heute besser dran als Deutschland.

Quelle: indexmundi.com



VOLKES STIMME

„WIE STEHEN SIE ZU UNSEREM ZIEMLICH BESTEN FREUND FRANKREICH?“

1

Martin Schubert (34), Autor:

Trotz allen Geredes über europäische Krisenzeiten gibt es mir stetig Hoffnung zu wissen, dass man tatsächlich mit Abkommen wie dem Elysée-Vertrag einen wahren Frieden zwischen Nachbarn erreichen kann, der die vergangene Zwietracht als absurden Albtraum erscheinen lässt.

2

Thomas Regensburger (52),
Selbstständiger:

Mit 18 besuchte ich einen Vorort von Paris. Ehe ich meine Gastmutter näher kennenlernen konnte, händigte sie mir die Schlüssel von ihrem Peugeot aus, in dem mich ihre minderjährige Tochter zu den Sehenswürdigkeiten navigieren sollte. Weil ein solches Angebot im umgekehrten Fall eines Besuchs in meiner Familie außerhalb

meiner Vorstellungskraft lag, überkam mich Scham – und ich begann, die Franzosen für ihre Art heimlich zu bewundern.

3

Ralf Bönt (49), Schriftsteller und Physiker:

Diese Freundschaft, so funktionell sie ist, gehört zum Besten, was das sonst so düstere 20. Jahrhundert hervorgebracht hat. Sie beweist, dass der Mensch Vorurteile, die er leicht heilig spricht, überwinden kann.

4

Evelyn Rehm (57),

Membership and Circulation Manager: Für mich bedeutet die deutsch-französische Freundschaft eine tiefe kulturelle Verbundenheit. Filme der Nouvelle Vague, Musik von Serge Gainsbourg oder Bücher von Simone de Beauvoir möchte ich nicht missen. Fernsehen ohne Arte: undenkbar.

5

Christine Schüßler (42),
Projektkoordinatorin:

Ich finde es wunderbar, einen Nachbarn mit so großer landschaftlicher Vielfalt und Schönheit, dieser wunderbar klangvollen Sprache und dem unverwechselbaren „Savoir-vivre“ zu haben. Schade finde ich, dass auf beiden Seiten abnehmende Interesse am Erlernen der anderen Sprache.

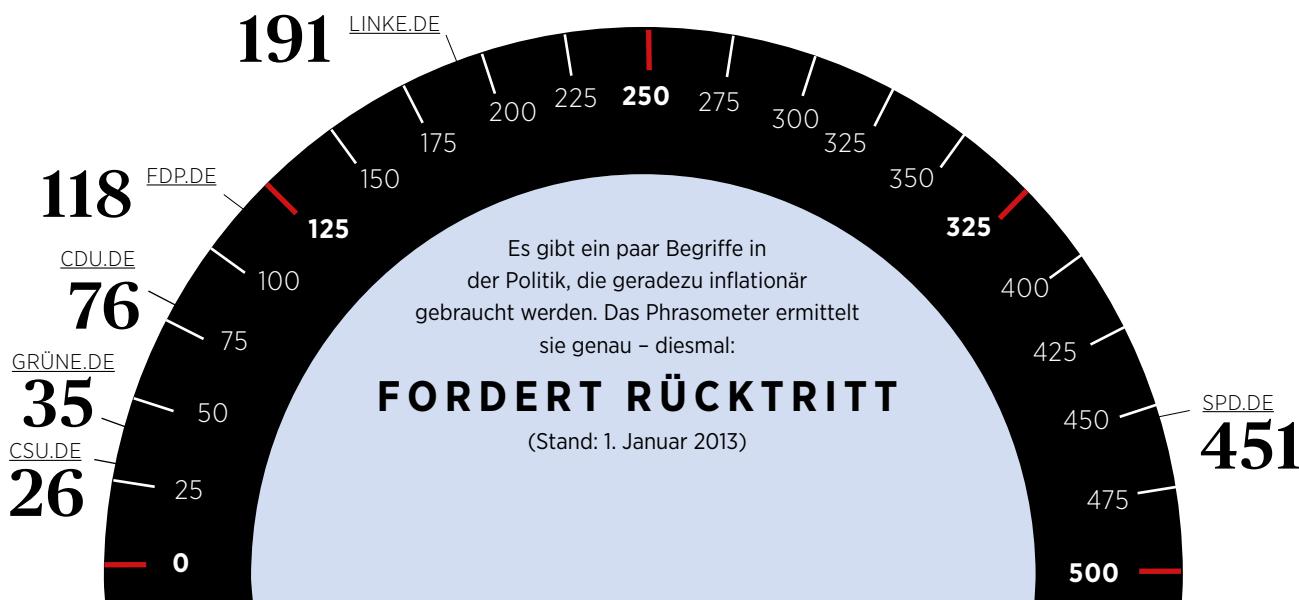
6

Georg Mellert (34), Dramaturg:

Für mich persönlich war die Begegnung mit der französischen Kultur, vor allem dem Kino und der Literatur, prägend. Eigentlich absurd, dass die deutsch-französische Freundschaft nach Jahrhunderten des Austauschs und der gegenseitigen Befruchtung erst zwischen Politikern vertraglich vereinbart werden musste.

PHRASOMETER

Wie oft finden sich bestimmte Schlüsselwörter auf den Webseiten der Parteien?



WAS DAS AUSLAND TITELT

Welche Ereignisse als wesentlich gelten, hängt vom jeweiligen Land und seiner politischen und gesellschaftlichen Situation ab. Wir zeigen in jeder Ausgabe von *liberal* die Titelseite einer ausländischen Zeitschrift und reißen in kurzen Übersetzungen die Themen an.

Diesmal die 1989 gegründete **NOTICIAS** AUS ARGENTINIEN, Ausgabe vom 5. Januar 2013

NOTICIAS
AUS ARGENTINIEN

„NOTICIAS“ AUS ARGENTINIEN

Die regierungskritische, unabhängige Zeitschrift steht keiner Oppositionspartei beziehungsweise -gruppierung direkt nahe. Sie gilt mit einer Auflage von 63.000 Exemplaren als wichtigste politische Zeitschrift Argentiniens. Zu ihren Autoren zählen hauptsächlich dem Liberalismus nahestehende Journalisten. Politik in Argentinien ist, wie an diesem Titelblatt deutlich wird, vor allem der Kampf um die Medienmacht.

LUJOS EN EL ESTE: "NARIGA" NÚÑEZ CARMONA, PIEZA CLAVE DEL CASO CICCONE
EL YATE DEL AMIGO-SOCIO DE AMADO BOUDOU

noticias.perfil.com

Noticias
30 años en DEMOCRACIA

1

2

3

4

5

6

TODOS CONTRA TODOS

Como nunca antes, el mercado de pases está en llamas. Contratos millonarios: \$ 700.000 por mes solo en la mañana de Mitre. Tensión en La 10 y Continental. Las dudas de Nelson Castro. Magdalena, en guardia. Víctor Hugo, campaña K y el factor Majul.

1 LUXUS IM OSTEN (CIUDAD DEL ESTE, URUGUAY): „Nariga“ Núñez Carmona, Kernelement im Fall Ciccone – Die Yacht des Partner-Freundes von Amado Boudou

Die argentinische Regierung hatte der Druckerei Ciccone im Herbst 2011 den Generalauftrag zum Druck der staatlichen Banknoten übertragen; dies inmitten einer Situation galoppierender Inflation und einer Ausweitung der Geldmenge. Nun stellt sich heraus, dass das Unternehmen dem Vizepräsidenten Argentiniens, Amado Boudou, gehören soll, der einen seiner besten Freunde, Núñez Carmona, als Strohmann eingesetzt hatte. Inzwischen hat die Regierung die Firma Ciccone enteignet.

2 CHÁVEZ: Die Nachfolgeidee, an die niemand gedacht hat

3 ALLE GEGEN ALLE Lanata, Longobardi, Gelblung, Oro und der Krieg der Berichte Radio und Wahlen 2013

Wie nie zuvor brennt es auf dem Transfermarkt für Journalisten. Verträge in Millionenhöhe: 700.000 argentinische Pesos im Monat nur für die Morgensendung von Mitre. Spannungen auf Radio 10 und Continental. Die Zweifel von Nelson Castro, Magdalena wachsen. Victor Hugo, Kampagne K und der Faktor Majul.

Auf Druck des Kirchner-Regimes musste Inhaber Daniel Hadad den Sender „Radio 10“, ursprünglich von gemäßigter politischer Ausrichtung, verkaufen. In der Folge wurde der liberale Journalist Longobardi entlassen, nachdem er

sich geweigert hatte, auf die neue, regierungstreue Linie einzuschwenken. Der Journalist Gelblung kündigte und arbeitet nun bei dem weiterhin regierungskritischen Sender „Radio Mitre“, welcher der Mediengruppe der oppositionellen Tageszeitung „Clarín“ angehört. Die landesweit bekannten Journalisten Lanata und Oro sind weiterhin bei „Radio 10“, es ist aber zweifelhaft, in welcher Form sie ihre Sendungen werden fortführen können – ob sie also aufgefordert werden, der Regierungslinie zu folgen oder ihre Unabhängigkeit beibehalten können.

4 FALL HADAD: Die bedrohliche „Operation Colonia“ und die Ratschläge zur Bevorzugung der Mediengruppe Clarín

Daniel Hadad ist der ehemalige Besitzer von Radio 10 und des TV-Senders C5N, die er an den der Regierung Kirchner nahestehenden Unternehmer Cristóbal López verkauft hat. Obwohl Hadad im Rahmen des Deals untersagt wurde, bis 2015 neue Projekte im Medienbereich zu starten, führt er wohl ein geheimes Projekt im Schilde. Hadad will – wie das in den 70er-Jahren aus Uruguay gesteuerte Programm des Journalisten Héctor Ricardo Carmona – über eine Internetplattform für Schlagzeilen sorgen.

5 DIE GARFUNKELS: Schuld und Treffen mit Szpolksi

Matías Garfunkel und Sergio Szpolksi sind der Regierung nahestehende Unternehmer, beide sind Eigentümer der regierungstreuen Mediengruppe „Grupo Veintetres“. Auf der Webseite der zu dieser Mediengruppe zugehörigen Zeitung „El Sensacional“ war das Video zu einer Affäre der argentinischen Schauspielerin Florencia Peña publiziert worden. Garfunkel und Szpolksi hatten sich in Punta del Este im Hause Garfunkel getroffen, angeblich privat – in Wahrheit wohl, um über die Veröffentlichung des Videos zu sprechen.

6 AUSGERAUBTER MAGNAT: Ungebremstes Leben des Herrn Fiat

Lapo Eduard Elkann, einer der Erben des Automobilherstellers Fiat, ist in Ciudad del Este in Uruguay beraubt worden. Aus seinem Haus sollen Schmuck und Geld im Wert von insgesamt 3,5 Millionen Euro gestohlen worden sein. Nun könnte der Magnat zur Zahlung einer Geldbuße in Höhe von 25.000 Euro verurteilt werden, weil er bei Einreise nach Uruguay das Bargeld nicht deklariert hatte.

ZUKUNFTSMODELL

Deutschland ist im Umbruch. In den nächsten Jahrzehnten verändert sich die Bevölkerungsstruktur des Landes massiv: Die Menschen werden immer älter, die neugeborenen Kinder immer weniger und die Gesellschaft wird immer vielfältiger. Vom Wandel am stärksten betroffen ist der Arbeitsmarkt. Wie lange sollen, wollen und können die Deutschen künftig arbeiten? Und was tun die Unternehmen, um die Herausforderung zu meistern?

// TEXT // **KAPKA TODOROVA** // ILLUSTRATIONEN // **TIM WEIFFENBACH**



Thomas Meyer ist 68 Jahre alt. Mit seiner Frau Karin wohnt er in einer geräumigen Vier-Zimmer-Eigentumswohnung in Essen. Seit drei Jahren ist er Rentner. Den Ruhestand hat er nur die ersten Monate genossen - dann wollte er wieder etwas tun. „Den ganzen Tag zu Hause zu sitzen wurde mir langweilig. Meine Frau arbeitet noch, und ich war oft stundenlang allein. Golfen und spazieren gehen reichen mir einfach nicht“, erzählt der ehemalige Manager.

40 Jahre lang hat er in einem großen Verlag im Ruhrgebiet gearbeitet, übernahm Verantwortung für die Tochterfirmen im Ausland, war ständig unterwegs. Das Rentnerleben kam ihm vor wie eine Krankheit. „Ich wusste nicht, was ich machen sollte. Die Umstellung war weitaus schwieriger, als ich es mir je vorgestellt hatte“, gibt Thomas Meyer zu. Irgendwann hatte er genug von den langen Frühstückstreffen mit anderen Rentnern und wollte wieder aktiv werden. 2011 gründete Thomas Meyer eine Consul-

tingfirma. Jetzt arbeitet er wieder im Verlagsgeschäft und berät Unternehmen.

Mit Mitte 60 noch arbeiten zu wollen - damit ist Thomas Meyer nicht allein. Die Zahl der arbeitenden Rentner steigt. 2010 gingen laut Bundesarbeitsministerium rund 660.000 Menschen im Alter zwischen 65 und 74 Jahren einer Beschäftigung oder einem Minijob nach. Das sind etwa 250.000 mehr als noch vor zehn Jahren.

Eine Umfrage des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung unter älteren Arbeitnehmern zeigt: Golfen und Weltreisen finden viele gar nicht so erstrebenswert. Sie wollen lieber arbeiten - so wie Thomas Meyer. Knapp jeder zweite Berufstätige zwischen 55 und 65 Jahren plant, auch im Ruhestand aktiv zu bleiben. Vom tatenlosen Rentnerdasein halten die meisten wenig, denn die aktuelle Generation der Best Ager zeigt sich gesünder, betriebsamer und leistungsfähiger als bisherige Jahrgänge. Zudem haben sie offenbar den Wunsch nach beruflicher Herausforderung noch nicht begraben.

»





„Bislang war es eher so, dass Weiterbildungsmaßnahmen die Älteren nicht mehr oder nur im geringen Maße erreicht haben. Das wird sich ändern.“

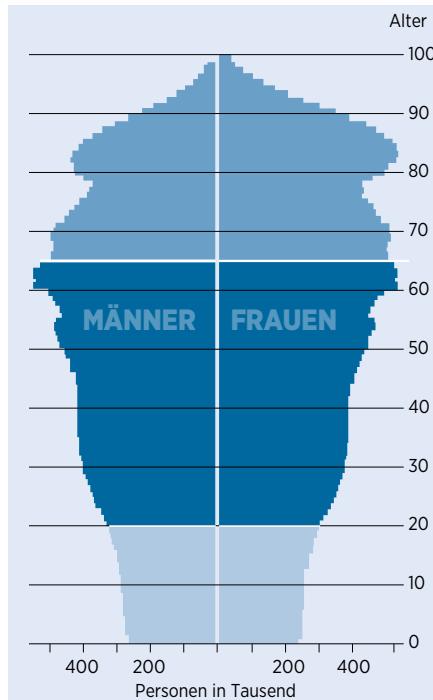
Holger Schäfer, Arbeitsmarktexperte
des arbeitgebernahen Instituts der
deutschen Wirtschaft (IW).

Für ein Land wie Deutschland ist das eine gute Nachricht, da in etwa 50 Jahren jeder dritte Deutsche über 50 Jahre alt sein wird. Statistisch hat heute jeder Senior bei Renteneintritt eine Lebenserwartung von 18 Jahren, im Jahr 2050 werden es 25 Jahre sein. Um 1900 hatte der durchschnittliche Ruheständler nach Renteneintritt nur acht Jahre zu leben. Die Rentner von heute leben aber nicht nur länger, zudem werden es auch immer mehr. Eine Freude für den Einzelnen, aber ein Last für das Sozialsystem. Deutschland muss sich an eine älter werdende Gesellschaft anpassen.

Alternde Belegschaften

Viele Firmen tun dies schon, indem sie auf ältere Belegschaftsmitglieder nicht verzichten, weiß Holger Schäfer, Arbeitsmarktexperte des arbeitgebernahen Instituts der deutschen Wirtschaft (IW). Der demografische Wandel hat nach Analyse des Wissenschaftlers zwei wesentliche Folgen für den Arbeitsmarkt in Deutschland, die sukzessive auftreten. Der Effekt, der sich jetzt schon zeigt, ist die Alterung der Belegschaften: Das Durchschnittsalter der Arbeitnehmer steigt an.

Die demografische Krise in Deutschland ist charakterisiert durch eine Reihe geburtenstarker Jahrgänge. Vom Ende der 50er- bis Ende der 60er-Jahre wurden bis zu 1,4 Millionen Personen pro Jahr geboren. Diese Zahl geht ab Anfang der 70er-Jahre stark zurück bis auf nur noch 700.000 Neugeborene pro Jahr. Im Jahr 2012 wurden nur noch 691.800 Kinder eingeschult, 2,7 Pro-



Deutschland, Staat der Alten: Das Durchschnittsalter der Bevölkerung wird bis 2050 von derzeit 43 Jahren auf 50 Jahre ansteigen. Der Altenquotient, der das Verhältnis der über 65-Jährigen zur Bevölkerung im Erwerbsalter (20- bis 65-Jährige) abbildet, wird sich bei einem angenommenen Zuwanderungssaldo von 200.000 Menschen von derzeit 32 bis 2050 auf 60 fast verdoppeln. Eine Anhebung des Rentenbeginns auf 67 Jahre hätte einen etwas geringeren Altenquotienten von 52 zur Folge. Dadurch würden dem Arbeitsmarkt bis zum Jahr 2050 automatisch etwa zwei Millionen mehr Erwerbstätige zur Verfügung stehen.

Quelle: 11. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes 2006

zent weniger als im Vorjahr. „Die Jahrgänge der Babyboomer sind noch auf dem Arbeitsmarkt und stellen einen großen Teil der Arbeitnehmer dar“, sagt der Wissenschaftler. Wenn aber ab 2020 die geburtenstarken Jahrgänge aus dem Arbeitsmarkt ausscheiden, wird der zweite Effekt einsetzen: der Rückgang der Zahl der verfügbaren Arbeitskräfte.

Aufgrund des demografischen Wandels und des drohenden Fachkräftemangels wird es für die deutschen Unternehmen immer wichtiger, ältere Beschäftigte möglichst lange zu halten. Immer mehr Personalchefs handeln in dem Bewusstsein, dass ihnen bald die Fachkräfte ausgehen. Die deutschen Unternehmen müssen aber künftig einiges mehr tun, um die Herausforderung des demografischen Wandels bewältigen zu können. Vor allem müssen sie die Arbeitsprozesse an die alternden Belegschaften anpassen und die Weiterbildung besser pflegen. „Bislang war es eher so, dass Weiterbildungsmaßnahmen die Älteren nicht mehr oder nur im geringen Maße erreicht haben. Das wird sich ändern“, glaubt Schäfer.

Überdies ist für den Wissenschaftler eine Änderung an den Entgeltstrukturen unvermeidlich: „Wir haben eine starke Tendenz zur Senioritätsentlohnung. Das heißt, der Ältere verdient mehr, ohne dass er notwendigerweise mehr produziert. Das können wir uns nicht mehr leisten.“ Ein weiterer Punkt betrifft die Gesundheit der Arbeitnehmer. Schaffen es wirklich alle, die es auch wollen, bis 67 und länger zu arbeiten? »

Alt und gebraucht

Mit 70 noch gebraucht zu werden – das ist der größte Wunsch vieler Älterer. Allein zu bleiben und außerhalb des Lebens zu stehen ist eine verbreitete Angst. Mit den Jahren wird sie größer: Was mache ich, wenn die Kinder ihr eigenes Leben leben und keine Zeit mehr für mich haben? Was, wenn die Freunde immer weniger werden und der Partner oder die Partnerin nicht mehr da ist? Das sind Fragen, die sich jeder Mensch irgendwann stellt. Nun, zumindest Freunde kann man sein ganzes Leben lang gewinnen. So denken wenigstens die Funktionäre vieler Sportvereine. „Ehrenamt“ lautet ihr Zauberspruch, das auf die genannten Ängste Antwort gibt.

4,5 Millionen Menschen in Deutschland leisten pro Jahr bis zu 700 Millionen Stunden ehrenamtliche Arbeit in Sportvereinen und Verbänden. Das sind fast 11 Prozent der Bevölkerung. Sie schaffen eine soziale und gesellschaftliche Wertschöpfung von weit mehr als 10 Milliarden Euro, die niemand bezahlen muss und kann. Ohne sie könnten viele Vereine ihren Tätigkeiten nicht nachkommen. Gibt es aber genügend Menschen in Deutschland, die auch künftig ihre Zeit und ihr Wissen selbstlos schenken wollen?

Die Frage ist schwierig zu beantworten. Zumindest rückt nun auch die ältere Generation in den Fokus der Rekrutierungsbemühungen. Seit Ende 1999 führt der Deutsche Sportbund das Modellprojekt „Gewinnung von Seniorinnen und Senioren für die ehrenamtliche Tätigkeit“ durch, das dazu beitragen soll, Fähigkeiten und Know-how älterer Menschen verstärkt in die Arbeit von Sportvereinen einzubinden.

„Das Alter allein ist nicht ausschlaggebend für die Entscheidung für eine ehrenamtliche

Tätigkeit“, betont Rolf Engels, langjähriger Berater von Sportvereinen zu Themen wie Personalentwicklung und Management. Auch sei die Annahme trügerisch, dass Senioren generell über viel Zeit verfügten. „Es ist zwar richtig, dass jeder Ehrenamtliche Zeit für sein Engagement erübrigen muss. Wichtiger für das Engagement ist aber die Sinnhaftigkeit des Tuns.“ Und nur wenn es gelingt, Menschen davon zu überzeugen, dass ein Einsatz gerade für diesen Verein Sinn stiftet und für eine hohe persönliche Zufriedenheit sorgt, kann das Werben um Kandidaten erfolgreich sein – und zwar unabhängig vom Alter, ist der Experte überzeugt. „Wichtig ist aber, dass die ‚Akquise‘ bereits vor dem Ruhestand erfolgt.“

Die „Golden Ager“ engagieren sich ehrenamtlich, weil sie dadurch die Möglichkeit haben, ihre im Beruf erworbene Kompetenz sinnvoll einzubringen. Freude, Altruismus oder das Gefühl, etwas Gutes zu tun, sind auch starke Argumente. Ebenso die Begegnung mit Gleichgesinnten. Überdies können ältere Ehrenamtler zwei gewichtige Vorteile im Vergleich zu jüngeren Funktionären aufweisen: zum einen ihre umfassende Lebenserfahrung, zum anderen ihr flexibleres Zeitmanagement.

Gleichwohl glaubt Engels nicht, dass Vereine ausdrücklich um die Zielgruppe werben und erst recht nicht die Suche nach jüngeren Ehrenamtlichen aufgeben sollten. Zum einen gelten Funktionsträger in Sportvereinen sowieso schon als überaltert. „Überdies ist es wichtig, auch Jüngere in den eigenen Reihen zu haben, weil sie ihrerseits wieder Jugendliche für den Sportbetrieb zu gewinnen vermögen.“ Womöglich findet aber auch mancher Enkel über seinen ehrenamtlich tätigen Opa zu seinem Sport.

4,5 Millionen Menschen in Deutschland leisten pro Jahr bis zu **700 Millionen Stunden** ehrenamtliche Arbeit in Sportvereinen und Verbänden.





„Je höher die Kompetenz vor dem Renteneintritt, desto wahrscheinlicher ist die Vermittlung zurück in die Wirtschaft.“

Steffen Haas, Geschäftsführer des Portals ASE Automotive Senior Experts

Seit 2001 bearbeitet das Fraunhofer-Institut für Arbeitswirtschaft und Organisation (IAO) in Stuttgart mit 13 weiteren Instituten Projekte zum demografischen Wandel. „Künftig werden wir uns die Frage stellen müssen, wie wir die Mitarbeiter möglichst lange in der Arbeit halten können. Die physische und psychische Leistungsfähigkeit bleibt dann erhalten, wenn körperliches und geistiges Training über die gesamte Erwerbsspanne stattfindet. Für seinen Wert am Arbeitsmarkt ist jeder einzelne Beschäftigte zumindest mitverantwortlich“, schreibt Hartmut Buck, Leiter des Competence Teams „Kompetenzmanagement“ im IAO in der Studie „Öffentlichkeits- und Marketingstrategie demografischer Wandel“.

Die Anforderung an die Unternehmen besteht darin, die Arbeitsabläufe altersgerecht zu gestalten und die Arbeitnehmer darin zu unterstützen, ihre Gesundheit zu pflegen. „Große Unternehmen kümmern sich teilweise schon um diese langfristige Aufgabe. Mittelständische Unternehmen, die viel stärker im Tagesgeschäft verhaftet sind, haben hier noch erheblichen Nachholbedarf“, meint Buck.

Doch nicht allein die Unternehmen müssen sich an die neue Zeit anpassen. Auch Arbeitnehmer spüren die Folgen des demografischen Wandels: Die Renten werden immer knapper - die Arbeitszeit immer

länger. 800.000 Senioren sind derzeit als Minijobber weiter tätig, 120.000 davon sind älter als 75. Warum wächst die Zahl der Rentner, die arbeiten wollen? Sind die deutschen Rentner etwa arm?

Holger Schäfer weiß keine eindeutige Antwort. Statistisch sind die Ursachen nicht erforscht. Das Existenzminimum der deutschen Rentner ist allerdings gesichert. Wer eine niedrige Rente bezieht und darüber hinaus Wünsche hat, muss vielleicht arbeiten. Zurück in den Arbeitnehmeralltag gehen aber auch viele Ruheständler wie Thomas Meyer, die einfach wieder unter Menschen sein wollen.

Auf dem Arbeitsmarkt sind demzufolge zwei Gruppen von Ruheständlern anzutreffen. Einerseits ihre Rente aufpolsternde Minijobber, die überwiegend einfache Tätigkeiten ausüben. Andererseits Selbstständige oder Freiberufler, die in ihrem bisherigen Job weitermachen wollen. Ein typisches Beispiel für die zweite Gruppe ist der Anwalt, der mit 70 oder 75 Jahren noch Mandanten betreut. Auf beide Gruppen wird die deutsche Wirtschaft künftig immer stärker angewiesen sein - spätestens, wenn der letzte Babyboomerjahrgang in den Ruhestand gegangen sein wird.

Für eine dritte Gruppe ist die Zeit des Mangels schon gekommen - die der hochqualifizierten Führungskräfte. Deshalb

spezialisieren sich immer mehr Vermittlungsportale auf die raren Senioren, die helfen sollen, die vakanten Positionen in Unternehmen zum Beispiel mit Exmanagern als Interimsfachkräften zu besetzen. Dabei gilt laut Steffen Haas, Geschäftsführer des Portals ASE Automotive Senior Experts: „Je höher die Kompetenz vor dem Renteneintritt, desto wahrscheinlicher ist die Vermittlung zurück in die Wirtschaft.“

Brachliegendes Wissen

Zurzeit verfügt ASE über ein Netz von mehr als 1.500 Führungskräften aus der Automobilbranche sowie dem Anlagen- und Maschinenbau im Ruhestand. „Unsere Senioren sind finanziell unabhängig und ihre Bereitschaft, nochmals eine Führungsposition als Manager auf Zeit auszufüllen, gründet sich primär auf Passion, da sie ihren Beruf immer auch als Berufung gesehen haben“, führt Haas aus. Es gibt handfeste ökonomische Gründe, die für längeres Arbeiten besonders in den technischen Branchen sprechen. „In Zeiten des zunehmenden internationalen Wettbewerbs und der Globalisierung können wir es uns nicht erlauben, das Wissenspotenzial der Senior-Führungskräfte im Ruhestand brachliegen zu lassen“, sagt Haas.

Der gravierende Fachkräftemangel ist insbesondere für den deutschen Mittelstand schon heute bittere Realität. Mittelständische Firmen haben neben ihrem geringen Bekanntheitsgrad häufig auch standortbedingte Nachteile. So sind viele der sogenannten „Hidden Champions“ im ländlichen Bereich zu Hause. „Der demografische Wandel kommt insbesondere in diesen Regionen zum Tragen. Immer mehr mittelständische Firmen sind gezwungen, sich an den Elite-universitäten mit großen Konzernen um die Gunst der besten Studenten zu messen - mit eher geringen Erfolgsaussichten.“

Großunternehmen können in der Regel bessere finanzielle Rahmenbedingungen und interessantere Sozialleistungen anbieten“, weiß der Geschäftsführer. Dieses Prob-

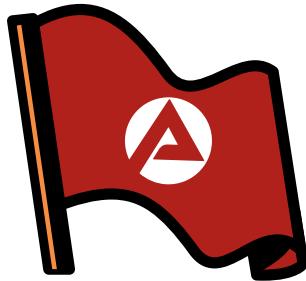
lem wird sich in den kommenden Jahren mit dem altersbedingten Ausscheiden Tausender Akademiker aus dem Arbeitsmarkt weiter verschärfen. „Unsere Kunden sind Unternehmen vornehmlich aus dem Mittelstand der Automobilbranche sowie dem Maschinen- und Anlagenbau. Sie stehen unter enormem Wettbewerbsdruck und müssen ihre Prozesse und Strukturen permanent verbessern und anpassen“, erklärt Haas. Dazu benötigen sie keinen Theorieberater, sondern einen umsetzungssicheren Experten, der ohne lange Erklärung das Problem erkennt und löst – verbunden mit einer kurzfristigen Verfügbarkeit im In- und Ausland. „Das ist die Stärke unseres Netzwerkes“, so der Portalbetreiber.

Kritische Vakanzen überbrücken

Warum aber soll ein Manager im Rentenalter weiter arbeiten, und zwar für mittelgroße Unternehmen?

Der typische Ruheständler im Netzwerk von ASE übernimmt nur dann eine Aufgabe, wenn er selbst fest davon überzeugt ist, die gestellten Anforderungen voll und ganz erfüllen zu können. „Am Ende eines Projekt-einsatzes möchte er ein Erfolgserlebnis verzeichnen können“, hat Steffen Haas gelernt. Und diese sind natürlich nicht selten, da die Experten im Ruhestand über viel Erfahrung verfügen.

Die Kunden von ASE brauchen in der Regel schnelle Unterstützung. Bei Anfragen werden Experten gesucht, die ohne große Einarbeitungszeit sofort in das jeweilige Projekt einsteigen und Veränderungen herbeiführen können. „Der primäre Grund für einen ASE-Einsatz ist vordergründig, dass das vom Kunden geforderte Know-how nicht oder nicht ausreichend im Unternehmen zur Verfügung steht. Der zweithäufigste Grund ist, dass ASE-Experten weltweit ohne großen Aufwand kritische Vakanzen und Personalengpässe auf der Führungsebene temporär überbrücken können“, zählt Haas die Vorteile seiner Experten auf.



Die **Senior-Experten** sind
in der Regel teurer
als ihre jüngeren Kollegen,
aber sie werden von
Unternehmen trotzdem
häufig bevorzugt.

Die Senior-Experten sind in der Regel teurer als ihre jüngeren Kollegen, werden aber trotzdem oft bevorzugt. Sie blicken auf mehrere Jahrzehnte Berufserfahrung auf Führungsebene zurück, sind finanziell unabhängig und haben größtenteils schon für verschiedene Projekte gearbeitet. Im aktiven Ruhestand müssen sie nicht mehr arbeiten. Sie übernehmen Verantwortung, weil es ihnen Spaß macht. Sie sind besonders qualifiziert, hoch motiviert und verschaffen sich in kürzester Zeit einen Überblick, wodurch die Einarbeitungszeit sich marginalisiert. Gerade ihre Unabhängigkeit, Neutralität und On-the-job-Mentalität machen sie zu besonders wertvollen Projekt-treibern, die nicht nach Lösungen und Ansprechpartnern suchen, sondern einen Werkzeugkasten mit Lösungen und wichtigen Branchenkontakten mitbringen.

Aber von einer Konkurrenz mit dem ersten Arbeitsmarkt kann keine Rede sein, betont Haas: „Unsere Experten lassen sich nur befristet engagieren und haben kein

Interesse an einer Festanstellung“, sagt der Vermittler. Die Senior-Experten sind durchschnittlich sechs Monate im Unternehmen. Zudem erwartet man einen Mangel von über einer Million Fachkräften auf dem deutschen Arbeitsmarkt. „Der Fachkräftemangel wird Deutschland stärker verändern als die vergangenen Krisen“, ist Haas überzeugt.

Zurzeit betrifft Deutschlands Führungs-kräfte mangel nicht nur die Autoindustrie. Auch in Schiffswerften und in der Luft- und Raumfahrt fehlen verstärkt erfahrene Experten und Manager. Laut Forsa-Umfrage bestä-tigen acht von zehn Personalchefs, dass die Rekrutierung von Fachkräften und Füh-ruungskräften in den letzten Jahren schwieri-ger geworden ist. Vor einigen Jahren wurden Führungspositionen in rund ein bis zwei Monaten besetzt. Heute suchen Unterneh-men nicht selten länger als ein Jahr nach der richtigen Besetzung. Lange Rekrutierungsbe-mühungen behindern besonders kleine und mittlere Unternehmen in ihrer Entwicklung und schwächen deren Innovationskraft. Immer öfter passiert es darum, dass führende Manager einfach auf ihren Posten bleiben oder als Berater weiterarbeiten.

Wie der frühere Verlagsmanager Thomas Meyer. Er hat viel zu tun – seine Beratung ist gesucht. Seine Expertise ist für viele kleinere Verlage kostbar. Immerhin verfügt der ehemalige Rentner über eine 40-jährige Erfahrung, ist topfit und hat Spaß daran, die Probleme seiner Kunden zu lösen. Seitdem Meyer wieder im Geschäft ist, fühlt er sich wie neugeboren. Er würde gern so lange arbeiten, wie er kann. Denn ohne eine sinnhafte Tätigkeit wäre sein Leben leer. ●



KAPKA TODOROVA ist Europa-Korrespondentin der bulgarischen Tageszeitung *24 Tchasa* und des Bulgarischen Nationalradios. Die 38-Jährige arbeitet seit 16 Jahren als Journalistin. Sie ist in Deutschland versichert und hat ausgerechnet, dass sie mindestens noch 29 Jahre arbeiten wird. Oder vielleicht auch länger ...
redaktion@libmag.de

Schöne neue Arbeitswelt

Sein neues Buch hat **Karl-Heinz Paqué** „Vollbeschäftigt: Das neue deutsche Jobwunder“ betitelt. Der ehemalige Finanzminister von Sachsen-Anhalt beschreibt darin die Arbeitswelt der Zukunft. Eine Arbeitswelt, in der aus demografischen Gründen die Arbeitnehmer am längeren Hebel sitzen. *liberal* hat den Wirtschaftswissenschaftler an seinem Lehrstuhl in Magdeburg besucht und nachgefragt, was es mit dem Wunder auf sich hat. // INTERVIEW // **BORIS EICHLER**



liberal: Herr Paqué, Vollbeschäftigung, das ist ein Begriff, der bis in die 70er-Jahre die politischen Debatten prägte und dann wohl wegen Aussichtslosigkeit verschwunden ist. Nun legen Sie den Begriff wieder neu auf - nicht als Wunschziel, sondern als Prognose.

Paqué: Das hat seinen Grund. In der 2009er-Krise haben wir etwas erlebt, was anders war als in den vorherigen Krisen. Die Unternehmen haben gesehen: Im Gegensatz zu früher kommen junge Fachkräfte nicht nach. Wir müssen also versuchen, die älteren Mitarbeiter irgendwie durch die schwierige Zeit zu bringen, damit sie danach noch bei uns sind. Der Sachverständigenrat nannte das „Horten von Arbeitskräften“. Interessanterweise haben dennoch nahezu alle Experten prognostiziert, dass wir nach dem Ende der 2009er-Krise wieder fünf Millionen Arbeitslose haben werden ...

... also das übliche Ansteigen der sogenannten Sockel-Arbeitslosigkeit.

Genau. Warum haben die Unternehmen diesmal Arbeitskräfte gehortet? Das ergibt sich aus der Demografie: Das Arbeitskräftepotenzial wird schrumpfen, ab 2020 - wenn die Babyboomer aus dem Arbeitsmarkt ausscheiden - sogar dramatisch. Uns erwartet ein

Aderlass im Umfang von etwa vier Millionen Arbeitskräften. Hinzu kommt: Die „Generation Babyboomer“ ist die am besten qualifizierte Generation, die der deutsche Arbeitsmarkt je gesehen hat. Eine ganze Generation von Ingenieuren wird aus dem Arbeitsleben ausscheiden. Die Unternehmer reagieren schon darauf, die Politik hat das überhaupt noch nicht verstanden. Deswegen habe ich mein Buch geschrieben.

Der angesprochene Anstieg der Sockel-Arbeitslosigkeit galt doch immer als schicksalhaft, so wie die Grippewelle, die jeden Winter kommt ...

Das beruht auf der Erfahrung der vorherigen Krisen: 1973/1975, 1981/1982 und 1993. Da lief es immer so: Die Arbeitslosigkeit stieg drastisch, vor allem Ältere wurden entlassen - und blieben außen vor. Denn in der Erholungsphase wurden die Stellen mit Jüngeren besetzt. Massenarbeitslosigkeit hatten wir nicht zuletzt gerade wegen der Babyboomer-Generation, die auf den Arbeitsmarkt strömte. Diese Phase, die seit 1973 und somit seit 40 Jahren anhält, kommt nun zu einem Ende. Man kann das sehr gut erkennen, wenn man einen Blick auf das Jahr 2009 wirft. Damals, nach der Weltfinanzkrise, verzeichneten wir einen Zusammenbruch des Bruttoinlandsprodukts um etwa fünf Prozent. Daran gemessen war dies das schlimmste Wirtschaftsjahr in Deutschland seit 1931. Die

Foto: B. Eichler; Illustration: Merheim; Illustration Vignette: T. Weiffenbach





ZUR PERSON

Karl-Heinz Paqué (FDP), geboren 1956 in Saarbrücken, ist Dekan der Fakultät für Wirtschaftswissenschaft der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg und dort Inhaber des Lehrstuhls für Volkswirtschaftslehre. Er studierte Volkswirtschaftslehre an den Universitäten Saarbrücken und Kiel sowie an der University of British Columbia. Von 2002 bis 2006 war er Finanzminister von Sachsen-Anhalt.

Arbeitslosenzahl ist aber trotz Krise kaum gestiegen. Das war ungewöhnlich. So etwas hat es zuletzt während des Konjunktureinbruchs 1967 gegeben, zu den goldenen Zeiten der Vollbeschäftigung.

Die von Ihnen vorhergesehene Vollbeschäftigung ist also das Resultat des Schrumpfens des Angebots an Arbeitskräften?

Nicht alleine. Das geringere Angebot an Arbeitskräften trifft auf eine deutsche Wirtschaft, die durch zwanzig Jahre harter Restrukturierung gegangen ist, vor allem in Ostdeutschland, aber auch im Westen. Wir haben eine Zeit hinter uns, in der wir mehr flexibilisiert haben, als es uns bewusst ist. Da ist eine ganze Menge passiert, und zwar ganz im Geiste der Liberalen: Befristete Arbeitsverträge, Zeitarbeit, Hartz IV, flexiblere Flächentarife, niedrigere Lohnstückkosten - all das hat uns wettbewerbsfähig gemacht.

Der lange vorhergesagte Umbau Deutschlands zur Dienstleistungsgesellschaft ist hingegen ausgeblieben ...

Zum Glück. Wir haben unsere Industrien erhalten - anders als die Länder Südeuropas oder Großbritannien, die heute entsprechende Probleme haben. Deutschland hat genau das Richtige gemacht. Wir sind jetzt wettbewerbsfähig, auch wenn die Löhne natürlich wieder

»



steigen werden. Kurzum: Das Angebot an Arbeitskraft schrumpft, auf der Nachfrageseite haben wir eine sehr gesunde Situation. Das kommt jetzt zusammen.

Eine schöne neue Arbeitswelt?

Nicht unbedingt. Die aktuellen Diskussionen zeigen, dass die soeben durch die Flexibilisierung erreichten Wettbewerbsvorteile auch schnell wieder verschwinden können. Stichworte sind Mindestlohn und Einschränkung der Zeitarbeit. An allem wird geknabbert, ohne dass wir die Früchte schon geerntet hätten.

Fortschritt und Zukunft sind verknüpft mit Prognosen - und die liegen nicht selten daneben. Was sind Prognosen, insbesondere Ihre Prognosen, wert?

Prognosen haben oft etwas mit dem Zeitgeist zu tun, in dem die Prognostiker befangen sind. Ein Trend wird dann einfach fortgeschrieben. In meinem Buch geht es in diesem Sinne gerade nicht um Prognosen. Es geht vielmehr darum, ein Gefühl für die Analyse des Neuen zu entwickeln, also für die Brüche in den großen Trends. Für die Generation der Babyboomer - zu der auch ich gehöre - ist dies natürlich schwierig. Sie bestimmt das Meinungsklima in diesem Land. Sie sitzt auch in den Chefredaktionen der Medien. Ihr gesamtes Arbeitsleben hat sie in Zeiten der Massenarbeitslosigkeit verbracht und damit in einer Zeit, in der es das Wichtigste war, einen Job zu finden. Da hört sich das Wort Vollbeschäftigung grotesk an, wie aus einer Traumwelt. Aber es gibt handfeste Indizien, und die habe ich beschrieben.

Wir sprachen von steigenden Löhnen und einer arbeitnehmerfreundlichen Entwicklung am Arbeitsmarkt. Das dürfte auch Begehrlichkeiten beim Staat wecken, da ist künftig mehr zu holen ...

Das ist schon so. Ich musste bis 2006 als Finanzminister von Sachsen-Anhalt mit sinkenden oder stagnierenden Steuereinnahmen kämpfen. Später sind die Staats-einnahmen überall kräftig und nachhaltig gestiegen. Für mich als Finanzminister, der aus der Politik ausschied, war das gewissermaßen sportliches Pech. Für die Gesellschaft war es ein großes Glück. Es geht dabei um riesige Summen: In den zehn Jahren von 2005 bis 2015 steigen die Staatseinnahmen laut mittelfristiger Finanzplanung des Bundes um 50 Prozent, das sind über 200 Milliarden Euro! Es gibt keinen Bereich in

unserer Gesellschaft, der einen so deutlichen Zuwachs verzeichnen kann wie der Staat. Eigentlich müsste er inzwischen ordentliche Überschüsse erwirtschaften. Doch prompt, als das Geld floss, haben Frau von der Leyen und andere in der Großen Koalition neue teure Programme aufgelegt und Peer Steinbrück hat sie widerstandslos finanziert. Hinzu kommen die massiven Energiesubventionen. Die Erfahrung zeigt: Wenn Geld da ist, wird es weggenommen. Es ist sehr schwierig, solchen Begehrlichkeiten entgegenzutreten. Bislang können die neuen Ausgaben relativ mühelos finanziert werden. Sollte die Konjunktur aber nachlassen, drohen Steuererhöhungen.

Ein weiterer wichtiger Faktor für den Arbeitsmarkt sind die Energiepreise. Hier scheinen sich gerade die USA durch die neue Technik des Fracking gut in Position zu bringen. Man schwimmt dort bald in Gas und Öl. Niedrige Energiepreise dort, hohe bei uns. Wird uns das Probleme bereiten?

Wenn's dem Esel zu wohl wird, geht er aufs Eis. Diese Neigung gibt es auch in Deutschland. Unsere Energiepolitik ist ein Hochrisikospiel, geboren aus dem Glauben, wir hätten eine unendliche Innovationskraft und könnten eine grandiose globale Vorreiterrolle auf diesem Gebiet spielen - was wir aufgrund unserer geringen klimapolitischen Bedeutung natürlich nicht können. Ob die Welt klimapolitisch gerettet wird oder nicht, entscheidet sich in China oder Indien. Wir stürzen uns derzeit energiepolitisch ins Abenteuer - das hat schon etwas Absurdes. Da lugt der deutsche Idealismus durch.

Das sind aber Abenteuer, die von den Medien und Teilen der Bevölkerung begeistert aufgenommen werden.

*Die
Erfahrung
zeigt:
Wenn Geld
da ist, wird
es weg-
genommen.*

So lange, bis das alles bezahlt werden muss. Bis dahin soll erst mal wieder am deutschen Wesen die Welt genesen. Man glaubt, Deutschland könne der Welt zeigen, wie man's macht - mich beunruhigt das sehr. Ich hoffe, dass in diesen Fragen langsam Pragmatismus einkehrt.

Nicht allein in Energiefragen, auch beim Thema Mindestlohn spielt Deutschland eine Sonderrolle - rund um uns herum gibt es ihn. Die öffentliche Meinung in Deutschland tendiert ebenfalls in diese Richtung ...

Zwei prominente Länder mit vergleichsweise niedriger Arbeitslosigkeit und relativ starkem Gewerkschaftseinfluss haben keine Mindestlöhne: Schweden und Deutschland. Das sage ich auch allen Sozialdemokraten. Schweden hat keine Mindestlöhne und Schweden braucht auch keine Mindestlöhne. In Großbritannien werden die Mindestlöhne von einer royal commission festgelegt, einem recht unpolitischen Fachgremium. In Deutschland würde letztlich das Parlament entscheiden, was die Angelegenheit hochpolitisch macht. Damit politisieren Sie die Tarifverhandlungen und den gesamten Lohnfindungsprozess.

Verfechter des Mindestlohns würden sagen: Das funktioniert überall, warum nicht bei uns?

Wenn man eine Marktwirtschaft ohne starke organisierte Interessengruppen hat, dann ist ein staatlicher und niedriger Mindestlohn nach dem Beispiel Großbritanniens akzeptabel. Doch so sieht es in Deutschland nicht aus. Ich erinnere daran, dass die Post ihre kleinen Konkurrenten mittels Mindestlohn richtiggehend kujoniert hat. Solange ich wie in Deutschland ein System mit starken und unabhängigen Tarifparteien habe, passt der Mindestlohn nicht dazu.

Wenn die Löhne sowieso steigen, was kann dann ein Mindestlohn noch schaden?

Der Mindestlohn bringt das Problem der Vermischung von Systemen mit sich, ein urliberale Thema übrigens. Jede Tarifverhandlung beginnt dann mit Forderungen nach einem Lohn, der soundso hoch über dem Mindestlohn liegen soll. In Großbritannien haben wir einen stark liberalisierten Arbeitsmarkt - dort ist der Mindestlohn nur ein Stöckchen im sonst gut funktionierenden marktwirtschaftlichen Getriebe. Doch auch wenn das im Vereinigten Königreich halbwegs klappt - wir sollten uns hüten, einfach aus einem anderen Land einen

politischen Baustein zu nehmen und bei uns wie ein verändertes Gen einzusetzen. Ein lebendiges Beispiel liefern die Schwierigkeiten, die in der Universitätspolitik aus dem Bologna-Prozess resultieren.

... oder Frankreich, wo Präsident Hollande den Neo-Sozialismus probt.

Dort begeht man alle Sünden, die in einer Marktwirtschaft tabu sind. Frankreich widerlegt zum Beispiel alle, die den Mindestlohn für segensreich halten. 25 Prozent Jugendarbeitslosigkeit sind unter anderem das Ergebnis dieser Politik. Frankreich ist ein etatistisches und überreguliertes Land. Der Mindestlohn ist zu hoch, und es gibt auch keine dezentrale Dynamik, die auffangen könnte.

Das sagen Sie. Sozialistische Politiker behaupten das Gegenteil - und man schenkt ihnen Glauben.

Wenn ein Land einen Anpassungsprozess durchgemacht und sich die Lage gebessert hat, meint man schnell, man sei auf Flexibilität nicht mehr angewiesen. Es sind die Liberalen, die das Gegenteil deutlich machen müssen. Am besten frühzeitig, denn es gibt Entscheidungen, die erst in 15 oder 20 Jahren wirksam werden.

In Zeiten vermeintlich großer Probleme wie Klimawandel und Globalisierung haben jedoch eher große Lösungen Konjunktur. Brauchen wir keinen Masterplan?

Deutschland war im Denken nie ein wirklich liberales Land, sondern stets eher idealistisch. Man sehnt sich nach dem großen Entwurf und schaut verächtlich auf pragmatische Lösungen. Der Sozialismus als Entwurf ist insofern ein sehr deutsches Phänomen, und er ist als visionäre Ideologie spätestens 1990 in Ostdeutschland und Osteuropa endgültig gescheitert. Viele seiner ehemaligen Anhänger suchen nach diesem Scheitern eine neue Vision. Sie finden sie derzeit in einer dezidiert grünen Vorstellung der Rettung der Welt. Dabei wird die Freiheit durchaus als großer Entwurf geliebt, doch es gibt keine Demut vor den Konsequenzen der Freiheit. Es verbietet sich nämlich in einer freien Gesellschaft, ein Ziel dogmatisch vorzugeben - und die Menschen müssen ihre Wünsche und Träume diesem Ziel unterordnen. Der Liberalismus kennt keine totalitären Ziele. Er hat nur das Ziel, dass es möglichst vielen Menschen gut geht und sie ihr Leben frei gestalten können. Der Rest ist pragmatische Güterabwägung. Liberalismus ist eben eine optimistische Haltung. ●



Karl-Heinz Paqué
Vollbeschäftigt:
Das neue deutsche
Jobwunder
Carl Hanser Verlag,
280 Seiten

Ballast abwerfen

In einer Marktwirtschaft sind Gewerkschaften als Interessenvertreter der Arbeitnehmer legitime Akteure. Faktisch missbrauchen sie jedoch die Mitgliedsbeiträge, um ihre linke und staatsgläubige Haltung zu propagieren. Das könnte sich ändern – wenn es unter den Organisationen stärkere Konkurrenz gäbe. Träumerei vom Ende eines Quasi-Monopols ...



Die Wasserversorgung in Europa darf nicht privatisiert werden - nur die öffentliche Hand garantiert Wasser für alle. Eine entsprechende Kampagne wird von Verdi unterstützt. Kaffee und vieles andere muss „fair“ gehandelt werden. Entsprechende Kampagnen werden von Verdi mit dem Geld der Mitglieder gefördert. Das Steuersystem muss „gerechter“ werden - die da oben müssen mehr bezahlen, damit der Staat mehr einnimmt. Das fordern praktisch alle deutschen Gewerkschaften.

Diesen Forderungen mag man zustimmen oder nicht. Als Anhänger der freien Marktwirtschaft stehe ich ihnen sehr skeptisch gegenüber. Doch mein Hauptproblem mit den deutschen Gewerkschaften ist, dass sie sich überhaupt in fast jede politische Debatte einmischen - und dann reflexartig in den Chor der Staatsgläubigen auf der linken Seite des politischen Spektrums einstimmen. Ich möchte meine spezifischen Interessen als Arbeitnehmer nicht von Organisationen vertreten lassen,

die meine Mitgliedsbeiträge dazu missbrauchen, ihre eigene politische Haltung zu propagieren.

Doch träumen ist erlaubt. Gerade für Anhänger der freien Marktwirtschaft, denn sie vertrauen darauf, dass jene Menschen, die frei und verantwortlich handeln, praktisch unbegrenztes Potenzial haben, ihre Probleme zu lösen und immer neue Möglichkeiten finden, ihre Träume wahr werden zu lassen. Sie sind überzeugt, dass Vertragsfreiheit und die Durchsetzung von Verträgen die Rahmenbedingungen sind, die das ermöglichen. Sie glauben, dass sich Wettbewerb und freiwillige Kooperation nicht ausschließen, sondern gegenseitig bedingen.

Doch wie könnten die Gewerkschaften meiner Träume aussehen? Sind Gewerkschaften nicht per se das Gegenteil von marktwirtschaftlich und freiheitlich, auch ohne linke ideologische Schlagseite? Beruht ihre Stärke nicht darauf, dass sie vom Gesetzgeber eine Waffe in die Hand bekommen haben, mit der sie bestehende individuelle Arbeitsverträge kollektiv zu brechen vermögen - das Streikrecht? Und schließlich: Lohnt es angesichts einer Arbeitswelt, die sich immer stärker ausdifferenziert und individu-

alisiert, überhaupt, sich Gedanken über die Zukunft der großen kollektiven Kampforganisationen zu machen, denen tendenziell noch immer die Mitglieder davon laufen?

Dafür, dass ich mir trotzdem Gedanken über ihre Zukunft mache, gibt es gute Gründe. Zunächst einen ganz einfachen: Sie sind heute einflussreiche Organisationen mit starken Eigeninteressen, und es wird auf absehbare Zeit weiter mit ihnen zu rechnen sein. Es hat außerdem Sinn, dass diejenigen, die ihre Arbeitsverträge nicht selbst in jedem Detail aushandeln wollen, dafür die Dienste einer Organisation in Anspruch nehmen, die das für sie tut. Es ist für viele auf der Arbeitnehmer-, aber auch auf der Arbeitgeberseite einfach wirtschaftlich sinnvoll, sich vertreten zu lassen. Außerdem sind Gewerkschaften auch ein legitimes Ergebnis der Vereinigungsfreiheit. Eine Organisation, die Interessen vertritt, ist kein Fremdkörper, sondern ein logischer Akteur in einer freien Marktwirtschaft.

Doch es gibt natürlich einiges, das sich so gar nicht mit der Vertragsfreiheit verträgt. Zunächst gibt es die Möglichkeit, neue Tarifverträge auch Unternehmen aufzuzwingen, die gar nicht den Verbänden angehören, die sie geschlossen haben - die sogenannte Allgemeinverbindlichkeitserklärung.



Dieses Instrument ist mit Vertragsfreiheit und Marktwirtschaft nicht zu vereinbaren - auch wenn es von nicht wenigen Arbeitern verteidigt wird. Allerdings nimmt seine Bedeutung ab.

Hohes Erpressungspotenzial

Viel wichtigere Privilegien der Gewerkschaften resultieren jedoch aus zwei Prinzipien und ihrer Auslegung, die in Deutschland fast sakrosankt sind: der Tarifautonomie und dem Streikrecht. Um mich mit meiner Träumerei nicht allzu weit von der Realität und dem politisch Denkbaren zu entfernen, hier zwei eher vorsichtige Ideen:

Der aus der Tarifautonomie abgeleitete Vorrang von zentral zwischen den Tarifparteien ausgehandelten Tarifverträgen vor betrieblichen Vereinbarungen muss weit über das erreichte Maß hinaus gelockert werden. Tarifverträge sollte nur noch Rahmen oder Mindeststandards setzen, die die Akteure auf betrieblicher Ebene mit Leben erfüllen.

Das Streikrecht macht einen organisierten Bruch von Arbeitsverträgen legal - mit dem Argument der asymmetrischen Machtverteilung. Abgesehen davon, dass die Machtverteilung oft gar nicht mehr so asymmetrisch ist, sollte auch hier mehr

Wahlfreiheit einziehen. Gewerkschaften sollten das Recht bekommen, sich das Streikrecht „abhandeln“ zu lassen. Das klingt zunächst wie eine abstruse Idee - die jedoch Sinn bekommt, wenn man sich Teilbereiche der Wirtschaft anschaut, in denen einzelne Berufsgruppen ein außergewöhnlich hohes Erpressungspotenzial haben, wie zum Beispiel die Lokführer oder Fluglotsen. Zusätzlich zu den Tarifverträgen und der mit ihnen verbundenen Friedenspflicht sollten hier freiwillige Vereinbarungen mit deutlich längerer Laufzeit möglich werden, die Arbeitsniederlegungen ausschließen.

Auf einem anderen Gebiet sollten die Gewerkschaften jedoch mehr Möglichkeiten erhalten - wiederum im Namen der Vertragsfreiheit. Gewerkschaften sollten exklusiv für ihre Mitglieder zusätzliche Leistungen oder höhere Einkommen aushandeln können. Diese stehen dann Nichtmitgliedern nicht automatisch offen - von Tarifverträgen kann dann durch individuellen Vertrag nach oben und unten abgewichen werden. Es sollte auch möglich sein, in einem Unternehmen oder wenigstens in einer Branche mehrere parallele Tarifverträge zu haben, die die Mitglieder konkurrierender Gewerkschaften betreffen. So könnten sich Gewerkschaften in ihrem Angebot danach differenzieren, inwieweit

die Einkommen leistungsabhängig sind, inwieweit eher Flexibilität bei Arbeitszeit und anderen Bedingungen gewünscht wird. So könnte sich der alleinstehende, flexible VW-Arbeiter von einer anderen Gewerkschaft vertreten lassen als sein Kollege in der gleichen Position, der als Familienvater andere Prioritäten hat.

Die Gewerkschaften der Zukunft, so mein Traum, brauchen die Privilegien gar nicht, die ihnen das deutsche Recht heute gibt. Es gibt einen großen Markt für kompetente Interessenvertretung, für das Aushandeln von Tarifverträgen im Sinne der eigenen Mitglieder. Auch dabei belebt Konkurrenz das Geschäft. Dass viele, gerade große Unternehmen, lieber mit den heutigen quasi-monopolistischen Gewerkschaften zusammenarbeiten und es sich mit diesen bequem eingerichtet haben, sollte gerade den Arbeitnehmern, die auf ihre eigene Leistung vertrauen, zu denken geben. ●



SASCHA TAMM ist Mitarbeiter des Liberalen Instituts und derzeit mit der Stiftungsinitiative zum Themen schwerpunkt „Freiheit und Fortschritt“ befasst.
sascha.tamm@freiheit.org

The Kids are alright

Mit 15 Jahren stellen sie den ersten Mitarbeiter ein, mit 16 verkaufen sie die erste App, mit 18 melden sie ein Patent an. Die Chefs der Startups im Silicon Valley werden immer jünger. Denn niemand weiß so gut wie sie, was ihre Altersgenossen in der Onlinewelt wollen.

// TEXT // **PETER GLASER** // ILLUSTRATIONEN // **ERNST MERHEIM**



Steve Jobs war 22, als er seinen Freund Steve Wozniak 1976 überredete, seine Anstellung bei Hewlett-Packard aufzugeben und mit ihm eine eigene Firma zu gründen. Drei Jahre später war Apple Computer ein Milliarden-Dollar-Unternehmen. 1983 holte Jobs den 44-jährigen Pepsi-Manager John Sculley in die Firma - als Vorstandsvorsitzenden und als „Erwachsenen vom Dienst“. Was als Dreamteam begann, endete zwei Jahre später dramatisch: Jobs, der ebenso inspirierend wie unlenkbar war, wurde von Sculley aus dem Unternehmen expediert. Der Apple-Standardwitz („Was ist der Unterschied zwischen Apple und den Pfadfindern? - Die Pfadfinder haben erwachsene Aufseher“) funktionierte nicht mehr.

Die Unterschiede zwischen einer neuen Generation junger Unternehmensgründer, die das anbrechende digitale Zeitalter hervorbrachte, und den Vertretern her-

kömmlich herangereifter Hierarchien führten zu skurrilen Konfrontationen. Als IBM und die damals kleine Firma Microsoft im November 1980 einen Vertrag über die Entwicklung eines Betriebssystems für den geplanten IBM-PC unterzeichneten, sah Bill Gates' Sekretärin Miriam Lubow ihren jungen Boss eines Morgens in einem dreiteiligen Anzug ins Büro kommen. Gewöhnlich war Gates äußerst lässig gekleidet, gelegentlich hatte er Pizzaresten am T-Shirt und ständig verschmierte Brillengläser. Kurz darauf trafen drei Männer in Jeans und Sneakers mit dicken Aktentaschen ein. Sie sagten, sie kämen von IBM. Die Ingenieure hatten versucht, sich an den Stil von Gates anzupassen - und Bill Gates sich an den ihren. Als sie sich in seinem Büro begegneten, fingen alle an zu lachen.

Wobei den Leuten von IBM bald das Lachen verging. Was sich angesichts der schieren Größe des Unternehmens



niemand hatte vorstellen können, geschah: Anfang der 90er-Jahre verlor IBM, das die Bezeichnung PC quasi als Markenbezeichnung einkassiert hatte, die Marktführerschaft an seine Mitbewerber. Und das Jüngelehen mit den Turnschuhen war plötzlich der reichste Mann der Welt.

Patentgebühr von Oma

Während die Kids, die heute ganz selbstverständlich mit Computer und Netz aufgewachsen, von Soziologen, Analysten und Trendforschern noch unter dem Mikroskop studiert werden wie eine interessante neue Lebensform, gründen die lieben Kleinen bereits Firmen und melden ihre ersten Patente an.

William Morse war 18, als er sich seinen „Hard Drive Zapper“ schützen ließ. Das aus recycelten Bestandteilen von Wegwerfkä-

meras gebaute Gerät löscht Festplatten, die entsorgt werden sollen, so zuverlässig, dass keinerlei persönliche oder geschäftliche Daten mehr ausgelesen werden können. 100 Dollar, die ihm seine Großmutter zum Geburtstag geschenkt hatte, verwendete er, um seine Erfindung beim Patentamt anzumelden.

Die Diskussion über das ideale Alter für Unternehmensgründer hat im letzten Jahrzehnt einen neuen Verlauf genommen. 1999 hatte der ehemalige Wall-Street-Computerexperte und heutige Innovationsforscher Vivek Wadhwa mit seiner These für Aufsehen gesorgt, die erfolgreichsten Unternehmen würden von „alten Hasen“ gegründet. Seinen Untersuchungen zufolge waren es Männer über 40 - verheiratet und mit Kindern -, bei denen die Chance auf einen Unternehmenserfolg am höchsten sei.

Seither hat sich der Trend zunehmend verjüngt. Viele sehen heute das ideale Alter für Gründer („Peak Age“), ähnlich wie für Sportler, bei Anfang bis Mitte 20. Den im Silicon Valley ansässigen Risikokapitalgebern der Firma SV Angel zufolge hatten mehr als zwei Drittel aller Startups, die später für 500 Millionen Dollar oder mehr verkauft wurden, Firmengründer, die jünger waren als 30.

Nicht von der Familie abgelenkt

Sind junge Entrepreneure besser, weil sie unbekümmerter loslegen? Michael Moritz von Sequoia Capital, zu deren Beteiligungen unter anderem Google, YouTube und PayPal gehörten, sieht als neue Mitspieler „sehr junge Talente mit leidenschaftlichem Unternehmergeist, die noch nicht durch Familie oder Kinder abgelenkt werden“. Nach An-



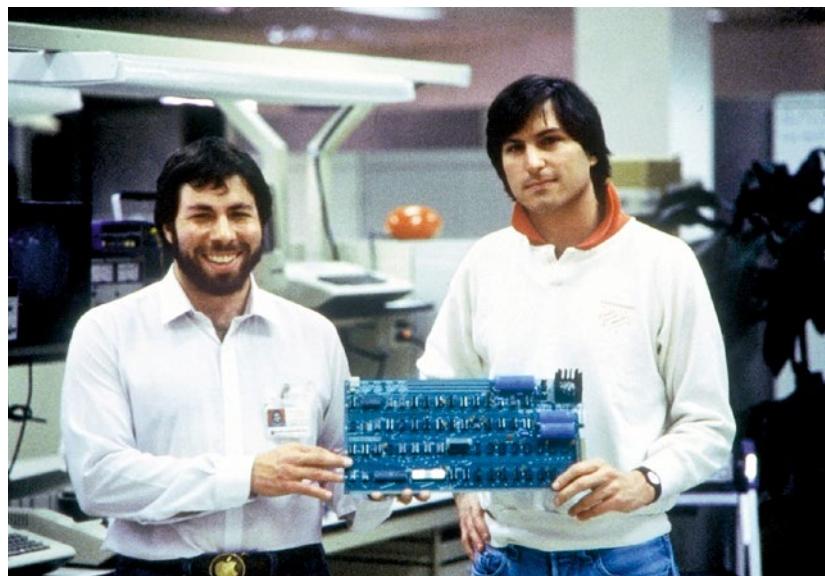
*„Ein Internet-Startup
ist wie eine Band.
Jeder möchte so was
gründen - vor allem,
weil es richtig Spaß
macht.“*

sicht des vormaligen Google-CEOs Eric Schmidt sind es diese „sehr niedrig bezahlten Jungunternehmer“, die dafür sorgen, dass „die richtigen Dinge geschehen, indem sie sich halb zu Tode schufteten“.

Als Zaid Farooqui das Webdesign-Unternehmen Cyquester Technologies mitgründete und einen ersten Mitarbeiter einstellte, war er gerade mal 15. „Ein Internet-Startup ist wie eine Band“, befindet der heute 25-Jährige, „jeder möchte so was gründen – vor allem, weil es richtig Spaß macht.“ So hat Farooqui sich unter anderem an einem Social-Media-Portal namens „iJigg“ versucht, auf dem die Nutzer per Abstimmung aus zahllosen Songs ihre eigenen Charts erstellen konnten. Dass es der Konkurrenz von Musikangeboten wie Last.fm und Pandora nicht standhalten konnte, hindert ihn keineswegs daran, mit etwas Neuem weiterzumachen. Ein Foto in seinem Blog („Me, office and bed“) zeigt die klassische Netzpionier-Grundausstattung: einen Schreibtisch, einen Rechner und eine Schlafmatte daneben auf dem Teppichboden.

Wenn es um Internetunternehmen mit jungen Gründern geht, wird gern auf Larry Page und Sergey Brin von Google (beide Jahrgang 1973) und Mark Zuckerberg von Facebook (Jahrgang 1984) verwiesen. Aber diese Wunderboys erscheinen fast schon wieder wie Senioren, wenn man die allerjüngste Gründergeneration ins Auge fasst – willkommen im Zeitalter der Teenager-Unternehmer.

2007 war er das Highlight der Technologiekonferenz Tiecon im kalifornischen Santa Clara: Anshul Samar, der 13-jährige Gründer und Boss des Spiele-Startups Alchemist Empire. „Wir injizieren Spaß in die Bildung“, fasst der Jüngstunternehmer die Grundidee seines Fantasy-Rollenspiels Elementeo zusammen, mit dem Kinder und Jugendliche



VORBILDER I

STEVE JOBS (oben rechts) war 22, als er seinen Freund Steve Wozniak (l.) 1976 überredete, mit ihm eine eigene Firma zu gründen. Mit seinem Schulfreund Paul Allen gründete **BILL GATES** (unten) im Alter von 14 Jahren seine erste Firma „Traf-O-Data“.

auf neue Art etwas über Chemie lernen sollen. Jedes chemische Element besitzt in dem Spiel eine eigene Persönlichkeit - aus Natrium wird der Natrium-Drache, Sauerstoff verwandelt sich in den „Lebensspender“ und Jod in die Jod-Meerjungfrau. Der ehemalige Präsident der American Chemical Society, Dr. Tom Lane, begeisterte sich darüber, dass „dieser junge Erfinder da über etwas gestolpert ist, das den Leuten auf anregende Weise Wissenschaft näherbringt“. „The New Face of Entrepreneurship“ - niemand repräsentierte das Motto der Veranstaltung besser als Samar. Inzwischen hält er Vorträge bei Innovations-Events wie den TED-Konferenzen, und sein Spiel gibt es natürlich längst auch als App.

Big Business: I can has Katzenfotos!

Vor vier Jahren folgte der Hawaiianer Erik Nagakawa der gerade aufkommenden Mode, mit absichtlich verdrehtem Englisch betextete Katzenfotos im Netz zu verbreiten („I can has Cheezburger?“). Er richtete für die nach dem Akronym für „Laughing Out Loud“ sogenannten „LOLCats“ ein eigenes Blog ein - Icanhascheezburger.com. Die Zugriffszahlen explodierten sofort, das Blog war von Anfang an in den schwarzen Zahlen. Wenig später lieferte der koreanischstämmige US-Jungunternehmer Ben Huh ein Meisterstück an Überredungskunst ab: Er brachte Silicon-Valley-Investoren dazu, ihm 2,25 Millionen Dollar zu geben, um diese Website zu kaufen, die zwar täglich eine halbe Million Klicks erbrachte, auf der aber nichts als hochgradig albern beschriftete Katzenfotos zu sehen waren. Heute herrscht Huh über ein „Cheezburger Network“ aus mehr als 50 Blogs und Websites und beschäftigt 75 Mitarbeiter. Mit Onlinewerbung und Merchandising macht er geschätzte 4 Millionen

Dollar Umsatz im Jahr. Während die Zeitschrift GQ ihn auf die Liste der schlecht gekleideten Menschen im Silicon Valley setzte, wählte ihn das Magazin *Fast Company* 2010 zu einem der „Most Creative People in Business“.

Direkt das große Geschäft ansteuern

Andere Jungunternehmer steuern ebenfalls ohne den Umweg über kleinere Projekte direkt das große Geschäft an. Sam Altman etwa, Anfang 20, rief „loop“ ins Leben, einen



ortsbezogenen Dienst, der Handynutzern auf einer Karte zeigt, wo ihre Freunde gerade sind oder wo in der Umgebung ein Restaurant zu finden ist. Nach einer kleinen Anschubfinanzierung hatte Altman sich daran gemacht, 5 Millionen Dollar einzusammeln und über eine Zusammenarbeit mit dem Telekommunikationsunternehmen Sprint zu verhandeln - wobei ihn seine Geschäftsreisen öfters über seine Heimatstadt St. Louis führten, wo er sich von seiner Familie ein Auto ausborgte, da er damals noch nicht alt

genug war, um sich eines mieten zu können. Sein jungenhaftes Aussehen bereitet ihm manchmal immer noch Probleme, „etwa wenn ich mir im Kino einen Film ansehen will, der erst ab 18 freigegeben ist“.

Für Altman verläuft ein Grenzlinie zwischen der Generation der „alten“ Netznutzer, die noch ihre Privatsphäre verteidigen, und den nach 1981 Geborenen, die sich bereits daran gewöhnt haben, dass ihr Leben im Netz ein offenes Buch ist. Jugendliche kommen inzwischen früh mit den sozialen Netzen in Berührung, und sobald sie sich darin heimisch fühlen, erscheint ihnen die Vorstellung, man könne Dinge für sich behalten, sonderbar. Richtig einschätzen zu können, was die Nutzer an Transparenz akzeptieren, kann über Wohl und Wehe neuer Geschäftsmodelle entscheiden, die wie bei „loop“ aus den Daten der Nutzer eine neuartige, reizvolle oder nützliche Erfahrung zu formen versuchen.

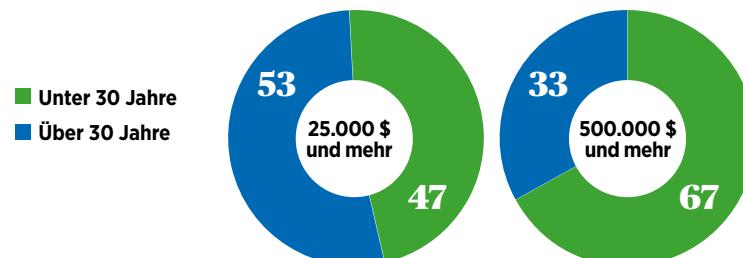
Die ältere Generation versucht dem digitalen Wertewandel manchmal etwas hilflos Einhalt zu gebieten. So erläuterte etwa Melinda Gates in einem Interview die strengen Erziehungsregeln für ihre Kinder: „Wir setzen alles daran, dass die drei so normal wie möglich aufwachsen“, sagt die Frau von Bill Gates. Die Kinder müssten mit etlichen Einschränkungen leben, iPhone oder iPod etwa seien verboten. „Unsere große Tochter hat gesagt: Mama, erzähl bloß nicht, was wir alles nicht dürfen. Das ist total peinlich.“ ●



PETER GLASER lebt als Publizist und Schriftsteller in Berlin, er ist Ehrenmitglied des renommierten Chaos Computer Clubs. Zu der Beobachtung, dass amerikanische Internetunternehmer immer jünger werden, gesellte sich eine weitere Erkenntnis: Nicht das Alter ist ausschlaggebend für Erfolg, sondern harte Arbeit.
peter_glaser@gmx.de

JUNGE LEUTE, GROSSES GELD

Je jünger die Gründer von Startups sind, desto höher ist der tatsächliche oder potenzielle Wert der Firma beim Verkauf. Denn keiner kennt die Interessen junger Menschen besser als die Jungunternehmer.



Quelle: techcrunch.com



VORBILD II

MARK ZUCKERBERG war 20, als er 2004 Facebook gründete. 2006 gab er sein Studium ohne Abschluss auf. Im September 2011 schätzte das Wirtschaftsmagazin *Forbes* sein Vermögen auf rund 17,5 Milliarden US-Dollar.

Wohlsein

In normalen Pflegeheimen heißt es: Wir wissen schon, was gut für dich ist.

Und Alkohol gehört nicht dazu. In einer Hamburger Einrichtung für Suchtkranke sagt man den Bewohnern: Entscheide selbst, was du möchtest – und wenn es der tägliche Rausch ist, geht das in Ordnung.

// TEXT // **FRANK BURGER** // FOTOS // **BERND JONKMANNS**

Es ist drei Uhr nachmittags an einem Montag Ende Januar. Draußen liegt Schnee, aber der Winter hat beschlossen, eine zehn Grad warme Pause einzulegen. Drinnen, im Heim „Pflegen & Wohnen Öjendorf“ im äußersten Hamburger Osten, haben Peter Penning und sein Kumpel Simon Firmenich beschlossen, es sich gemütlich zu machen. Sie sitzen in Firmenichs Zimmer an einem Tisch, die Heizung wärmt, das Radio spielt „Sweet Home Alabama“. Zeit für noch ein Glas Wein und eine Selbstgedrehte. Und für Auszüge aus zwei Lebensgeschichten, die in den Details variieren, deren Dreh- und Angelpunkt den gleichen Namen trägt: Alkohol.

Peter Penning stammt aus Emden. Der 47-Jährige hat schon als Jugendlicher begonnen zu trinken. Und, wie er sagt: „Eigentlich nie wieder so richtig damit aufgehört.“ Penning hat eine Ausbildung als Tischler absolviert, doch Fuß fassen konnte er in der Arbeitswelt nie. Die Sucht hat ihm immer wieder einen Strich durch die Rechnung gemacht. Und ihn gezeichnet. In seinem schmalen Gesicht wohnen noch letzte Züge eines jungen Mannes, der wahrscheinlich einmal gut aussah. Doch jetzt ist seine Miene verzerrt. Die Brauen streben in unterschiedliche Richtungen, als wolle die eine Staunen, die andere Missbilligung ausdrücken. Falten furchen Wangen und Stirn, die Augen blicken starr.

Seit vier Jahren lebt der Ostfriese im Pflegeheim, davor hatte er eine eigene Wohnung in Emden, wo ihn Mitarbeiter der Diakonie betreuten. Das ging aber irgendwann nicht mehr. „Ich habe Probleme mit der

Muskulatur, kann nicht mehr gut auf den Beinen stehen und immer wieder plagen mich Krampfanfälle“, sagt Penning. Langzeitfolgen des täglichen Alkoholkonsums. „Hier in Öjendorf muss ich mir keine Gedanken um irgendetwas machen, hier bin ich unter Kontrolle.“ Wenn er spricht, wirkt er sehr konzentriert und ist gut zu verstehen, auch wenn sein Sprachfluss manchmal abrupt bremst und dann wieder beschleunigt.

Seinem Freund Simon Firmenich bereitet es größere Probleme, sich zu artikulieren. Jeder Antwort geht eine Pause voran, er spricht verwaschen und stockend. Sein Gesicht ist maskenhaft, sein Alter schwer zu schätzen. 47 ist er, so alt wie Penning, kommt aus Hamburg-Wilhelmsburg und hatte auch einmal einen Beruf. „Bis vor zehn Jahren habe ich als Maurer gearbeitet, nein als Hoch- und Tiefbaufachmann“, sagt er. Auch bei der Bundeswehr sei er früher gewesen, verpflichtet für vier Jahre, aber wegen Befehlsverweigerung im Suff entlassen worden. Seine letzte Station vor Öjendorf: vier Jahre in einem Pflegeheim für Suchtkranke in Reinbek, das Abstinenz zur Bedingung für den Aufenthalt macht. Er sei die ganze Zeit trocken gewesen, sagt Firmenich. Das Problem: „Irgendwann wollte ich mir mal wieder richtig einen auf den Zeiger geben.“ Da war er seinen Platz los.

Firmenich und sein Heimgenosse versuchten über die Jahrzehnte schon oft, von ihrer Sucht loszukommen. Haben den Entzug durchgemacht, waren eine Weile trocken: bis die Gier zu groß wurde, ein Kumpan feierte, für kurze Zeit Geld da war, die Traurigkeit überhandnahm - tausendundein Grund, wieder anzufangen. >



Ende der Walz:
Werner Osthöfer, 65, hat 18 Jahre auf der Straße gelebt und ist dabei durch halb Europa gereist – bis der Körper der Belastung nicht mehr gewachsen war. Öjendorf ist nun seine vorerst letzte Etappe.





Heute trinkt jeder von ihnen, so Penning, „drei bis vier Liter Wein“ - pro Tag. Nicht heimlich, auf einer Parkbank oder auf der Straße. Sondern ganz offen, in ihrem Zuhause, dem Heim. Hier dürfen sie das. Hier verlangt niemand, dass sie damit aufhören. Es erwartet auch keiner. Sie und die anderen Bewohner werden als diejenigen angenommen, die sie sind: Alkoholabhängige, die - fast immer - ihrer Sucht erlegen sind.

Auf diese Klientel hat sich das private Heim spezialisiert - im Fachjargon heißen sie „chronisch mehrfach beeinträchtigte, abhängigkeitskranke Menschen“. Die Einrichtung ist einzigartig. Zwar gestatten mittlerweile einige Pflegeheime im Land abhängigen Insassen den kontrollierten Konsum von Alkohol. Menge und Frequenz legt aber ein Arzt fest. In Öjendorf entscheiden die Bewohner selbst, was, wie viel und wann sie trinken - die Grenzen setzt ihnen dabei vor allem ihr Budget. Das Haus bietet Menschen, denen ein eigenständiges Leben unmöglich erscheint, einen Platz, den sie in der Normalgesellschaft nicht mehr finden und in anderen Heimen nicht bekommen. Die Kosten für den Aufenthalt übernimmt fast immer das Sozialamt. Voraussetzung für die Aufnahme ist eine ärztlich diagnostizierte Alkoholab-

hängigkeit, eine vom Medizinischen Dienst der Krankenkassen festgestellte Heimpflegebedürftigkeit - und der selbst gefasste Entschluss einzuziehen.

Männer kippten betrunken auf der Straße um

Freiheit ist der Kern des öjendorfschen Pflegekonzepts. Die Freiheit eines Menschen, seinen eigenen Weg zu wählen, selbst wenn er in den Verfall führt und Umkehr nur in den seltensten Fällen die längerfristig eingeschlagene Richtung ist. Ein Weg, der toleriert wird, selbst wenn Außenstehende ihn kaum begreifen können und ablehnen. Auch die Mitarbeiter des Heims müssen die Entscheidung der Bewohner nicht gutheißen - aber akzeptieren. Sie müssen die Konsequenzen der Freiheit ertragen.

Einer, der sie schon seit 30 Jahren aushält, ist Pflegedienstleiter Andreas Meyer. Nach dem Zivildienst und der Pflegeausbildung fing er 1983 als Betreuungskraft an - und blieb: „Weil ich großen Spaß an der Arbeit habe und mir nichts Schöneres vorstellen kann“. Der 53-Jährige kennt sich in der Geschichte des Hauses aus, das nach dem Krieg als Auffangstätte für gestrauchelte Männer gegründet wurde, und hat die Entwicklung der

Fans unter sich: Peter Penning (links) ist Werder-Bremen-Anhänger, Simon Firmenich hält zum HSV - trotzdem trinken sie auf Firmenichs Zimmer gern mal ein Glas zusammen.

Einrichtung hin zu ihrem jetzigen Schwerpunkt mitgestaltet. „Bis vor 15 Jahren war Alkohol hier offiziell verboten, obwohl wir das nie ganz unterbinden konnten“, sagt Meyer. „Vor allem aber haben wir uns gedacht: Die Leute gehen raus, wenn sie trinken wollen, kippen völlig betrunken um und kommen mit dem Krankenwagen zurück - das ist doch Quatsch. Also haben wir ein Pilotprojekt gestartet, das unseren Bewohnern erlaubt, in der Einrichtung zu trinken.“

Drei Bewohner im Substitutionsprogramm

Dabei ist die Toleranz gegenüber dem Alkoholkonsum zwar der ungewöhnlichste Aspekt des Heims, aber nicht das ausschlaggebende Argument für die Betreuten: „Nur zum Trinken müssten sie ja nicht hierher kommen“, sagt Meyer. „Entscheidend ist die Einsicht, dass sie allein nicht mehr klarkommen. Weil sie sozial völlig isoliert sind, unter körperlichen und psychischen Erkrankungen leiden oder sich nicht mehr selbst versorgen können. Egal, ob sie vorher in einer eigenen Wohnung, im Männerwohnheim oder auf der Straße gelebt haben.“

Die Nachfrage nach den 131 Pflegeplätzen in zehn Wohngruppen - acht Plätze sind für Frauen reserviert - ist groß, das Heim immer voll belegt. Der jüngste Bewohner zählt 30, der älteste 79 Jahre, der Durchschnitt liegt bei ungefähr 55 Jahren. Viele von ihnen haben zusätzlich zu ihrem Alkoholkonsum auch Erfahrungen mit illegalen Drogen wie Heroin oder Kokain - drei der Bewohner nehmen sogar an einem Substitutionsprogramm teil, bei dem sie die Ersatzstoffe Polamidon oder Subutex erhalten. „Die sind allerdings schon substituiert zu uns gekommen“, sagt Meyer, „Da wir aber nicht garantieren können, dass sie die Finger vom Alkohol lassen, ist das für uns ein auslaufendes Modell. In Zukunft nehmen wir keine Substituierten mehr auf.“

Genügend Anwärter für einen Pflegeplatz gibt es auch so, fünf bis zehn Bewerber stehen immer auf Abruf. Wenn der Andrang so groß ist, warum existieren dann nicht mehr Einrichtungen dieser Art? Meyer nennt zwei wesentliche Gründe: „Zum einen ist es die Freiheit, die wir den Bewohnern gewähren. Viele Menschen aus der Pflegebranche und in den Wohlfahrtsverbänden haben damit ein großes Problem, weil sie es gewohnt sind, dass man Kranken vorschreibt, was gut für sie ist. Zum anderen geht es ums Geld: Unsere Bewohner haben in der Regel Pflegestufe null, damit kann ein Heimträger kaum Geld verdienen - ein Pflegeheim muss mindestens Stufe eins oder zwei als Standard haben, damit sich das wirtschaftlich lohnt.“

Die Wartelisten für einen Platz in Öjendorf wären noch länger, wenn das Taschengeld, das jeder Bewohner



monatlich bar und zur freien Verfügung vom Sozialamt ausgezahlt bekommt, höher wäre als 100 Euro. „Da sagen sich viele Süchtige: ‚Draußen habe ich 350 Euro Sozialhilfe - 100 Euro reichen mir nicht fürs Rauchen und Trinken.‘ Wenn sie die Wahl haben zwischen regelmäßigen Mahlzeiten und einer Flasche Korn, wählen Suchtkranke eben meistens den Schnaps“, so Meyer.

Damit keiner seinen Entschluss leichtfertig fasst, sind ein Besichtigungstermin und ein Vorgespräch mit dem jeweiligen Wohnbereich Pflicht - denn auch Meyer und seine Kollegen müssen einverstanden sein mit dem neuen Bewohner. Die Hälfte der Interessenten sagt anschließend ab, mancher kommt mehrmals vorbei, bevor er den letzten Schritt wagt.

So wie Werner Osthöfer. Der 65-Jährige büchste mit 14 das erste Mal aus seinem Elternhaus in Duisburg aus, saß einige Zeit im Knast - wie rund 80 Prozent der Bewohner irgendwann in ihrem Leben -, schloss dort eine Schreinerlehre ab und lebte insgesamt 18 Jahre auf der Straße. Warum? „Ja, wie kommt so was? Ich bin durch ganz Europa gereist, immer mit 30 Kilo auf dem Rücken. Die schönste Zeit meines Lebens“, sagt der große, kräftige Mann mit dem grauen Bart. Doch mit Arthrose, Wirbelsäulenschaden, Schwerhörigkeit sowie künstlichem Knie- und Hüftgelenk „geht man da draußen kaputt“, sagt Osthöfer. Ein Sozialarbeiter zeigte ihm das Pflegeheim, nach sechs Monaten Bedenkzeit zog er im Oktober 2006 in Öjendorf ein.

Er hat ein ruhiges Einzelzimmer im ersten Stock, gut zwölf Quadratmeter groß, zwei Tische und Stühle, Bett, Waschbecken, Schrank, Regal, Fernseher, Musikanlage, Kühlenschrank. An den Wänden Landschaftsbilder, vor dem Fenster ein Wäldchen. Das Ensemble der Endsta-

»



tion des Wanderers, das weiß Osthöfer selbst. „Aber warum sollte ich auch wegwollen?“, fragt er. Vom Alkohol? „Zigmal habe ich es versucht.“ Aus dem Heim? „Hier ist es besser als in den normalen Häusern. Dein eigenes Ich wird dir nicht genommen. Niemand bekehrt dich.“

Menschen nehmen, wie sie sind

„Das gehört zu unserer Grundhaltung“, sagt Andreas Meyer. „Der Süchtige ist krank - das ist zwar theoretisch überall bekannt, aber wenn in der Familie einer anfängt zu trinken, heißt es: Hör doch auf. Wir dagegen nehmen die Menschen, wie sie sind. Auch wenn ich ihre Entscheidung nicht unbedingt toll finde, akzeptiere ich sie.“

In Öjendorf geht es konsequent um Suchtbegleitung - wer von Anfang an einen Entzug anstrebt, ist fehl am Platz. „Das können andere Einrichtungen weit besser als wir“, sagt der Pflegedienstleiter. Was das Heim seinen Bewohnern dagegen bietet, ist die Rückkehr zu einer Art Normalität. Eine Struktur. Durch simple Dinge wie feste Mahlzeiten, durch Freizeitaktivitäten wie eine Hafenrundfahrt oder den jährlichen Paddelausflug auf der Trave. Durch die Planung von Terminen und Aufgaben. Wer will und kann, darf arbeiten: Schnee räumen, ein frei gewordenes Zimmer streichen oder, wie der Handwerker Werner Osthöfer, in der kleinen Werkstatt die Gartenmöbel für das Frühjahr abschleifen und ein Vogelhaus bauen.

„Unsere Leute wollen wie Erwachsene behandelt werden, und daran halten wir uns“, sagt Meyer. Ob-

wohl das oft unendliche Geduld erfordert. Beispielsweise wenn ein Bewohner den Wunsch hat, wieder in eine eigene Wohnung zu ziehen. Dafür braucht er unter anderem einen Personalausweis, und wenn er keinen hat, muss er einen neuen beantragen. Dazu benötigt er Passbilder. „Es kann Monate dauern, bis er das hinkriegt. Mal ist das Wetter zu schlecht, mal wird ihm auf dem Weg zum Automaten das Geld gestohlen, mal verliert er es, mal biegt er unterwegs in den Discounter seiner Wahl ab und investiert in Schnaps.“

Süchtige setzen nun mal andere Prioritäten. Wer in Öjendorf arbeitet, braucht daher eine hohe Frustrationstoleranz. Gegenüber vielen Dingen. Kein Wunder, dass sich nur wenige Pflegekräfte für einen Job hier interessieren. „Man muss hierhergehören, sonst passt das nicht“, sagt Wohnbereichsleiter Oliver Rausch, der seit 1996 dabei ist. „Manche Kollegen sagen, sie würden es keine halbe Stunde hier aushalten, wegen des Geruchs und des Aussehens der Bewohner. Und die sind ja auch nicht immer nett. Da gibt es sexistische Bemerkungen gegenüber Frauen, ein anderer provoziert mit radikalen politischen Ansichten. Dann kriegt er eine klare Rückmeldung, denn auch wer schwer alkoholkrank ist, kann sich wie ein zivilisierter Mensch benehmen. Und wenn er das nicht tut, hat er ein Recht darauf, dass man ihm das sagt.“

Rausch strahlt große Ruhe aus und lacht viel, auch wenn er von den unangenehmen Seiten seiner Schützlinge erzählt, etwa von Streits, bei denen sich die Kontrahenten Gesicht an Gesicht anbrüllen: „Für unsere Klientel ist das eine relativ konstruktive Form der Konfliktbewältigung. Da gehen wir auch mal dazwischen. Aber wenn sie sich prügeln, holen wir die Polizei. Nahkampf gehört nicht zu unserem Job“, sagt der 41-Jährige.

Wer sich von solchen Widrigkeiten nicht abschrecken lässt, wird wohl bald verstehen, was Rausch an seiner Arbeit so mag: „Man hat als Betreuungskraft ganz andere Möglichkeiten als bei Menschen, die in eine Pflegeeinrichtung kommen, weil sie völlig hilflos sind. Das sind unsere Leute ja nicht. Der Reiz ist, gemeinsam mit ihnen herauszufinden, was funktioniert und was nicht. Wir diskutieren hier über alles, von der Körperpflege über Arztbesuche bis hin zum Mittagessen. Wer Lust darauf hat, findet hier eine erfüllende Aufgabe - wer Menschen einfach nur versorgen will, ist hier verkehrt.“

Die Richtigen stoßen in der Regel nach einer mehrjährigen Hospitation zum Team, das aus rund 40 Mitarbeitern besteht, davon zwei Drittel Frauen. Und wer kommt, bleibt lang: Die Fluktuation geht gegen null, die letzte neue Mitarbeiterin wurde vor fünf Jahren eingestellt. Worin sich übrigens eine Parallele zur Ver-

Gute Stimmung:

Wenn sich Jörg Markgraf (links) und Meiko Jahnke im heimigenen Café Regenbogen treffen, gibt es Kaffee, Bier und Zigaretten – geraucht wird im Pflegeheim fast überall.



weildauer der Bewohner zeigt: Fast alle bleiben Jahre, manche Jahrzehnte. 2012 verließ einer das Heim, der 1976 eingezogen war.

„Mancher fängt sich hier wieder und findet zusätzlich vielleicht Gefallen am Arbeitstrott. Der steigt in der internen Hierarchie auf, der ist Einäugiger unter Blinden“, sagt Meyer zur Erklärung der langen Aufenthalte. Und eine Rückkehr in die Gesellschaft jenseits des Heims kann schiefgehen, wie das Beispiel eines Bewohners zeigt, der nach Jahren in Öjendorf auszog und schon sehr kurze Zeit später zurückkehrte, mit der Begründung: „Hier drin bin ich der König, da draußen bin ich ein herzkranker, alkoholabhängiger Sozialhilfeempfänger.“

Andreas Ilgmann will auch nicht mehr weg. Die Vorgeschichte des 53-Jährigen Hamburgers ist ein Klassiker: 1997 stirbt seine Frau, von da an säuft er sechseinhalb Jahre exzessiv, verkracht sich mit den Kindern und dem Rest der Familie, erleidet einen Schlaganfall. Im August 2004 kommt er nach Öjendorf, und wenn es nach ihm geht, wird er für immer bleiben.

„Die Arbeit hält mich hier, die ist mir sehr wichtig“, sagt der gelernte Teilesetzer im Schiffbau. „Ich sitze jeden Tag von sieben bis vier an der Pforte, kümmere mich in zwei Wohnbereichen um die Getränke und helfe im Heimladen aus. Und mache alles, was sonst

noch anfällt. Wenn ich allein in der Stadt leben würde, wüsste ich nicht, wie ich einen Job bekommen sollte.“

Eigentlich eine ganz normale Geschichte für Öjendorfer Verhältnisse. Aber es gibt etwas, das Andreas Ilgmann aus der Schar der harten Konsumenten heraushebt: Seinem Einzug ging ein Entzug voraus - er kam als trockener Alkoholiker ins Heim und ist es geblieben. Trotz der täglichen Versuchung durch den Suff der großen Mehrheit. Ihr Schicksal, sagt er, habe ihn am Ende noch in seinem Entschluss bestärkt.

Ilgmann ist einer von derzeit vier Abstinenzlern im Pflegeheim. Dass sie durchhalten, dafür würde keiner die Hand ins Feuer legen. Schließlich haben es während Andreas Meyers 30 Berufsjahren „maximal zehn geschafft, dauerhaft vom Alkohol loszukommen“, schätzt der Pflegedienstleiter.

Die Enthaltsamen sind in seinen Augen denn auch keine besseren Menschen. Sie gehen einfach einen anderen Weg. Nicht, weil sie jemand dazu gezwungen hätte. Sondern weil sie ihn frei gewählt haben. ●



FRANK BURGER, freier Journalist aus Hamburg, war überrascht und beeindruckt, wie freimütig die Bewohner des Pflegeheims aus ihrem Leben und von ihrer Sucht erzählten – die Erklärung lautete fast immer gleich: „Ich muss mich hier ja nicht verstehen.“
redaktion@libmag.de

Paradiesvogel:

Andreas Ilgmann ist eine Ausnahme unter den Bewohnern, aber nicht seiner Tätowierungen wegen – seit er vor achteinhalb Jahren einzog, hat er keinen Tropfen Alkohol getrunken. Ebenso ernst wie die Abstinenz nimmt er seinen Job an der Pforte des Heims.

Reifeprüfung

Kein wahrhaft demokratisch denkender Mensch hegt Sympathien für die NPD. Entsprechend viel Zuspruch erntet der erneute Versuch, die Partei zu verbieten. Doch das rechte Denken lässt sich nicht per Gerichtsbeschluss eliminieren. Und eine mündige freiheitliche Gesellschaft muss auch diese Gesinnung aushalten.

Drei Thesen zum NPD-Verbot von **Stefan Ruppert**.

„ Die Freiheit ist immer in der Defensive und daher in Gefahr“, schrieb der deutsche Philosoph Karl Theodor Jaspers und fuhr fort: „Wo die Gefahr in einer Bevölkerung nicht mehr gespürt wird, ist die Freiheit fast schon verloren.“ Die NPD ist als rechtsextreme und verfassungsfeindliche Partei zweifelsohne eine Gefahr für unsere liberale Gesellschaft. Rassismus steht gegen Toleranz, „völkisches“ Denken gegen individuelle Freiheit, Nationalismus gegen Weltoffenheit.

Aber folgt man den Worten Jaspers' und denkt diese konsequent zu Ende, dann muss eine freiheitliche Gesellschaft die rechtsextreme Bedrohung eher aushalten, als sie durch einen Verbotsantrag symbolisch aus dem Blickfeld der Bürger zu entfernen. Der Schmerz, den uns die NPD mit ihren Worten und Taten bereitet, muss gleichzeitig unser Ansporn sein, sich ernsthaft und mit Nachdruck dem Problem und der Verteidigung einer freiheitlichen Gesellschaft zu widmen.

Leider hat es diese liberale Perspektive schwer, sich dem Zeitgeist zu widersetzen, der sein Heil in einem Verbot sucht und sich davon eine schnelle Genesung verspricht. In den vergangenen Monaten wurde vermehrt über das richtige juristische Vorgehen bei einem neuen Verbotsantrag diskutiert. Die Frage des „Wie“ stand dabei im Mittelpunkt.

Zweifelsohne ist diese Frage bedeutsam, wenn man überlegt, wie überhastet die Politik 2001 ohne einen Moment der kritischen Reflexion in den ersten Versuch eines NPD-Verbots gerannt ist. Ich habe als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Bundesverfassungsgericht das Versagen von Politik und Verfassungsschutzämtern noch in schlechter Erinnerung. Bedauerlicherweise gerät bei der Verfahrensdiskussion die viel wichtigere Frage des „Ob“ in den Hintergrund. Aus liberaler Sicht ist sie mit einem klaren „Nein“ zu beantworten, wie die folgenden drei Thesen belegen sollen:

1. Rechtsextremistisches Gedankengut kann man nicht verbieten

Ein Verbot trüfe lediglich die Parteiorganisation der NPD, nicht jedoch rechtsextreme Gedanken in unserer Gesellschaft. Es steht fest: Die NPD ist eine widerliche und zutiefst undemokratische Partei. Aber das die Partei tragende Gedankengut wie Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus und Zuneigung zu autoritären Strukturen reicht bis in die Mitte der Gesellschaft hinein. Gegen diese Tatsache hilft kein Verbot. Vielmehr sind umfassendere Maßnahmen gegen den Rechtsextremismus erforderlich: Staatliche Programme, die Prävention und Aufklärung stärken, sind nur ein erster Schritt.

Wir brauchen das Bewusstsein, dass die Verteidigung der Freiheit vornehmste Bürgerpflicht wird. Ich bin überzeugt, dass eine freiheitliche Verfassung, die soziale Marktwirtschaft und eine starke Bürgersellschaft die beste Prävention erreichen. Zudem muss rechtsextremen Straftaten mit einer konsequenten Anwendung des politischen Strafrechts begegnet werden. Ein Verbotsantrag wäre Ausdruck des Scheiterns der argumentativen Auseinandersetzung mit rechtsextremen Ideologien. Wir sollten stattdessen jeden Tag aufs Neue für Freiheit, Toleranz und das demokratische Miteinander werben und rechter Propaganda scharf entgegentreten.



2. Ein NPD-Verbot trifft den organisierten Rechtsextremismus nur zu einem kleinen Teil

Die NPD ist als Partei nur einer unter mehreren Anlaufpunkten des organisierten Rechtsextremismus. Große Teile der Szene sind in freien Bünden und Kameradschaften zusammengeschlossen, die von einem Verbot nicht berührt würden. Zudem bereiten sich Teile der NPD auf ein Verbotsverfahren vor. Einige Kräfte haben nahezu unbemerkt von der Öffentlichkeit im Mai 2012 die neue Partei „Die Rechte“ gegründet. Sie dürfte bei einem Verbot als Sammelbecken für alte Anhänger der NPD fungieren. Andere Funktionäre würden in rechte Untergrundorganisationen abwandern, deren Treiben unter Ausschluss der öffentlichen Beobachtung stattfindet. Die Strukturen des Rechtsextremismus würden durch ein NPD-Verbot kaum geschwächt. Informelle Kreise, die sehr schwer kontrollierbar sind, würden hingegen Zulauf erhalten.

3. Ein Verbotsverfahren nutzt der NPD eher, als dass es ihr schadet

Die Debatten der vergangenen Monate haben der NPD, die am Rande des finanziellen Ruins und der politischen Bedeutungslosigkeit stand, neues Leben eingehaucht. Geschickt hat die Partei schon früher das Licht der Öffentlichkeit für ihre Propaganda benutzt. Nun gibt es eine neue öffentliche Plattform. So reichte die Partei im November 2012 beim Bundesverfassungsgericht einen verfassungsrechtlich abstrusen Antrag auf Überprüfung ihrer Verfassungsmäßigkeit ein. Auf eigene Initiative hin will sich die NPD die Verfassungstreue durch Karlsruhe oder notfalls den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte bescheinigen lassen.

There is no such thing as bad publicity. Dies scheint zumindest das Kalkül einer Partei zu sein, die auf eine neue Solidarisierungswelle aus der rechten Szene hofft. Es ist

schwer vorstellbar, welch schlimme Folgen ein erneutes Scheitern in Karlsruhe hätte. Es kann nur ein Fehler sein, den Wunsch der NPD nach neuem öffentlichem Zulauf zu erfüllen.

Unsere freiheitliche Gesellschaft schützen wir nicht durch symbolhafte Parteiverbote. Wir sollten die tieferen Ursachen des Rechtsextremismus bekämpfen. Der Ruf nach dem Staat delegiert das Problem und bietet nur Scheinlösungen, die Verantwortung des Einzelnen ist auch hier gefragt. Das ist die unbequeme Botschaft des Liberalismus zum Erhalt einer freiheitlichen Gesellschaft - hier wie überall sonst. ●



STEFAN RUPPERT ist habilitierter Rechtswissenschaftler und war zur Zeit des ersten NPD-Verbotsverfahrens Mitarbeiter des Bundesverfassungsgerichts. Heute ist er Parlamentarischer Geschäftsführer der FDP-Bundestagsfraktion.

redaktion@libmag.de

Helen gegen Goliath

Helen Zille befindet sich auf einer Mission. Das Ziel der Premierministerin der Provinz Westkap: zu verhindern, dass Südafrika eine der gescheiterten Demokratien wird, von denen es auf dem afrikanischen Kontinent schon so viele gibt. Um seine Macht zu sichern, diffamiert der ANC ihre liberale Demokratische Allianz (DA) als „weiße Partei“. Dabei macht die Großnichte des Berliner Milieumalers Heinrich Zille Politik jenseits aller Hautfarben. // TEXT // WOLFGANG DRECHSLER



Triumph: Mit 786 zu 228 Stimmen gegenüber ihrem nächsten Konkurrenten wählte die DA Helen Zille 2007 zur Vorsitzenden.

Wir befinden uns im Jahre 2013. Ganz Afrika wird von früheren schwarzen Widerstandsbewegungen oder ihren Nachfolgern regiert ... Ganz Afrika? Nein! An der äußersten Südspitze des Kontinents verharrt eine kleine liberale Enklave. Wie Sand zwischen den Händen ist den Weißen die Herrschaft in Afrika über die letzten 50 Jahren zerronnen: von Kenia über Rhodesien und Namibia bis nach Südafrika und - nach der Machtübernahme des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) im Jahre 1994 - bis in dessen westliche Kapprovinz mit der Küstenmetropole Kapstadt. Ausgerechnet am Kap der Guten Hoffnung, dort, wo 350

Jahre vorher die weiße Landnahme begann, regiert heute Afrikas letzter weißer Premier: Helen Zille.

Seit fast vier Jahren regiert die mit dem berühmten Berliner Milieumaler und Karikaturisten Heinrich Zille verwandte Chefin der liberalen südafrikanischen Opposition das Westkap als Ministerpräsidentin - und würde die Erwähnung ihrer weißen Hautfarbe in diesem Zusammenhang gar nicht mögen. Schließlich ist Helen Zille von gänzlich „farbenblind“ Eltern aufgezogen worden und wünscht sich nichts sehnlicher, als die alten Rassenschablonen und das damit verbundene Schwarz-Weiß-Denken in Südafrika zu knacken. Zum anderen muss sie seit Jahren

damit kämpfen, dass ihre Gegner und vor allem der seit nunmehr fast 20 Jahren am Kap allein regierende ANC die von ihr geführte liberale Demokratische Allianz (DA) unentwegt als eine „weiße“ Partei denunzieren, die angeblich nur am Wohl der Weißen interessiert sei und in Südafrika eine neue Apartheid durchsetzen wolle.

Zille selbst ist vor allem über den Hass und die Wut der Angriffe bestürzt - und davon, wie unverfroren der ANC nun die Rassenkarte spielt. Ausgerechnet ihr, der christlich erzogenen Jüdin, die lange Jahre an vorderster Front gegen die Rassentrennung gekämpft hat und unter Gefährdung ihrer eigenen Sicherheit ANC-Mitglieder vor der Apartheidpolizei versteckte, wirft dieser ANC heute vor, Vorsitzende einer Partei weißer Rechtsextremisten zu sein. Wer die DA wähle, so warnte der ANC seine oft sehr traditionell denkenden Anhänger, erzürne seine Vorfahren, werde nicht in den Himmel kommen und beschleunige den Tod des weithin verehrten Gründervaters Nelson Mandela. „Dabei haben fast alle Mitglieder unserer Parteispitze engagiert gegen die Apartheid gekämpft“, sagte Zille im Dezember vergangenen Jahres in einem Interview mit dem *Handelsblatt*. „Der ANC benutzt das billige Rassenargument, weil er keine anderen hat. Die Rasse und die koloniale Vergangenheit werden immer wieder von Befreiungsbewegungen politisch

instrumentalisiert, die in der Regierung versagen. In Simbabwe etwa kämpft Robert Mugabe noch immer gegen Großbritannien und Tony Blair.“

Absurde Unterstellungen

Dabei zeigt schon ein flüchtiger Blick auf Helen Zilles Leben, wie absurd die Unterstellungen gegen sie und ihre Partei sind: Von ihren politisch aktiven Eltern geprägt, entwickelt sie schon sehr früh gesellschaftliches Engagement. Zunächst arbeitet sie als Journalistin. Die Recherchen der jungen Reporterin für die linksliberale *Rand Daily Mail* tragen 1977 maßgeblich dazu bei, die Wahrheit über die Ermordung des schwarzen Freiheitskämpfers Steve Biko durch die weiße Sicherheitspolizei ans Tageslicht zu bringen. Doch statt es sich im Journalismus bequem zu machen, wirft sie Anfang der Achtzigerjahre alles hin und engagiert sich politisch.

Bei der Bürgerrechtsorganisation „Black Sash“ (Schwarze Schärpe), für die bereits ihre Mutter Mila aktiv ist, findet sie eine erste politische Heimat. Die Mitglieder dieser von Frauen getragenen Bewegung sehen sich selbst als „Anwälte für eine gerechtere Welt“. Daneben engagiert sie sich in der „End Conscription Campaign“, die sich gegen die Wehrpflicht in der Apartheidsarmee wendet. Als in Südafrika 1994 die weiße Vorherrschaft zu Ende geht und der ANC um Nelson Man-

dela an die Macht gelangt, vollzieht sie eine neue Kehrtwende: Statt im ANC schnell Karriere zu machen, engagiert sie sich für die kleine liberale Opposition, weil sie spürt, dass der ANC zu einem Mühlstein für die junge Demokratie werden könnte und diese Demokratie dringend einiger Gegengewichte bedarf. Im Jahr 2000 steigt sie zur Vizechefin der neu formierten DA auf. Sechs Jahre später ist die liberale Partei stärkste Kraft im

Stadtparlament von Kapstadt. Mit sechs kleineren Parteien schmiedet Zille eine fast unmögliche Koalition - und wird in einer sensationellen Abstimmung mit nur drei Stimmen Mehrheit zur neuen Bürgermeisterin der Küstenmetropole gewählt.

Der ANC ist wutentbrannt, nicht mehr die ganze Macht im Land zu haben, und versucht fortan alles, um Zille zu stürzen. Statt konstruktive Oppositionsarbeit zu



Von liberal gesinnten Schwarzen unterstützt: Eine Anhängerin der Democratic Alliance betrachtet während des Präsidentschaftswahlkampfs 2009 ein Busplakat von Helen Zille.

betreiben, beschäftigt er sich lange Zeit allein damit, Helen Zille mittels Intrigen, Tricks und gekaufter Parlamentarier aus dem Amt zu drängen. Die frühere Widerstandsbewegung kann es einfach nicht verwinden, dass sich mit Kapstadt eine einzige Stadt im Land nicht in ihrer Hand befindet. Dabei kontrolliert der ANC zu diesem Zeitpunkt acht der neun Provinzen und hält im nationalen Parlament eine völlig unangefochtene Zweidrittelmehrheit.

Wählen nach Hautfarbe

Die Rechnung für seine destruktive Politik erhält der ANC im April 2009, als die DA mit Helen Zille als Spitzenkandidatin neben Kapstadt nun auch in der umliegenden Provinz Westkap die absolute Mehrheit erringt und den eigenen Stimmenanteil von 27 auf fast 53 Prozent verdoppelt. Für Südafrika ist ihr Triumph eine tiefe, wenn auch im Ausland kaum wahrgenommene Zäsur: Erstmals in der Geschichte der jungen Demokratie am Kap ist der schier übermächtige ANC durch den Sieg Zilles in einer Provinz aus der Regierungsverantwortung



Berühmter Großonkel: Milieumaler Heinrich Zille, unter anderem bekannt für seine „Hurengespräche“.



A U S Z E I C H N U N G

Im Dezember 2012 ist Helen Zille in Stuttgart mit der **Reinhold-Maier-Medaille** ausgezeichnet worden. Der Vorschlag kam von Jürgen Morlok, Vorsitzender des Kuratoriums der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, deren Partner Helen Zilles Democratic Alliance seit vielen Jahren ist.

verdrängt worden. Aber auch auf nationaler Ebene kann die DA ihr Ergebnis unter Zille kontinuierlich verbessern. In einem Land, in dem fast 80 Prozent der 50 Millionen Menschen schwarz, neun Prozent weiß, weitere neun Prozent farbig (Mischlinge) und drei Prozent indischstämmig sind, gelingt es der immer stärker gemischtrassigen DA, ihr Wahlergebnis in praktisch jeder Kommune zu verbessern.

Bei den jüngsten Lokalwahlen vor zwei Jahren erhalten die Liberalen fast 25 Prozent der Stimmen (2006: 16 Prozent) und erobern auch in Kapstadt die absolute Mehrheit. Zwar gewinnt die DA wieder nur knapp fünf Prozent der schwarzen Stimmen. Gegenüber dem einen Prozent, das Zilles Partei bei den nationalen Wahlen 2009 unter schwarzen Wählern errang, bedeutet dies jedoch eine deutliche Verbesserung. „Das Wählen nach Hautfarbe ist unser größtes Hindernis“, räumt die DA-Chefin ein, „aber es ändert sich. Und fünf von unseren sieben Parteiführern sind schwarz.“

Hilfreich für ihre Arbeit ist, dass sie schwierige Herausforderungen weit mehr schätzt als leichte Siege: „Ich blühe erst unter

Druck richtig auf“, kokettiert die 62-Jährige, wenn man sie auf ihren extrem dichten Terminkalender, die wenigen Urlaubstage und ihre langen Arbeitszeiten anspricht. Gleichzeitig ist sie für einen gewissen Hang zur Perfektion, aber ebenso für ihre Geduld bekannt: „Da geraten deutsches Temperament und afrikanische Gemütlichkeit manchmal in Konflikt“, scherzt sie.

Dass sie die hohe Doppelbelastung als Premierministerin und DA-Chefin durchsteht, hat viel mit dem Mann zu tun, mit dem sie seit über 25 Jahren verheiratet ist: dem inzwischen emeritierten Soziologieprofessor Johann Maree. Zusammen mit ihren Söhnen Paul und Thomas lebten die Zilles fast 30 Jahre lang in einem bescheidenen Haus in Kapstadts Vorort Rosebank, gleich neben einer Bahnlinie - ehe sie nach ihrer Wahl vor drei Jahren unter den Tafelberg zogen, in den offiziellen Wohnsitz der Ministerpräsidentin des Westkaps.

Wer nach den Wurzeln von Zilles beispielloser Arbeitsethik und ihrem sozialen Einsatz sucht, stößt immer wieder auf ihre Eltern. Beide waren in den 30er-Jahren unabhängig voneinander vor den Nazis aus

Deutschland geflohen. Der inzwischen verstorbene Vater Wolfgang engagierte sich in der liberalen Progressive Federal Party (PFP), der Vorgängerpartei der DA, und betreute später im schwarzen Township Soweto bei Johannesburg lange Jahre eine Gruppe Querschnittsgelähmter. Helens Mutter Mila setzt sich in der Bewegung „Black Sash“ ein. „Ich war 14, als Hitler an die Macht kam“, erinnert sich Mila, die sich in ihrer Jugend stark mit ihrem jüdischen Hintergrund identifizierte, aber ihre Kinder später dennoch im christlichen Glauben erzog. „Wir flohen vor dem Rassismus nach Südafrika - und sahen uns bei unserem Eintreffen dort sofort wieder mit dieser Blut-und-Boden-Geschichte konfrontiert. Ich war außer mir und beschloss: Dieses Mal setzt du dich nicht einfach auf das Sofa, dieses Mal tust du was.“

Weltweit beste Bürgermeisterin

Im Gespräch mit Helen Zille stellt sich unweigerlich das Gefühl ein, es mit einer Person zu tun zu haben, die sich auf einer politischen Mission befindet - wie schon ihre Mutter. Für die Chefin der liberalen Opposition, die 2008 den Titel „Bester Bürgermeister der Welt“ gewann, geht es um nicht mehr oder weniger als die politische Zukunft ihres Landes. Was wäre also, wenn das so hoffnungsvoll begonnene Experiment am Ende doch misslänge? „Wenn ich mich um eine einzige Sache wirklich sorge, dann darüber, dass undemokratische Kräfte in Südafrika am Ende die Oberhand gewinnen. Das wäre in der Tat sehr gefährlich - und hätte schlimme Konsequenzen.“

Umso mehr verblüfft, dass sie trotz des Verfalls Südafrikas unter dem ANC und einer wochenlangen Streikwelle im vergangenen Jahr, die viele Investoren entsetzte, nach eigenem Bekunden so optimistisch wie noch nie in die Zukunft blickt. Der Grund dafür liegt gerade im verheerenden Zustand des ANC, den Zille zufolge heute nur noch Patro-

nage, Rasse und Geschichte zusammenhalten. Doch lange werde dieser Klebstoff nicht mehr halten: „Der ANC wird in den nächsten zehn Jahren auseinanderfallen. Keine Einzelperson kann das Auseinanderbrechen stoppen, das könnte nur ein starker institutioneller Unterbau. Aber ein solcher fehlt dem ANC, es gibt keine funktionierenden Strukturen, keine verlässlichen Regeln, nichts. Es geht nur um Individuen und ihre Machtkämpfe untereinander“, diagnostiziert Zille.

Ihr Ziel ist es, nach Kapstadt und der Provinz Westkap nun auch die Wirtschaftsmetropole Johannesburg, die Schlagader des Landes, vom ANC zu erobern. Ein solcher Erfolg käme einem Erdbeben gleich und würde die politische Landschaft am Kap von Grund auf verändern - Zille hofft auf den Dominoeffekt.

Sie weiß, dass dies ein Wettkampf mit der Zeit werden dürfte. Denn mit jedem Jahr, das der ANC weiter regiert, betrachten die einstigen Befreier den südafrikanischen Staat immer mehr als ihren Besitz - und dürfen sich vehement dagegen sträuben, die Macht eines Tages freiwillig aus den Händen zu geben. Robert Mugabe hat

dieses in Afrika nicht unbekannte Phänomen gerade erst wieder in Simbabwe vorexerziert. „2014 ist es für unsere Machtübernahme wohl noch zu früh, wir setzen auf 2019“, sagt Zille. „Aber es kann auch ganz schnell gehen. Wir müssen eine kritische Masse an Unterstützern gewinnen - und werden dabei sicher auf Koalitionspartner angewiesen sein. Möglicherweise jene Teile des ANC, die eine an der Verfassung und nicht an der Hautfarbe orientierte Regierung wollen.“ Viel wichtiger als ihr persönlicher Triumph ist Zille dabei das Gemeinwohl des Landes: „Das Experiment muss gelingen. Ich will nicht, dass auch noch Südafrika eine dieser gescheiterten Demokratien wird, von denen es auf unserem Kontinent schon so viele gibt.“ ●



Über Rassengrenzen hinweg vereint: Auf dem Weg zur Parlamentseröffnungszeremonie in Kapstadt begrüßt Helen Zille am 9. Februar 2012 Würdenträger des Landes.



WOLFGANG DRECHSLER lebt seit 1985 in Südafrika und hat den Übergang des Landes von der Apartheid zur Demokratie zunächst als Student an der University of Cape Town und ab 1990 als Berichterstatter für verschiedene Zeitungen begleitet, darunter das *Handelsblatt* und der *Tagesspiegel*.

redaktion@libmag.de



Klima und Meinungsklima

// TEXT // MICHAEL MIERSCH // ILLUSTRATIONEN // BERND ZELLER

Der Kölner Dom versank 1986. Nicht wirklich, sondern auf dem Titelblatt des *Spiegel*. Als die Angst vorm Waldsterben die Bundesbürger noch fest im Griff hatte, trumpfte das Hamburger Magazin mit einer neuen, noch viel schlimmeren, globalen Katastrophe auf. Und wieder trug der Mensch Schuld, durch seine Fabriken, Kraftwerke und Motoren. Der überflutete Dom war in Deutschland für die folgenden Jahre das wirkmächtigste Bild der Erderwärmung. Jeder hatte es im Kopf.

In der zugehörigen Titelgeschichte warnte der *Spiegel* vor einem Anstieg der Nordsee um 70 Meter. Tatsächlich stieg der Meeresspiegel im 20. Jahrhundert um 17 Zentimeter. Derzeit wachsen die Ozeane um einige Millimeter pro Jahr, was erdgeschichtlich betrachtet recht moderat ist. Die angeblich zum Untergang verurteilten Südseeinseln schrumpfen nicht, sondern wachsen durch stetige Aufspülung von Korallensand.

Nach einigen Jahren löste eine andere, bis heute diensttuende Klima-Ikone den Kölner Dom ab: einsamer Eisbär auf schmelzender Scholle. Doch auch bei diesem gefühlsstarken Symbolbild klaffen Befürchtung und Wirklichkeit weit auseinander. Während Wissenschaftler in den 70er-Jahren lediglich 5.000 Eisbären zählten, liegt die Bestandsgröße laut jüngster Schätzung zwischen 22.600 und 32.000 Tieren. Etwa 1.000 davon dürfen jedes Jahr ganz legal abgeschossen werden, damit die Population nicht zu schnell wächst. Bei der ikonografisch inszenierten Sorge um den Eisbären gerät nebenbei in

Vergessenheit, dass diese Tiere nicht von Eis leben, sondern von Robben, die sie auch früher schon an eisfreien Stränden erlegten. Im Laufe der Erdgeschichte überlebten die Eisbären Warmzeiten, in denen der Nordpol weggeschmolzen war.

Ob Dom oder Bär - die Schere zwischen apokalyptischer Erwartung und messbaren Fakten klafft bei der Klimaerwärmung so weit auseinander wie bei kaum einem anderen Thema. Und nirgends ist dieser Abstand größer als in Deutschland. Eine überwältigende Mehrheit der Journalisten gefällt sich hierzulande in der Rolle der Warner und Mahner. Nachrichten, die den für wahr gehaltenen Untergangsszenarien widersprechen, werden nicht durchgelassen. Damit das Publikum vom Gift des Zweifels verschont bleibt.

Ein typisches Beispiel für diese Informationssteuerung ereignete sich im September 2012. Das amerikanische National Snow and Ice Data Center (NSIDC) gab bekannt, dass sich rund um den Südpol so viel Eis gebildet hatte wie noch nie seit Beginn der Messungen. Gleichzeitig vermeldete das Institut eine Rekord-Eisschmelze am Nordpol. Doch bis auf wenige Ausnahmen berichteten die deutschen Medien nur vom nördlichen Eisschwund und ließen die südliche Eisausdehnung weg. Das hätte die Leser und Zuschauer ja auf falsche Gedanken bringen können.

Auch die schlichte Tatsache, dass die globale Durchschnittstemperatur seit Ende der 90er-Jahre nicht mehr angestiegen ist, sondern



stagniert, blenden die Hüter der Klimagesinnung konsequent aus. Bei der jüngsten Klimakonferenz in Doha war das Ausbleiben der Erwärmung ein großes Thema. In Deutschland ist dieser Fakt kaum bekannt.

Das Publikum soll den Eindruck gewinnen, die Zeichen der Natur signalisierten eindeutig Erwärmung und die Klimaforscher seien sich einig. Doch beides ist nicht der Fall. Die Klimaforscher sind sich lediglich darüber einig, dass die Globaltemperatur im 20. Jahrhundert um 0,8 Grad angestiegen ist. Ob jedoch das Kohlendioxid (CO_2) tatsächlich die Hauptrolle dabei spielt oder auch andere Naturkräfte wirken, darüber besteht kein Konsens. Ob der Beitrag des Menschen tatsächlich alles entscheidet, ist angesichts der Tatsache, dass 96 Prozent des CO_2 in der Atmosphäre aus natürlichen Quellen stammen, ebenfalls fraglich. Und niemand weiß wirklich, ob eine Erwärmung überhaupt so schrecklich ist, da doch im Laufe der Erdgeschichte Warmzeiten für Menschen, Tiere und Pflanzen immer vorteilhafter als Kaltzeiten waren. All dies ist heute noch umstrittener als 1986, als der *Spiegel* den Kölner Dom versenkte.

Nicht alle Wissenschaftler sind sich einig, sondern nur alle, die vom deutschen Fernsehen befragt werden. Es ist wie bei der Berichterstattung über das Waldsterben in den 80er-Jahren. Damals dominierten zwei Experten die Berichterstattung: ein Göttinger Bodenkundler und ein Münchner Forstbotaniker. Außer diesen wurde fast kein anderer Forscher zitiert. Doch diese beiden immer wieder. Heute richten sich die Mikrofone vorzugsweise auf die Leiter des

Potsdam Instituts für Klimafolgenforschung (PIK) und den Hamburger Meteorologen Mojib Latif, der im Jahr 2000 voraussagte: „Winter mit starkem Frost und viel Schnee wie noch vor zwanzig Jahren wird es in unseren Breiten nicht mehr geben.“

Experten wie Latif bilden mit volkspädagogisch motivierten Journalisten, der Strom- und der Finanzwirtschaft, die sich von der Energiewende Extraprofite versprechen, eine Allianz, die das Meinungsklima bestimmt. Ihr größter Erfolg war es, dem CO_2 das Image eines Giftgases anzuhufen. Dabei ist Kohlendioxid der Quell des Lebens. Ohne CO_2 keine Pflanzen, und ohne Pflanzen könnten Tiere und Menschen nicht existieren. Ein ähnlicher Coup gelang nur der christlichen Kirche, die es schaffte, den Menschen einzureden, dass der Ursprung des menschlichen Lebens eine Sünde sei. Von der Verteufelung der Sexualität konnte sich die westliche Zivilisation immerhin teilweise befreien. Im Zeitalter der Klimaangst ist bereits das Ausatmen sündhaft. ●

MICHAEL MIERSCH ist Ressortleiter Forschung bei Focus, Autor, Dokumentarfilmer und Mitbegründer des Autoren-Blogs *Die Achse des Guten* (www.achgut.de). Website: www.maxeiner-miersch.de
 miersch@libmag.de

BERND ZELLER arbeitet als Cartoonist, Autor, Satiriker und Maler vorzugsweise in Jena. Während des Jura-Studiums hat er sich mit der rechtsstaatlichen Verfassung und der Aufklärung angefreundet.
 zeller@libmag.de





Herrenrunde B R D

Neben der Tagesschau dürfte der Internationale Frühschoppen die wichtigste Institution im Fernsehen der jungen Bundesrepublik gewesen sein. Kein Wunder also, dass seit 1953 insgesamt über 1.800 Sendungen ausgestrahlt wurden. Unser Zentralmotiv stammt aus den 50er-Jahren und zeigt so einiges, was es heute im Fernsehen nicht mehr zu sehen gibt: Rauchen ist in einer Talkrunde mittlerweile tabu – es sei denn, Helmut Schmidt ist zu Gast. Auch der Konsum von Alkohol ist nicht mehr erwünscht. Gelegentlich fielen beim Frühschoppen auch grenzwertige Bemerkungen in Richtung der Bedienung, die den Weißwein nachschenkten – und die zumeist die einzige Frau auf dem Bildschirm war ...

Beim Internationalen Frühschoppen waren regelmäßig sechs Journalisten aus fünf Ländern zu Gast, die alles andere als leichte Kost boten. Dennoch entwickelte sich die Sendung zum allsonntäglichen Ritual. 1954 beschwerten sich die Zuschauer über eine mehrwöchige Unterbrechung des Internationalen Frühschoppens, weil Moderator Werner Höfer im Urlaub weilte. Fortan unterbrach Höfer alle seine Urlaubsreisen, um sonntags pünktlich um 12 Uhr auf dem Bildschirm präsent zu sein.

Der Westdeutsche Rundfunk strahlte die Sendung bis 1987 aus. In diesem Jahr warf der *Der Spiegel* Höfer vor, im Jahre 1943 in einem Presseartikel die Hinrichtung eines prominenten Pianisten gerechtfertigt zu haben, der sich regimekritisch geäußert hatte. Werner Höfer lehnte die Verantwortung für den Artikel ab; andere hätten die entscheidenden Passagen hineinredigiert. Dennoch war das Ende des Internationalen Frühschoppens besiegelt. Offiziell hieß es: aus Kostengründen.



Jedem seine Lufthoheit

Den Schweißgeruch der Industriegesellschaft ersetzen heute Parfumwolken in Aufzügen und Kaufhäusern. Und so gesellt sich zur Zwangsbeschallung die Zwangsbeduftung, dem Kaufhausgedudel folgt der Kaufhausgeruch. Müssen wir das wirklich ertragen?

Mief, so sangen es „Die Doo-fen“ Olli Dittrich und Wigald Boning Mitte der 90er-Jahre, soll ja zumindest über den Charakter gar nichts aussagen. Darüber kann man streiten, darüber sollte man vielleicht mal streiten. Ach so, Mief ist kein Grund zur Aufregung, weil früher alles noch viel schlimmer war? Damals, als Pullis und Anzüge aus Polyester der letzte Schrei waren? Und noch früher, als es noch nicht für jeden selbstverständlich sein konnte, täglich warm duschen zu gehen und sich saubere Unterwäsche anzuziehen?

Es stimmt: Früher war mehr Gestank. Und man möchte wissen: Wie haben die Leute das ausgehalten? Viel spannender aber ist doch ein Blick nach vorn und die Frage: Muss man das heute auch noch ertragen?

Es mag sein, dass wir empfindlicher geworden sind, weil viele Gerüche einfach nicht mehr zu unserem Alltag gehören. Fließend warmes Wasser und ein eigenes Bad hat heute praktisch jeder. Schwere körperliche Arbeit und der damit häufig verbundene heftige Schweißgeruch sind selten geworden. Wer die Pendlerzüge und S-Bahnen mit Raucherabteilen, die bis vor wenigen Jahren noch die Regel waren, zu den Stoßzeiten frühmorgens und spätnachmittags einmal „gerochen“ hat, der weiß, wofür das Wort „Mief“ wirklich steht. Die



Luft ließ sich schneiden. Verglichen damit sind heute die Ausdünstungen eines einzelnen Mitreisenden nur ein Hauch. Und sein „Döner mit alles“ ein laues Lüftchen.

Aber alles ist relativ. Besonders, wenn es durch die Nase aufgenommen wird. Der Einzelne, der unverdrossen seinen Weg zur Selbstverwirklichung beschreitet, fühlt sich gerade in der grundsätzlich verbesserten Geruchsatmosphäre unserer Zeit olfaktorisches von seinem Nächsten bedroht. Der Smoggeruch früherer Tage wird heute durch Parfumwolken in Aufzügen und Kaufhäusern ersetzt. Zwangsbeduftung ist die Schwester der Zwangsbeschallung. Dem Kaufhausgedudel folgt der Kaufhausgeruch.

Es ist übergriffig, andere mitriechen zu lassen. In einer Welt, in welcher der Einzelne mehr Freiheiten für sich beansprucht, muss er sie auch dem anderen gewähren. Wer stinken will, soll das zu Hause tun. Die Entwicklung der Freiheit und die Entwicklung der Zivilisation sind ein- und dasselbe. Wir sind keine Tiere, die im Kampf um Aufmerksamkeit oder Abgrenzung Duftmarken setzen müssen. Die Devise lautet also: Ich will dich nicht riechen müssen. Raus aus meiner Nase. Jedem seine eigene Lufthoheit. ●



KATHARINA LOTTER ist Diplom-Wirtschaftsjuristin (FH) und arbeitet als freie Journalistin unter anderem für *Die Welt*. Seit sie ein Kind erwartet, ist sie hormonell bedingt deutlich intoleranter geworden – zumindest, was Gerüche betrifft.
post@katharina-lotter.de



WOLFGANG GERHARDT
Herausgeber *liberal*

„LIBERAL IST DIE
PLATTFORM FÜR FREIE,
BÜRGERLICHE
DEBATTEN ABSEITS
DES MAINSTREAMS.“

liberal bittet Freigeister wie Vince Ebert, Jan Fleischhauer, Wladimir Kaminer, Necla Kelek, Harald Martenstein, Michael Miersch, Ulf Poschardt, Terry Pratchett, Roland Tichy, Christian Ulmen und Wolfram Weimer in die Arena.

liberal ist laut Leserpost ein „intelligentes und mit spitzer Feder geschriebenes, exquisites Magazin“.

liberal verleiht der Freiheit viermal jährlich eine Stimme.

liberal wird herausgegeben von der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit.

VIERMAL IM JAHR
liberal
DEBATTEN ZUR FREIHEIT

The cover of the magazine **liberal** features a woman with long brown hair, Tita von Hardenberg, smiling. She is wearing a colorful striped scarf and a dark jacket. The title 'liberal' is at the top, followed by 'DEBATTEN ZUR FREIHEIT'. Below the title, it says 'AUSWEITUNG DER TOLERANZZONE' and 'TITA VON HARDENBERG'. A sidebar on the left lists 'SCHWERPUNKT: AUF DEM WEG ZUR VOLLBESCHAFTIGUNG MIT BEITRÄGEN VON PETER GLASER, KARL-HEINZ PAQUE, SASCHA TAMM'. On the right, there are three quotes: 'JOSEF JOFFE: WIE SICH DIE LIBERALEN POSITIONIEREN MÜSSEN', 'ULMEN: WARUM INNERE FREIHEIT VERNUNFT IST', and 'UNOLD: WIESO DEUTSCHLAND ABZÜSTÜRZEN DROHT'. At the bottom left, there is a smaller image of the magazine cover on a tablet device. To the right of the tablet is a red circular button containing the text 'liberal-Abo 4 Ausgaben im Jahr inklusive App'.

BESTELLUNG AN: **liberal**-Aboservice
Dienstleistungen COMDOK GmbH
Eifelstraße 14 • 53757 Sankt Augustin
per Fax: +49 2241/349111 | per E-Mail: abo@libmag.de

Online-Bestellung: www.libmag.de oder QR-Code scannen

- Ich bestelle „liberal – Debatten zur Freiheit“ im **JAHRESABO** für 28 Euro (Inlandspreis inklusive Gratis-App, zzgl. 10 Euro Porto und Verpackung)
- Ich bestelle „liberal – Debatten zur Freiheit“ als **AKTUELLES EINZELHEFT** für 7,90 Euro (Inlandspreis, zzgl. 2,50 Euro Porto und Verpackung)

Zahlung gegen Rechnung – bitte Rechnung abwarten, keine Vorauszahlung leisten. Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ablauf eines Bezugsjahres bei der oben genannten Adresse gekündigt wird.
(Auslandspreise auf Anfrage)

Vorname Name

Straße Nr.

PLZ Ort

Telefon

E-Mail

Datum/Unterschrift





ZUR PERSON

TANJA DÜCKERS ist freiberufliche Journalistin und schreibt für diverse Zeitungen und Zeitschriften, außerdem seit 2008 Essays zu gesellschaftspolitischen Themen für *ZEIT Online*. Dort erschien auch dieser Beitrag, den wir in gekürzter Fassung abdrucken.

Mehr zu den Autoren der Freiheit unter autoren.freiheit.org

Religion muss privat sein

Statt eine Debatte über die klare Trennung zwischen Kirche und Staat zu führen, vollzieht sich die gegenteilige Entwicklung: Zunehmend mehr Religionsgemeinschaften kommen ebenfalls in den Genuss besonderer Privilegien. Das ist nicht der richtige Weg, findet **Tanja Dückers**, und wurde für ihren Beitrag von den Lesern von www.freiheit.org zur „Autorin der Freiheit“ im Monat Oktober 2012 gewählt.

Die Trennung von Kirche und Staat wird hierzulande auf sanfte Weise immer weiter aufgehoben. Wir sollten eigentlich hinterfragen, welche Macht, Privilegien und freien Rechtsräume die christlichen Kirchen noch immer genießen und ob sich diese aus berechtigten Ansprüchen speisen. Besonders erschütternd wurde uns diese Frage vor Augen geführt während des Missbrauchsskandals der katholischen Kirche. Das Kirchenrecht hat einen enormen Spielraum in Deutschland.

Aber statt die Macht der christlichen Kirchen zu begrenzen, werden andere Religionsgemeinschaften aufgewertet. Dass die Stadt Hamburg muslimische Feiertage nun als nicht gesetzliche Feiertage einführen will, ist zwar ein positives Signal, um die verschiedenen Religionsgemeinschaften in Deutschland rechtlich gleichzustellen. Schließlich können Arbeitnehmer oder Schüler auch christliche Feiertage wie den Buß- und Betttag begehen, ohne zur Arbeit oder in die Schule zu gehen.

Aber wollen wir tatsächlich für ein noch stärker religiös geprägtes Alltagsleben in

Deutschland streiten? Dies ist die entscheidende Frage, jenseits partikularer Streitigkeiten über einzelne Feiertage.

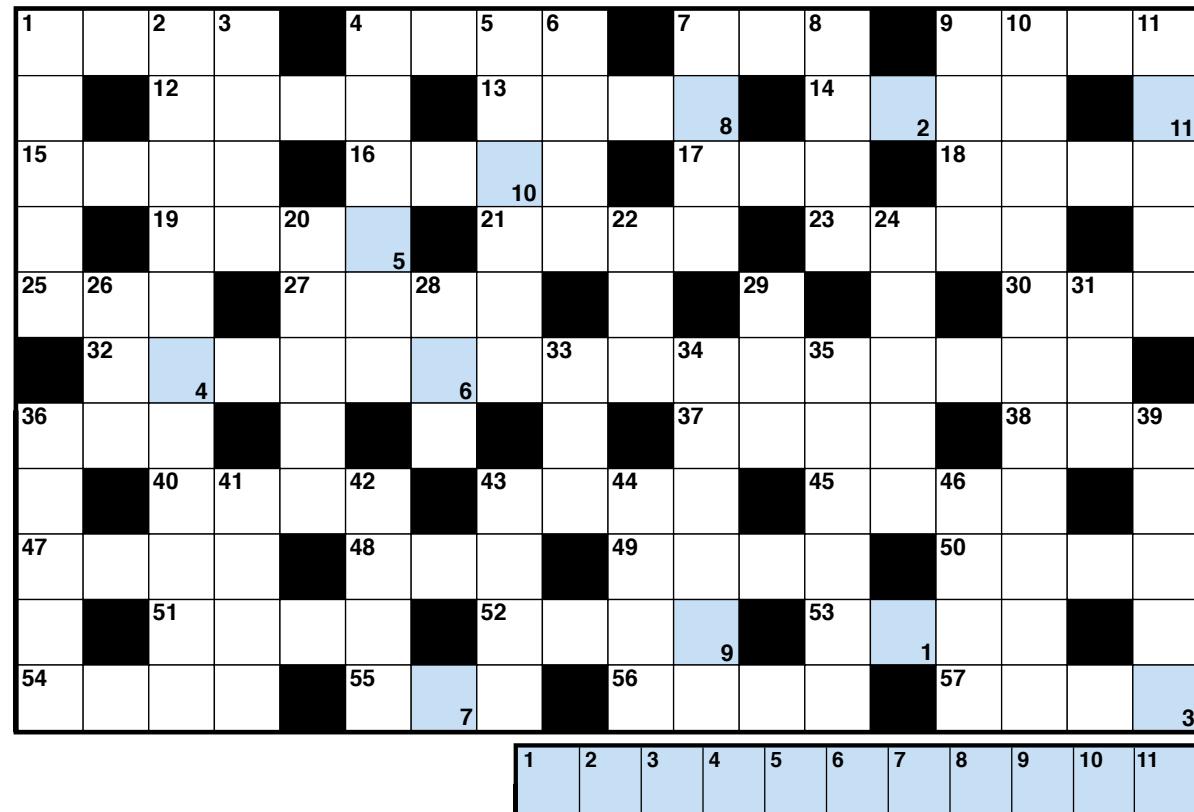
An dieser Stelle lohnt ein Blick in die USA, einem ethnisch und religiös vielfarbigsten Land: Dort begehen verschiedenste religiöse und ethnische Gruppen Feiertage, gleich ob es sich um jüdische oder muslimische handelt, um den St. Patrick's Day der Amerikaner irischer Abstammung, das Mardi-Gras-Fest in Louisiana, das einer alten französischen Tradition entstammt, das chinesische Neujahrsfest, das Oktoberfest der deutschstämmigen Amerikaner oder Kwanzaa, das Erntefest der „ersten Früchte“, das auf west- und südafrikanische Traditionen verweist und von Afroamerikanern gefeiert wird. Manche Feiertage werden nur von bestimmten Bundesstaaten anerkannt. Doch ob Ämter und Geschäfte geschlossen bleiben und ob die Bürger freihaben, hängt von örtlichen Gegebenheiten ab, wird letztendlich oft privat verhandelt.

Wer nur mit multikulturalistischer Wohlfühlattitüde die „schöne religiöse Vielfalt“ bejubelt (gern noch mit dem Wort

„bunt“ garniert), begeistert sich vor allem für das Wörtchen „Vielfalt“, übergeht aber das „religiös“. Übersehen wird dabei, dass Religion, und zwar unabhängig von der Konfession, fast immer ein nicht verhandelbarer intoleranter Kern innewohnt. Sonst würde es sich nicht um ein System zur Erklärung der letzten Dinge - also um eine Religion - handeln, sondern nur um eine Meinung.

Dagegen ist auch gar nichts einzuwenden. Schließlich lieben, hassen, streiten und trauern wir zum Teil auch auf ganz radikale, kompromisslose und vor allem subjektive Weise. Das ist menschlich, so sind wir. Und die Religion entspricht diesem Bedürfnis.

Religion als Privatsache zu betrachten heißt nicht, ihre Bedeutung für den Menschen zu schmälern oder gar zu negieren. Es stellt auch einen Schutzraum für sie dar. Werden Religion und Politik getrennt, gewinnen beide. Sie koexistieren, aber durchdringen sich nicht: Das genau ist ein Grundstein moderner Demokratien, den es mit allen Mitteln zu verteidigen gilt. Ob wir nun noch weitere nichtgesetzliche Feiertage akzeptieren oder nicht. ●



WAAGERECHT: 1 Steht bei den Bee Gees im Pass, **4** Mail mit Tippfehler, **7** wenn die Zeitung immer wieder kommt, **9** Kriegerisches an Calamares, **12** so hießen die ersten Japaner, **13** Leitung, gefüllt mit Strom, Blut oder Erz, **14** Metropole ohne U-Bahn, **15** so verfärben sich Neider, **16** genau in der Mitte vom Seestern, **17** Auftakt zum Gaudeamus, **18** lt. Morgenstern könnten alle Möwen so heißen, **19** Kurzwort für Lipgloss, **21** ≠in- und Ausfahrt von Santo Domingo, **23** Abk.: Sportklub Attraktive Inlineskater, **25** Mittelteil einer Galeere, **27** französischer Bulle, **30** Schockschwere ...!, **32** Zähirmaß beim Petting, **36** wenn er gut sein soll, kann er teuer werden, **37** schreien Engländer beim Fußball, **38** Sean Connery ist einer, **40** verkürzte Meile, **43** unser aller Uropa war einer, **45** dafür muss ein Musiker bis 3 zählen können, **47** passt zwischen Schlag und Kuchen, **48** beliebter Schnaps in Rumänien, **49** Arnika - kaliumfrei, **50** ist manchmal näher als der Rock, **51** wird hinterhältig in die Augen gestreut, **52** das bringen nur Esel und Pferd zustande, **53** ein echt heißes Ding, **54** Milz mit Latinum, **55** hält nicht immer bis zum Sensenmann, **56** den muss man draufhaben, um von **39** senkr. geknipst zu werden, **57** Farbton der Azureelinien.

SENKRECHT: 1 Klingt wie Google, ist aber 'ne Kapuze, 2 französische Hupfdohle, 3 die Vorsilbe zweimal zweimal, 4 Frühstück schweizerischer Vegetarier, 5 Eintauchgeräusch ohne P, 6 Idee eines Briten, 7 Argon ohne Stickstoffzusatz, 8 Abk.: Operation unter Schnellhypnose, 9 aleatorischer Würfel, 10 Erinnerung an den 5. Sonntag vor Ostern, 11 damit beginnen die meisten Wettkämpfe, 20 zeigt an, wo's langgeht, 22 Schmieriges am Schmiergel, 24 brennbare Knete, 26 Schwester der Nasa, 28 Lieblingswort der Egoisten, 29 der Alfred plauderte und kochte, 31 Motiv ohne Megavolt, 33 Fußballmannschaft ohne Rote Karte, 34 Airege - sieht sich im Spiegel, 35 verkürztes Natriumion, 36 wenn der rollt, gehen die Geschäfte gut, 39 fotografiert stürmische Autofahrer (sogar mit Blitzlicht), 41 Islamisches an einem Kaiman, 42 unser aller Mutter, 43 Kinderfreundliches an einer Auspuffflamme, 44 ein Knick in der Oberpfalz, 45 kann sehen, wer vom Saturn aus zum Mond guckt.

liberal 2.2013

Try an Error!

Der deutschen liebste Prognosen sind finster. Und der Lust an Dystopien folgt die Lust an dirigistischen Eingriffen. Denn wer zu wissen glaubt, wie die Zukunft aussieht, der ist sich sicher, welche Leitplanken er aufzustellen hat. Eigentlich sollten wir uns also kräftig wundern, dass die Industriegesellschaft noch lebt – immerhin wurde ihr Tod schon dreimal ausgerufen.

Der Versuchung, mit dem folgenden Satz in diesen Text einzusteigen, kann ich wenige Wochen nach der Niedersachsenwahl nicht widerstehen: Prognosen sind besonders schwierig, wenn sie die Zukunft betreffen. Das gilt für die der Freien Demokraten genauso wie auch für jene komplexer Systeme.

Der Arbeitsmarkt ist ein extrem komplexes System. Kann sich noch jemand an die Lehrerschwemme erinnern? Sie ist das Gegenteil des Lehrermangels. Beide Aggregatzustände des bundesweit ausgedehnten Lehrkörpers wurden und werden regelmäßig prophezeit. Vielleicht gibt es sie gar gleichzeitig. Schrödingers Katze - in deutschen Kultusministerien ist sie daheim.

Gut: Ganz einfach sind die Flut- und Dürrewellen von Pädagogen wirklich nicht zu berechnen. In der Gleichung müssen auf der einen Seite die erwarteten Schülerzahlen schon einigermaßen stimmen. Allein daran können Statistiker scheitern. Wer weiß schon, wie viele Schüler eines Jahrgangs auf einem Gymnasium und wie viele auf einer Hauptschule landen, falls die nicht im Zuge einer rot-grünen Schulreform bereits beseitigt wurde? Und wie viele Familien haben wegen so einer Reform das entsprechende Bundesland verlassen - oder sind gar zugewandert?

Noch komplexer ist die andere Seite unserer Gleichung: Wie viele Lehrer stehen uns zur Verfügung? Ein Statistiker in München wird an diese Frage

anders herantreten können als sein Kollege in Magdeburg. Der Bayer lockt mit exzellenter Gastronomie, einer extrem lebenswerten Stadt und prima Wetter. Das Kultusministerium in Sachsen-Anhalt muss einkalkulieren, dass Magdeburg nicht nur eine kulturelle Diaspora ist, sondern dass die angehende Lehrkraft besser nicht allzu wenig biodeutsch aussieht und im Allgemeinen wenig Ansprüche an ihre neue Umgebung stellt. Die günstigen Mietpreise sind das einzige Pfund, mit dem Magdeburg wuchern kann. Und die resultieren aus dem beschriebenen Elend. Teufelskreis.

Wir unterbrechen an dieser Stelle mal den Lese-fluss. Raten Sie bitte, woher dieser Satz stammt und wann er geschrieben wurde. Lassen Sie sich Zeit: „Der in Österreich geborene Halbjude, der mit einer Arbeit über den deutschen Philosophen Hegel in Princeton promovierte, prophezeit, dass durch neue Technologien und neue Materialien in absehbarer Zukunft etwa die Hälfte der derzeit noch existierenden Arbeitsplätze auf dem Spiel steht.“

Dieser Satz wurde 59 Jahre nach Inkrafttreten der „Rassengesetze“ geschrieben – von uns und jetzt aus gesehen in absehbarer Vergangenheit. Und der Satz erschien in einer Wochenzeitung, die hin und wieder als liberal bezeichnet wird. *Die Zeit* druckte ihn 1994 unter der Überschrift „Zeit für die dritte Revolution“. Die Autorin spielt einige Szenarien für die Zukunft durch. Sie schreibt etwa: „Keine Zukunfts-musik ist



„Deutschland steht in der **Eurokrise** nicht zuletzt deshalb als **Fels in der Brandung**, weil es noch viel handfest produzierende Industrie gibt.“

auch der Unterricht via Kabelfernsehen, mit dem schon heute in dünn besiedelten Gegenden der Vereinigten Staaten Lehrer ersetzt werden. Realität sind längst Roboter, die in Hospitälern Kranken mit freundlichem ‚Guten Morgen!‘ die Kloschüssel oder das Frühstückstablett reichen.“ Auch vor Restaurants, in denen Gäste vorgekochte Menüs in Mikrowellen schieben, macht die Autorin nicht halt. Prognosen sind bei der *Zeit* eben gerne Dystopien.

Knapp 20 Jahre nach der genussapokalyptischen Weissagung der *Zeit* sind wir weiter und auf der Strecke noch unzähligen Visionen begegnet. Wir müssen uns wundern, nicht bereits Zeuge des dritten Todes der Industriegesellschaft geworden zu sein. Erinnern Sie sich? Wir werden Dienstleistungsgesellschaft werden. Der Industrie steht der sichere Tod bevor.

Das Gegenteil erweist sich gerade jetzt als zutreffend. Deutschland steht in der Eurokrise nicht zuletzt deshalb als Fels in der Brandung, weil es noch viel handfest produzierende Industrie gibt.

Der Lust an Prognosen folgt die Lust an dirigistischen Eingriffen. Wer zu wissen glaubt, wie die Zukunft aussieht, der ist sich sicher, welche Leitplanken er aufstellen muss. Wer sich sicher ist, dass Deutschland in absehbarer Zeit seine Energieversorgung mit Windrädern, Fotovoltaik und Biogas sicherstellen wird, würde fahrlässig handeln, wenn er diese Technologien nicht bis zum Sankt Nimmerleinstag fördern würde.

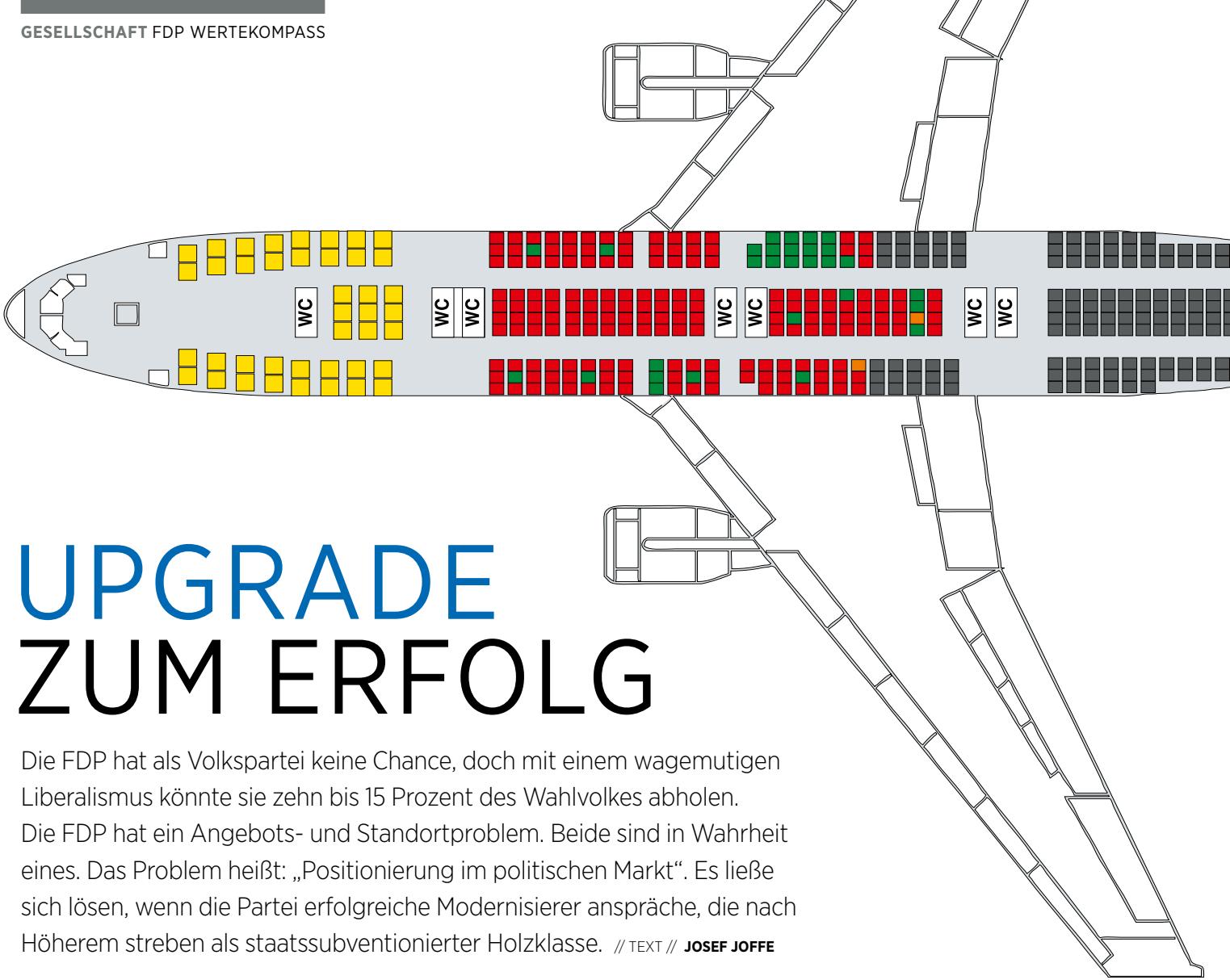
Schön wäre es jetzt nur noch, wenn die Utopisten der Neuzeit die schon in Ansätzen verwirklichten Realitäten mit ihren U- oder Dystopien abgleichen. Die Grünen haben das an einer Stelle neulich getan - natürlich stillschweigend. Biogasanlagen haben sich als schwachsinnig erwiesen. Sie treiben nicht nur die Nahrungsmittelpreise in die Höhe, sie sorgen auch noch für ökologische Katastrophen. Norddeutschland ist seit dem „Erneuerbare-Energien-Gesetz“ (EEG), das den Anbau von Energiepflanzen fördert, zu einer Maiswüste geworden. Mittlerweile gehen die Vertreter der Ökopartei mit auf die Straße, wenn Bürgerinitiativen gegen neue Biogasanlagen mobil machen.

Mal sehen, wann die Funktionäre der Grünen begreifen, dass es nicht sinnvoll ist, Industrieriesen wie ThyssenKrupp via EEG astronomische Strompreise zu verordnen. Nicht nur, weil sie nicht wissen, ob das EEG ein reales Problem löst. Sondern auch, weil sie unterschätzen, wie wichtig Industriearbeitsplätze sind.

Es wird immer weitergehen. Wahrscheinlich nach diesem bewährten Prinzip: Try an Error! Vielleicht irre ich mich. Dann müssen Gesetze und Verordnungen her! Dringend! ●



JAN-PHILIPP HEIN betrachtet als Journalist die nahe Vergangenheit und hält sich mit Prognosen zurück. Er lebt und arbeitet in Bremen und schreibt für *Focus* und diverse Tageszeitungen.
redaktion@libmag.de



UPGRADE ZUM ERFOLG

Die FDP hat als Volkspartei keine Chance, doch mit einem wagemutigen Liberalismus könnte sie zehn bis 15 Prozent des Wahlvolkes abholen.

Die FDP hat ein Angebots- und Standortproblem. Beide sind in Wahrheit eines. Das Problem heißt: „Positionierung im politischen Markt“. Es ließe sich lösen, wenn die Partei erfolgreiche Modernisierer anspräche, die nach Höherem streben als staatssubventionierter Holzklasse. // TEXT // JOSEF JOFFE

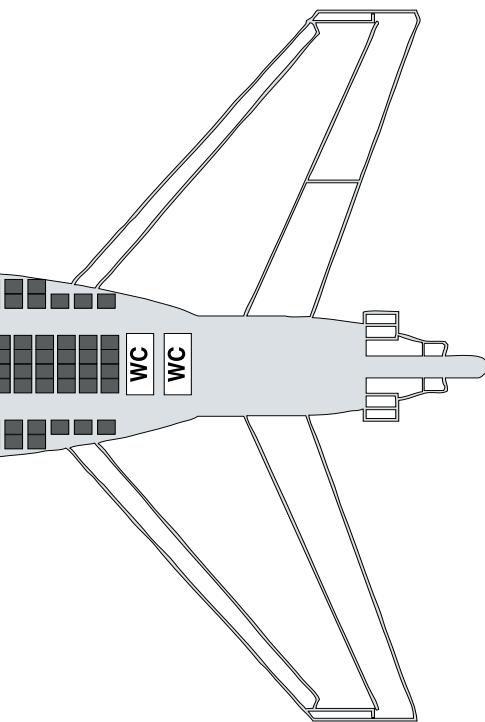
Das Problem lässt sich metaphorisch so umschreiben: Auf der politischen Hauptgeschäftsstraße - links von der früheren Mitte - steht ein riesiges Volkskaufhaus, wo Union, SPD und Grüne in etwa das gleiche Sortiment anbieten, derweil im Untergeschoss die Linke regiert. In das Kaufhaus wollen die Liberalen immer wieder rein, mal unter dem Label „sozialliberal“, mal mit dem Claim „compassionate liberalism“ - aber die Regale sind längst gefüllt. Daraus folgt: Die Partei müsste in der breiten Brache etwas weiter rechts eine feine Boutique aufmachen. Zehn Prozent Marktanteil wären locker drin.

Die Liberalen müssten demnach „angebotsorientierte Politik“ machen - all jene bedienen, die im Volkskaufhaus nicht fündig werden. Zugegeben, in diesem schwarz-rot-grünen Kaufhaus gibt es ein prächtiges Angebot; sonst würden nicht 80 Prozent der Kundschaft immer wieder dort einkaufen. Welche Produkte findet sie dort? Einen großen, mächtigen Staat, hohe Steuern und Ausgaben, Umverteilung, Schutz für privilegierte Klientelgruppen (verbrieften Kita-Anspruch, „Herdprämie“, Subventionen für Bauern und Big Business, gebührenfreie Uni...). Das Ganze wird garniert mit ein bisschen Klassenkampf (Bankier-Bashing)

und Kulturmampf (Gender-Mainstreaming, Quoten, Sprachregelungen).

Machen wir uns nichts vor: Das ist ein hochattraktives Angebot, sonst würden nicht mehr als vier Fünftel des Wahlvolks mit ihren Stimmen dafür bezahlen. Doch ist die politische Hauptstraße weitläufiger als der Häuserblock, in dem Union, SPD, Grüne und Linke ihre Waren feilbieten.

Die SPD: Sie hat ihren Kanzlerkandidaten Peer Steinbrück buchstäblich resozialisiert. Auf ihren Fahnen „soziale Gerechtigkeit“, also Umverteilung, Konkurrenzschutz und Vater Staat. Die älteste Partei Deutschlands will Abbitte leisten für die Agenda 2010.



„Schwarz-Rot-Grün bedient jene, die sich im System eingerichtet haben!“

Die Union: Sie war nie eine wirklich marktwirtschaftliche Partei. Denken wir an das quasi-sozialistische Ahlener Programm von 1947. In der Opposition hatte Angela Merkel noch auf dem Leipziger Parteitag Markoliberalismus angeboten; nach der fast verlorenen Wahl von 2005 wurden die Auslagen geräumt. Seitdem „sozialdemokratisiert“ sich die Union - und gräbt dem Original behände das Wasser ab.

Die Grünen: Sie sind zwar die Partei des gut situierten Neubürgertums in den großen Städten - mittlerweile auch erfolgreich auf dem Land -, aber mit ihrem Hang zu Umverteilung, „identity politics“ und Paternalismus ist sie der jüngere Cousin der SPD. Gravierende Unterschiede sind kaum auszumachen, es sei denn in der Klientel: Kopfarbeiter versus Handarbeiter.

Alle drei sind „konservativ“ in dem Sinne, dass sie das Bestehende bewahren und großzügig ausbauen wollen. Sie bieten sich als Garanten einer Ordnung an, die Schutz bietet vor den Turbulenzen unserer Zeit - von der Finanzkrise bis zum globalen Wettbewerbsdruck. Ökologie und Technikskepsis sind grundsätzlich konservativ; Wandel und Wettbewerb sind suspekt.

Die SPD, einst die Stimme einer aufstei-

genden, industrie- und wachstumsfreundlichen Arbeiterklasse, hat den Fortschrittsgedanken zusammen mit ihrem historischen Optimismus zugunsten von Risikoabwehr und Berechenbarkeit verbannt.

Die CDU/CSU goutiert nur den Wandel, der mehr Sicherheit verheißt; also hinfrt mit Atom- und Karbon-Energie, her mit den hoch subventionierten und wettbewerbsverzerrenden Erneuerbaren. Gleches trifft für die Grünen zu, wiewohl gepaart mit Volkspädagogik, die herkömmliche Familien-, Geschlechts- und Sprachmuster aufzulösen versucht.

Fazit: Die FDP kann in diesem Kaufhaus nichts werden - zu viele Anbieter, die - wie im modernen Kapitalismus überhaupt - mit nur geringen Variationen das Gleiche produzieren. Es ist wie das Rennen zwischen Hase und Igel, bei dem das Stacheltier am Ende der Furche ruft: „Ick bün al dor!“ - dort, wo Befindlichkeit und Zeitgeist regieren.

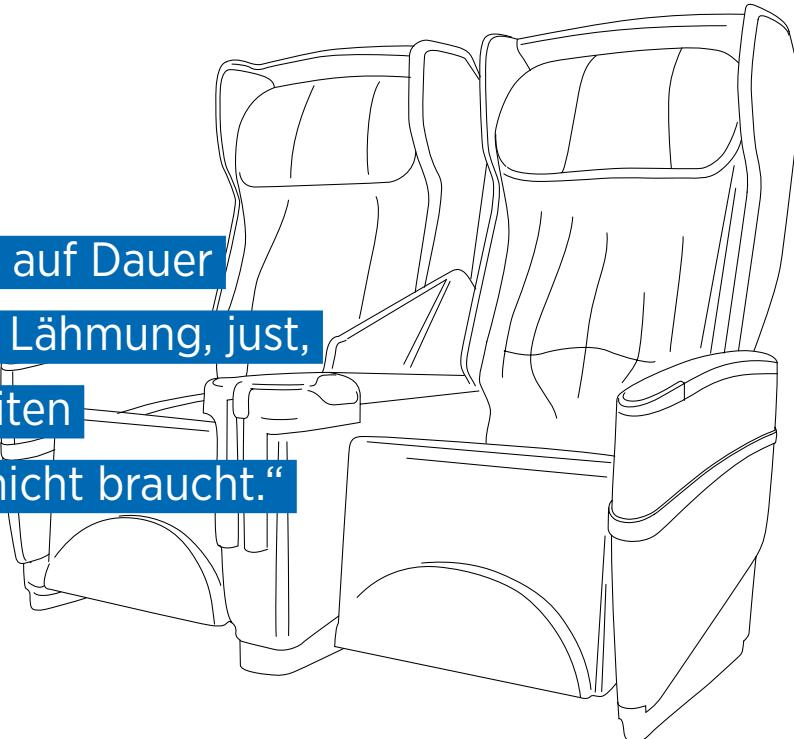
Logischerweise bietet sich eine Furche weiter rechts an. „Rechts“ heißt nicht NPD und all die anderen, die mit Rassismus und Ressentiment hausieren, sondern „rechts“ im angelsächsischen Sinne. Das Programm stünde für einen kleineren Staat und niedrigere Belastungen, weniger Paternalismus und Klientelpolitik, mehr Chancen- und weniger Ergebnisgleichheit, mehr Wandel- und Wettbewerbsbereitschaft. Die Betonung

liegt notabene auf dem Komparativ - auf „mehr“ und „weniger“. Thatcher und Reagan sind in einem Land nicht zu machen, das schon die milden Reformen der Agenda 2010 als Bedrohung empfand (und empfindet).

So wird man natürlich keine Volkspartei. Man würde sich allerdings einen USP, ein Alleinstellungsmerkmal, verschaffen. Die potenzielle Kundschaft umfasst zehn, fünfzehn Prozent des Wahlvolkes. Nennen wir sie die „Modernisierer“, eine Klasse, die größer ist als die Wohlsituierter. Unter ihnen befinden sich junge Einwanderer, die Herkunft in Zukunft verwandeln wollen, aber vor den Toren des Bildungssystems bleiben oder an den Schutzwällen des Regulierungsstaates scheitern. Dito „bildungserne“ Eingeborene. Dito hochqualifizierte Junge, die hier nicht den breit gefächerten Kapitalmarkt finden, der es zwei Stanford-Studenten erlaubt hat, Google zu gründen. Am Konkurrenzrecht lässt sich ebenfalls schrauben, vor allem an der Kultur, die dahintersteht. Hier ist die Pleite eine Schande; in Amerika ein Ausweis von Risikobereitschaft.

Schwarz-Rot-Grün bedient jene, die sich im System eingerichtet haben. Die FDP müsste es für die potenziellen Aufsteiger tun, die die Gussform knacken wollen, um

„Zu viel Konsens führt auf Dauer zu Verspießung und Lähmung, just, was dieses Land in Zeiten kreativer Unordnung nicht braucht.“



Neues zu erschaffen. Sie müsste Freiheitsräume erweitern, der Tyrannie ewig wechselnder Minderheiten widerstehen, die im Empörungswettstreit gegen die Pfeiler der repräsentativen Demokratie anrennen. Prozeduren sind heilig, Populismus ist Rausch. „Liberal“ heißt Toleranz und Gelassenheit, nicht Sprach- und Gedankenkontrolle.

So weit die Bausteine eines modernen Liberalismus. Die Geschichte der FDP aber zeigt, dass sie nie eine wirklich liberale Partei war. Kaum gegründet, spalteten sich die Nationalliberalen ab, die im Namen eines starken Deutschlands einen starken Staat wollten. Mal ist die Partei sozial-, mal wirtschaftsliberal; ab und zu leistete sie sich auch einen Jürgen Möllemann, der das Ressentiment in politisches Kapital zu verwandeln suchte. Heute findet sie in Wolfgang Kubicki einen brillanten Rhetoriker, der jede Talkshowschlacht gewinnt. Aber hat er auch Kiel und Kompass?

Durch alle Fährnisse hat die FDP einen verlässlichen, aber nicht unbedingt attraktiven Anker namens Klientelismus besessen.

Ihre Schützlinge waren die drei A: Apotheker, Anwälte, Ärzte; dazu die beiden B: Big Business und Big Banking - in jüngerer Zeit auch die Hoteliers. Da ist das Geschäftsmodell von Schwarz-Rot schon gewinnträchtiger, deren Kundschaft ist einfach größer. Überdies ist auf die drei As kein Verlass mehr. Sie haben sich im Kapitalismus gut eingerichtet, aber die alten bürgerlichen Tugenden - „Familienwerte“ und „Traditionsmoral“ - nicht mitgenommen. Die Fahnenflüchtigen sind bei den Grünen heimisch geworden.

Die Schicksalsfrage der FDP lautet: Kaufhaus oder Boutique? Programmpartei oder Mehrheitsbeschaffer? In der letzteren Funktion hat die FDP seit 1949 immerhin 50 Jahre lang mitregiert. Dass sie neuerdings in den Umfragen mal bei vier, gar zwei Prozent herumkrebst, lässt allerdings nichts Gutes für die „Zünglein-an-der-Waage“-Taktik ahnen.

Wenn es im Kaufhaus nicht viel zu holen gibt, warum nicht die Boutique mit Wachstumspotenzial eröffnen? Boutiquen sind nicht allein für die Reichen da, sondern für all jene, die das Einheitsangebot von

Schwarz-Rot-Grün verschmähen und lieber in die Nichtwählerpartei eintreten. Ein solcher Laden wird allerdings nicht florieren, wenn er andauernd den Geschäftsführer und das Sortiment wechselt.

Man darf es auch sonorer ausdrücken: Ein gut geführtes und sortiertes FDP-Geschäft erfüllt auch eine nationale Aufgabe. Dieses Land braucht echte Liberale als Korrektiv und Gegengewicht. Zu viel Konsens führt auf Dauer zu Verspießung und Lähmung, just, was dieses Land in Zeiten kreativer Unordnung (und Zerstörung) nicht braucht. Denken wir daran, wie kurz Blackberry den Markt beherrscht hat. Nun ist das Unternehmen das Opfer von Apple und Samsung. Wer rastet, fällt zurück. Allein deshalb braucht das Land einen liberalen Stachel im Fleische - eine Partei, die stört und bewegt! ●



JOSEF JOFFE ist Herausgeber der *Zeit* und Kolumnist des *Handelsblatt*. Er lehrt Politikwissenschaft in Stanford.
redaktion@libmag.de

AUSSCHREIBUNG
DES PREISES DER WOLF-ERICH-KELLNER-
GEDÄCHTNISSTIFTUNG

Zum Andenken an Dr. Wolf Erich Kellner (Marburg), den im Jahre 1964 verstorbenen damaligenstellvertretenden Bundesvorsitzenden der Deutschen Jungdemokraten, ist von seinem Vater eine Stiftung ins Leben gerufen worden. Sie wird treuhänderisch von der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit verwaltet.

Hiermit wird für das Jahr 2013, zum achtundvierzigsten Male, der Preis der Wolf-Erich-Kellner-Gedächtnisstiftung ausgeschrieben. Er wird alljährlich für Arbeiten aus den verschiedensten Fachrichtungen (Geistes-, Sozial-, Rechts- und Wirtschaftswissenschaften) verliehen, die im Sinne Wolf Erich Kellners in wissenschaftlich wertvoller Weise

Grundlagen, Geschichte und Politik des Liberalismus im deutschen, europäischen und außereuropäischen Raum

behandeln. Die Beiträge können theoretische, historische und zeitgeschichtliche Fragestellungen zum Gegenstand haben oder Gestalt und Entwicklung des gegenwärtigen Liberalismus in Politik, Wirtschaft oder Kultur behandeln. Er wird unter Ausschluss des Rechtsweges durch das Kuratorium verliehen, dem Dr. Sibylle Busch (Hamburg), Prof. Dr. Eckart Conze (Marburg), Dr. Jürgen Frölich (Gummersbach), Prof. Dr. Dominik Geppert (Bonn), Dr. Thomas Hertfelder (Stuttgart), Prof. Dr. Hermann Hiery (Bayreuth), Peter Menke-Gückert (Bonn), Frank E. Portz (Walluf), Prof. Dr. Angelika Schaser (Hamburg), Prof. Dr. Joachim Scholtyseck (Bonn), Thomas Siekermann (Hannover) und Dr. Dr. h.c. Barthold C. Witte (Bonn) angehören.

**Die Verleihung findet im
November 2013 statt.**

Schriftliche Arbeiten von mindestens 100 Seiten Umfang in deutscher, englischer oder französischer Sprache, die bis zum Ende der Ausschreibungsfrist nicht veröffentlicht sind, müssen bis zum 31. März 2013 in dreifacher Ausfertigung bei der

**Friedrich-Naumann-Stiftung
für die Freiheit
Archiv des Liberalismus**

Theodor-Heuss-Str. 26
51645 Gummersbach
(Tel.: 02261/30 02-421;
E-Mail archiv@freiheit.org)
eingereicht werden.

Die große Ernüchterung

Vor 80 Jahren endete nicht nur das trockenste, sondern auch eines der düstersten Kapitel der US-Historie: die Prohibition. Wie das Freiheit liebende Land zu dem Verbot hat kommen können, bleibt ein Rätsel. Nicht minder befremdlich ist aber die selbst auferlegte und vom schlechten Gewissen getriebene aktuelle Abstinenz: Denn das oberste Credo des heutigen Menschen ist nicht mehr der Genuss, sondern die Gesundheit. // TEXT // OLIVER JEGES //



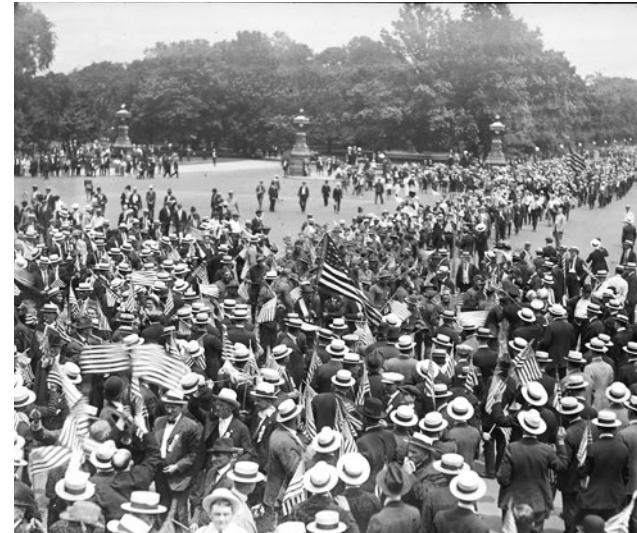


Die Massen fordern Bier:

New Yorker Arbeiter
demonstrieren am
10. November 1932 für die
Abschaffung der Prohibition.



Illegales Whiskeylager: Während der Prohibition blüht die Schwarzbrennerei, gepanschte Spirituosen überschwemmen den Markt – mit verheerenden Folgen.



Die Gewerkschaft macht mobil: Mitglieder der American Federation of Labor demonstrieren am 14. Juni 1919 gegen die Einführung der Prohibition.

Wenn sich Jack Fellure mit seinen Mitstreitern trifft, weiß er, dass Alkohol wieder einmal ein wesentlicher Bestandteil des Abends sein wird. Doch bevor es so weit ist, diskutiert man über den unfähigen Barack Obama, der große Reden schwingt, aber nicht liefert. Über den Abtreibungswahn, die geisteskranke Pornoindustrie, über den sinnlosen Einmarsch in Afghanistan natürlich und darüber, dass Amerika im Begriff ist, sich selbst abzuschaffen. Wohin man auch schaut: moralisch unfestigte Menschen, die dem Sittenverfall huldigen. Die USA als neues Sodom und Gomorrha.

So sitzen Jack Fellure, sein Kamerad Toby Davis und einige andere beieinander und analysieren, was in ihrem Land so alles schiefläuft. Über den Grund dafür muss Fellure nicht lange nachdenken, er weiß es längst: Schuld an allem ist der Alkohol. Und hier endet die Diskussion, wie jedes Mal, beim Thema Alkohol – ohne dass auch nur irgendwer einen Tropfen anrührt.

Jack Fellure ist Politiker. Er ist 81 Jahre alt. 2012 wollte er US-Präsident werden. Es ist ihm nicht gelungen. Er bekam 519 Stimmen

– landesweit. Barack Obama fast 66 Millionen. Doch warum tritt ein No-Name gegen den Messias an? Nicht weil er glaubt, eine tatsächliche Chance zu haben, ins Weiße Haus gewählt zu werden. Sondern weil er einen Auftrag hat. Einen moralischen Auftrag. Jack Fellure will Amerika aus der Geiselhaft des Alkohols befreien. Deswegen war er Kandidat der „Prohibition Party“, Amerikas ältester Partei neben Demokraten und Republikanern.

Jack Fellure und seine Partei sind das Überbleibsel einer Idee, die dem 19. Jahrhundert entstammt und Jahrzehnte später in einem der bekanntesten Kapitel der amerikanischen Geschichte münden sollte: der Prohibition. Von 1919 bis 1933 herrschte in den USA Alkoholverbot. Es ist nicht nur das trockenste Kapitel der amerikanischen Geschichte, sondern auch das düsterste.

Begonnen hat alles am 2. April 1840, als sich sechs befreundete Gewohnheitstrinker in einem Gasthaus in Baltimore schworen, nie wieder einen Drink zu nehmen. Aus diesem Pakt gingen die „Washingtonian Societies“ hervor, benannt nach dem ersten Präsidenten der Vereinig-

ten Staaten, George Washington. Es war die erste Bewegung, die sich zum Ziel setzte, die Menschen vor dem Alkohol zu retten. Durch den persönlichen Kontakt und mithilfe von Gruppensitzungen sollten „Trunkenbolde“ („Drunkards“, den Begriff Alkoholiker gab es noch nicht) vom Alkoholkonsum erlöst werden. Sie waren die Väter der Anonymous Alkoholiker.

Schon bald gründeten sich im ganzen Land zahlreiche Mäßigungs- und Temperanzbewegungen: die „Ritter von Jericho“, der „Unabhängige Orden guter Tempelritter“ oder die „American Temperance Union“, um nur einige zu nennen. Allesamt christliche Reformationsbewegungen, die jener europäischen protestantischen Leistungsethik entsprungen waren, die fast schon asketische Züge trug.

Die Abstinenzler begnügten sich nicht damit, einfach selbst auf Alkohol zu verzichten. Sie wollten auch den ganzen Rest der Menschheit bekehren. Und Alkoholismus war zu jener Zeit in der Tat eines der größten sozialen Probleme in den Vereinigten Staaten. Fast jede Frau hatte einen „Trunkenbold“ zum Mann, der das spärlich verdiente Geld lieber in die Saloons trug als nach



Entsorgung schwarzgebrauten Bieres: New York City Deputy Police Commissioner John A. Leach überwacht die Vernichtung.

Hause. Dort ertränkten die schuftenden Kerle ihren Frust und ihre Sorgen vornehmlich in Bier und Wein, die Besserverdiener in Whiskey oder Gin. Und weil Saloons oftmals nicht nur Kneipen waren, ging der Rest des Geldes an die Huren oder wurde am Spieltisch verzockt. Die Frauen und Kinder Amerikas waren Opfer ihrer alkoholisierten Männer und Vätern.

Die Straßen von großen Städten wie New York, Chicago oder Boston und die gesamten Südstaaten sowieso waren übersät mit torkelnden Männern, die ziellos in der Gegend herum irrlichterten. Um 1830 betrug der Pro-Kopf-Verbrauch von Alkohol bei jedem Mann über 15 in etwa 88 Flaschen Whiskey pro Jahr. Das ist dreimal so viel, wie die heutigen Amerikaner konsumieren. Und getrunken hat jeder: vom Kanalarbeiter bis zum Priester. Vom Penner bis zum Bürgermeister.

Für den hohen Alkoholkonsum im 19. Jahrhundert sorgten verstärkt deutsche Einwanderer, die ihre Trinkgewohnheiten mit in die neue Welt brachten. Viele deutsch-amerikanische Bierbrauer, darunter Anheuser, Busch, Miller und Pabst, sorgten dafür,

dass der Durst der Amerikaner mehr als gestillt wurde. Zusammen brauten die Bierhersteller um 1850 knapp 40 Millionen Gallonen, um 1870 war die Produktion bereits auf rund 550 Millionen angestiegen. 1822 öffnete der erste sogenannte Saloon, zur Jahrhundertwende waren es schon 300.000 im ganzen Land. Je mehr der Alkoholkonsum zunahm, desto heftiger wurden auch die Proteste dagegen.

„Crusade Women“, Kreuzzüglerinnen, zogen zu Tausenden durch die Nordstaaten und stürmten Saloons, setzten Whiskeyfässer in Brand, sangen und beteten für eine höhere Moral. Sie waren für den Weltfrieden, für Kinderwohlfahrt und Erwachsenen-



Mugshot: Al Capone, aufgenommen bei seiner Festnahme 1930. Der Vorwurf: Steuerhinterziehung.

BEGONNEN HAT
ALLES AM
2. APRIL 1840,
ALS SICH SECHS
BEFREUNDETE
GEWOHNHEITS-
TRINKER IN
EINEM GASTHAUS
IN BALTIMORE
SCHWOREN, NIE
WIEDER EINEN
DRINK ZU
NEHMEN.



bildung. Eine frühe Kreuzung aus Arbeiterbewegung und Waldorfideologie.

Eine der entschiedensten und erfolgreichsten Reformerinnen war Frances Willard. Sie war Mitbegründerin der „Woman's Christian Temperance Union“ im Jahr 1874. Fünf Jahre später war sie deren Präsidentin. Und im Jahr 1890 war sie bereits die bekannteste Frau der Vereinigten Staaten. Sie reiste durch das ganze Land und hielt öffentliche Reden. Immer mehr Menschen, vor allem Frauen, schlossen sich Willard und ihrer christlichen Mäßigungsbewegung an.

Doch so erfolgreich Willard in ihrem Bestreben nach einem Alkoholverbot war, es waren nicht sie und ihre Organisation, die schließlich die Prohibition auf den Weg brachten - dieses Verdienst darf sich die „Anti-Saloon League“ auf die Fahnen schreiben. Gegründet 1893 in Ohio, wurde sie die erfolgreichste Interessenbewegung in der amerikanischen Geschichte, die letztendlich als politische Organisation das Alkoholverbot in die amerikanischen Parlamente trug. Mit Sprüchen wie „Lips that touch liquor shall never touch mine“ moralisierte sie den öffentlichen Raum. »



Fette Beute: Lieutenant O. T. Davis, Sergents J. D. McQuade und George Fowler vom Internal Revenue Service und H. G. Bauer am 11. November 1922 mit dem größten je beschlagnahmten Destillationsapparat Washingtons.



Knockin' On Heaven's Door: Mittels Codewort gelangen die Trinker in die „Speakeasys“.

Um die Jahrhundertwende drehte sich die öffentliche Debatte fast ausschließlich um das Thema Alkohol. Sogar ein eigenes Romangenre wurde damals begründet: die „Temperance Novel“. Selbst der große Schriftsteller Walt Whitman konnte dem Zeitgeist nicht widerstehen und verfasste seinen einzigen Roman in jenem Genre.

Als am 3. Februar 1913 der Kongress mit dem 16. Verfassungszusatz zum ersten Mal in der Geschichte eine bundesweite Einkommensteuer beschließt, ist das der Startschuss für die politische und juristische Umsetzung des „noblen Experiments“, wie die Prohibition auch gerne genannt wird. Von nun an war der US-Haushalt nicht mehr auf die Steuereinnahmen von alkoholischen Getränken angewiesen, die bis dato einen Großteil der Steuereinnahmen ausmachten.

Im Oktober 1919 verabschiedete der Kongress schließlich das Prohibitionsgesetz. Im Anschluss der Abstimmung, so geht die Legende, verschwanden die Abgeordneten in den Hinterzimmern des Kapitols und stießen auf das neue Gesetz an - mit Alkohol natürlich. So wie in der genialen US-Serie „Boardwalk Empire“, wo der Gangster Nucky Thompson einen Toast auf die Sturköpfe im

Kongress ausspricht. Denn dank des neuen Gesetzes kann Nucky mit illegalem Alkohol so richtig Geld machen. Mit der Prohibition konnten beide leben - sowohl die Gangster als auch die Politiker. Die einen besser als die anderen.

Obwohl in den USA plötzlich ein landesweites Alkoholverbot galt, wurde weiter heftig gesoffen. Zwar waren offiziell der Transport, der Handel, der Verkauf, der Import und Export von Alkohol illegal - der Konsum war es nicht. Heute würde man von einer Grauzone sprechen, vielleicht wie beim illegalen Downloaden von Medieninhalten oder dem Rauchen von Marihuana. Legal ist das alles nicht, so richtig illegal aber auch nicht.

Viele Amerikaner dachten, dass der sogenannte „Volstead Act“ lediglich hochprozentige Spirituosen verbiete, nicht aber Bier oder Wein. Doch tatsächlich war gesetzlich alles verboten, was über 0,5 Prozent Alkohol enthielt. Also auch Sauerkraut, manche Schokoladensorten oder Worcestersauce. Im Grunde war es aber völlig egal, die Menschen tranken weiter. Und zwar so viel wie nie zuvor. Vor allem Schnäpse. Während der Prohibition wurde etwa doppelt so viel

hochprozentiger Alkohol getrunken wie davor oder danach. Weil er leichter herzustellen war als Bier oder Wein.

Gebrannt wurde natürlich illegal. Und das oft mit verheerenden Auswirkungen. Schwarzbrennereien überschwemmten den Markt mit gepanschten Spirituosen, die teilweise mit Holzspiritus und anderen giftigen Chemikalien gestreckt waren. Blindheit und Lähmungen waren die Folge. Im schlimmsten Fall sogar der Tod. Neben den Spirituosen aus Schwarzbrennereien war vor allem „Jake“ äußerst beliebt. Dabei handelte es sich um ein Ingwerextrakt mit 85 Prozent Alkoholanteil, das völlig legal auf Rezept erhältlich war. Der Konsum bewirkte den sogenannten „Jake Leg“, eine Nervenerkrankung, die durch Trikresylphosphat ausgelöst wurde. Diese werden normalerweise in Flammenschutzmitteln oder Weichmachern verwendet. Schätzungsweise zwischen 30.000 und 50.000 Menschen erkrankten allein durch den Jake-Konsum. Obwohl die Problematik bekannt war, tranken die Amerikaner unermüdlich weiter.

In den Großstädten etablierten sich die legendären „Speakeasys“, Flüsterkneipen,



Das Ende der Prohibition: 1933 feiern die amerikanischen Bürger die Aufhebung des 18. Amendment. Das Gesetz, das Familien vor den Folgen des Alkoholmissbrauchs schützen sollte, sorgte für eine Kriminalitätswelle ohnegleichen.

HEUTE IST EIN SELBST AUFERLEGTES, DURCH DIE GESELLSCHAFT ÜBERWACHTES UND VOM SCHLECHTEN GEWINNEN GETRIEBENES VERBOT WIRKSAM.



wie etwa jene aus der Anfangsszene in „Manche mögen's heiß“. Mithilfe eines Codeworts konnte man einen abgeschirmten Hinterraum betreten, wo leise gesprochen werden musste, damit die Vollzugsbehörden auf den Straßen draußen nicht auf die illegalen Feiern aufmerksam wurden und die Party sprengten. Doch das passierte so gut wie nie. Einerseits war viel zu wenig Polizei für die Durchsetzung des Alkoholverbots abgestellt worden, andererseits ließen sich die meisten, die es durchsetzen sollten, mit kostenlosem Alkohol ruhigstellen.

Selbst zur Hochzeit der Prohibition in den „golden Zwanzigern“ wurden in Midtown New York einige Spirituosenläden völlig ungeniert betrieben. Die Polizei spielte mit, weil die Ladenbesitzer sie mit regelmäßigen „Geschenken“ schmierten. Der illegale Handel mit Alkohol erwuchs zu einem der größten und lohnendsten Geschäfte der USA. Al Capone und Konsorten erwirtschafteten damit Millionen.

Nachdem Amerika in den 20er-Jahren trockengelegt war, wurde allmählich klar, dass ein Verbot genau das Gegenteil dessen bewirkte, was es eigentlich wollte. Im Winter

1933 hob der Kongress mit dem 21. Zusatzartikel den 18. wieder auf. Der 21. Verfassungszusatz ist somit der einzige, der einen vorangegangenen Verfassungszusatz wieder aufgehoben hat.

Am Ende bleibt die Frage, wie es in einem Freiheit liebenden Land wie den Vereinigten Staaten zu einem solchen Verbot hat kommen können. Und auch wenn seit dem Ende der Prohibition kein gesetzlicher Versuch mehr fruchten würde, erneut ein Alkoholverbot zu erwirken - der Abstinenzgedanke hat überlebt.

Christian Wulff sagte einmal, nach einem anstrengenden Tag gönne er sich schon mal ein Glas Saft. Das ist Temperenz auf Umwegen. Wulff schwört nicht dem Alkohol ab. Er legt Wert auf seine Gesundheit. Früher kämpfte man gegen den Alkohol, heute für das eigene Wohlbefinden. Und dieses Wohlbefinden soll sich möglichst ohne Alkohol einstellen.

In den 150 Jahren, die seit den ersten großen Abstinenzbewegungen vergangen sind, hat die Gesellschaft gelernt, affirmativ zu denken, zu reden und Politik zu machen. Ein gesetzliches Alkoholverbot ist zwar heute undenkbar, ein selbst auferlegtes,

durch die Gesellschaft überwachtes und vom schlechten Gewissen getriebenes Verbot aber schon längst wirksam. Oberstes Credo des Menschen im 21. Jahrhundert ist nicht der Genuss, sondern die Gesundheit. Und da hat Alkohol, ob als Light Bier, Chardonnay, Single Malt, Cuba Libre oder Grappa keinen Platz.

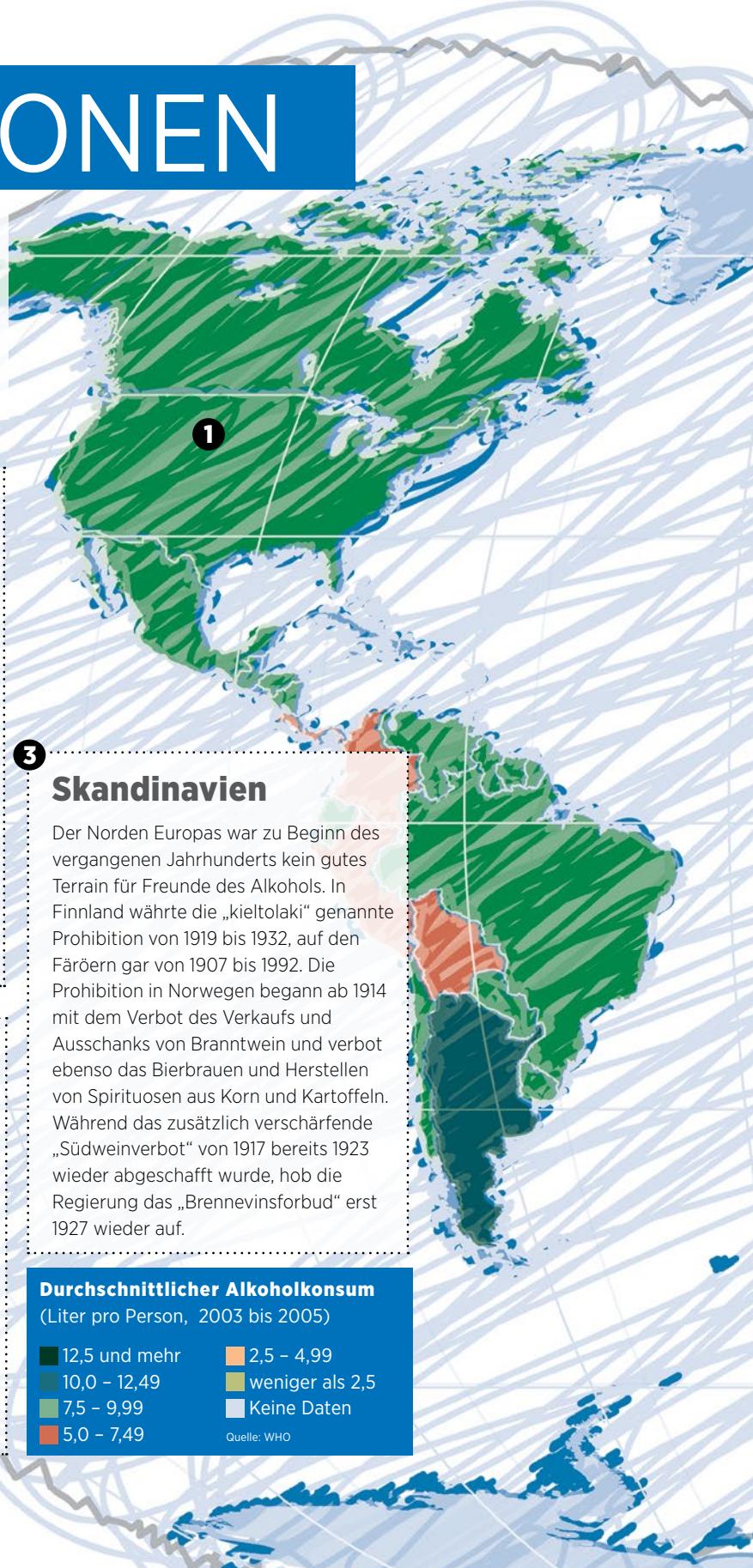
Dennoch: Für die USA bleibt Alkohol nach wie vor die beste Lösung. Denn die Wahlen werden bekanntlich nicht durch Inhalte entschieden, sondern durch die Frage, mit welchem Kandidaten man lieber ein Bier trinken gehen würde. Es gewinnt immer der bessere Saufkumpf: Ronald Reagan, Bill Clinton, George W. Bush, Barack Obama. Alkohol wird dann plötzlich zum Maßstab richtiger Entscheidungen. Auch in einem Land, dessen Gründungsmythos auf 342 Kisten Tee beruht. ●



OLIVER JEGES ist Journalist und arbeitet für die Tageszeitungen *Die Welt* und *Berliner Morgenpost*. Für ihn gehört Alkohol zu den größten kulturellen Errungenschaften der Menschheit. In metaphysischer Hinsicht hält er es mit Hans Moser und möchte im nächsten Leben als Reblaus wiedergeboren werden.
redaktion@libmag.de

TROCKENZONEN

Schmuggel, Bandenkriege, Flüsterkneipen – beim Stichwort **Prohibition** scheint umgehend das Chicago der 20er-Jahre auf. Dabei ist das Verbot von **Alkohol** kein rein amerikanisches Phänomen. Viele Länder der Welt hatten den Verkauf und Konsum verboten oder stark reglementiert – und nicht wenige tun dies noch immer.



1 USA

Mit der Aufhebung der Prohibition am 5. Dezember 1933 fiel das Recht zur Gesetzgebung zum Alkoholkonsum nach 14 Jahren zurück an die Bundesstaaten. Das vollständige Alkoholverbot schaffte als letzter Bundesstaat Mississippi im Jahre 1966 ab. In einzelnen Städten und Landkreisen ist es allerdings bis heute in Kraft. Diese sogenannten Dry Towns oder Dry Counties befinden sich vor allem im Süden der USA. So sind in Kentucky 90 von 120 Counties „trocken“, in Texas 44 von 254 und in Alabama 26 von 67. Einige dieser Counties unterliegen jedoch lediglich Einschränkungen: In manchen Fällen ist die von Privatpersonen legal zu transportierende Menge begrenzt, in anderen ist Bier mit einem Alkoholgehalt von vier Volumenprozent erlaubt oder in Restaurants muss der Preis für die konsumierten Alkoholika unter 70 Prozent des Betrags für die georderten Speisen bleiben. Die wohl berühmteste Dry Town ist Lynchburg, Tennessee – Sitz der Destillerie von Jack Daniels.

3 Skandinavien

Der Norden Europas war zu Beginn des vergangenen Jahrhunderts kein gutes Terrain für Freunde des Alkohols. In Finnland währte die „kiitolaki“ genannte Prohibition von 1919 bis 1932, auf den Färöern gar von 1907 bis 1992. Die Prohibition in Norwegen begann ab 1914 mit dem Verbot des Verkaufs und Ausschanks von Branntwein und verbot ebenso das Bierbrauen und Herstellen von Spirituosen aus Korn und Kartoffeln. Während das zusätzlich verschärfende „Südweinverbot“ von 1917 bereits 1923 wieder abgeschafft wurde, hob die Regierung das „Brennevinsforbud“ erst 1927 wieder auf.

2 Islamische Welt

Auch wenn der Koran das Thema widersprüchlich behandelt, gilt Alkoholkonsum im Islam als Kapitalverbrechen und wird gemäß der Scharia theoretisch mit 40 bis 80 Stockschlägen bestraft. In der Praxis ist dies allerdings nur selten der Fall. Auch was die weltlichen Gesetze angeht, gibt es in den islamischen Ländern keine einheitliche rechtliche Regelung für den Verkauf und Konsum von Alkohol. In einigen Ländern ist Alkohol offiziell den Touristen vorbehalten, in anderen wiederum frei zugänglich. Gesetzlich verboten ist Alkohol beispielsweise in Iran, Saudi-Arabien, Kuwait, Brunei, Libyen und dem Sudan. Allerdings scheint es an der Durchsetzung zu hapern: So sollen bei einer Offensive der Verkehrspolizei im Mai 2012 in Teheran 26 Prozent der kontrollierten Fahrer alkoholisiert gewesen sein.

4 Indien

Auf dem Subkontinent gab es zwischen 1950 und 2000 Alkoholverbote in verschiedenen Landesteilen, unter anderem in Haryana, Andhra Pradesh und Gujarat. Da viele Inder gar keinen Alkohol zu sich nehmen, erhält man auch heute alkoholische Getränke nur in relativ wenigen Lokalen und Läden. Diese benötigen für den Verkauf eine spezielle Lizenz. An bestimmten Feiertagen ist auch an diesen Orten kein Bier, Wein oder Hochprozentiges erhältlich. In vielen Staaten unterliegen Produktion und Ausschank einem staatlichen Monopol. Ein vollständiges Alkoholverbot gilt weiterhin im Bundesstaat Gujarat.

Russland

Mit Beginn des Ersten Weltkriegs führte Russland die Prohibition ein und erlaubte den Verkauf harter Alkoholika ausschließlich in Restaurants. Diese „suchoi sakon“ genannte Regelung blieb zunächst auch nach der Russischen Revolution bestehen. Erst im Jahre 1925 gaben die Kommunisten den Verkauf frei. In der Folge starteten die Machthaber in den Jahren 1958, 1972 und 1985 drei umfassende Anti-Alkohol-Kampagnen, die weitgehend erfolglos blieben. Die letzte davon initiierte Michail Gorbatschow: Er erhöhte die Preise für Alkohol deutlich und führte eine partielle Prohibition ein, die den Verkauf auf bestimmte Mengen und Tageszeiten beschränkte. Wer betrunken aufgegriffen wurde, dem drohten Strafen. Der Effekt auf Volksgesundheit und Verbrechensrate war positiv, aber dem Fiskus entgingen Steuereinnahmen von geschätzten 100 Milliarden Rubel, da die Schwarzbrennerei blühte. Gleichwohl hat die aktuelle russische Regierung zum Jahreswechsel den Wodkapreis erneut um ein Drittel erhöht. Abzuwarten bleibt, ob dies den Konsum eindämmen oder dazu führen wird, dass sich Russlands Trinker künftig vermehrt mit Industriekalkohol, Frostschutzmitteln oder anderen Ersatzstoffen berauschen.

Zwei Experten, die das Auf und Ab am südlichen und östlichen Rand des Mittelmeers seit Langem verfolgen, sind **Richard Herzinger**, politischer Korrespondent der *Welt*, sowie **Hamed Abdel-Samad**, deutsch-ägyptischer Politologe, Historiker und Autor. Während unseres Skype-Gesprächs befand sich Abdel-Samad in Kairo, Herzinger in unserer Berliner Redaktion. Unser Thema: Ist aus dem „Arabischen Frühling“ ein „Arabischer Winter“ geworden?

„Brutstätten des Wahnsinns“

ABDEL-SAMAD: Ich habe die Begriffe „Arabischer Frühling“ oder „Arabischer Winter“ nie benutzt. Wir haben hier nichts Vergleichbares zum „Prager Frühling“ oder dem europäischen Frühling von 1848. Es ist schwierig, schon nach zwei Jahren zu bewerten, was hier passiert ist. Wir sehen gerade den ersten Akt eines Theaterstücks - und können den Ausgang nicht voraussehen.

HERZINGER: 1848 und auch Prag 1968 waren nur der Auftakt für zunächst gegenläufige Entwicklungen. Wenn wir uns die Lage in Syrien und Ägypten ansehen, die Destabilisierung der Region, dann liegt man mit „Arabischem Winter“ vielleicht gar nicht so falsch. Auf jeden Winter folgt zwar immer wieder ein Frühling, aber ein Winter kann sehr lange dauern.

Diese Revolutionen haben vor allem das, was Jahrzehnte, sogar Jahrhunderte versteckt war, an die Oberfläche gespült. Die Prozesse, die hier ablaufen, sind epochal - nicht saisonal. Wenn ich hier durch Kairo laufe, sehe ich die politischen Jahreszeiten auf einmal. Manches, was ich sehe, macht mir Hoffnung, anderes frustriert. Das hat wenig mit Frühling zu tun. „Arabischer Frühling“ ist die Projektion einer europäischen Erfahrung auf das, was hier passiert.

Mit Blick auf die gegenwärtigen Umwälzungen dürfen wir nicht vergessen: Die Grenzen der betroffenen Länder wurden am Ende des Ersten Weltkriegs gezogen. In Europa endete das 20. Jahrhundert friedlich mit den Umstürzen in Osteuropa. In der arabischen Welt dauert es noch an. Wir sehen hier nicht einfach nur einen Demokratisierungsprozess. Wir haben es

auch mit ethnischen und sektiererischen Konflikten zu tun, in Syrien und im Irak sehen wir reichlich explosiven Konfliktstoff, der die staatliche Einheit zerreißen könnte.

Sie könnten recht haben mit dem Gedanken, dass das 20. Jahrhundert für die arabische Welt vielleicht noch nicht zu Ende ist. In Europa wird viel darüber gestritten, ob wir es mit einer Revolution zu tun haben. In meinen Augen bringt eine Revolution die archaischen und die modernen Seiten einer Gesellschaft in Konfrontation - zwei Seiten, die einander bisher noch nicht gekannt oder nebeneinander her gelebt haben. Diese Blöcke hatten in den alten Diktaturen keine Gelegenheit, konfrontativ miteinander umzugehen, ja nicht einmal Gelegenheit, ihre Stimmen zu erheben. Dieses Tauziehen kann langfristig Demokratie etablieren, aber Gesellschaften ebenso in politische Verwahrlosung treiben - eine nicht ganz unwahrscheinliche Perspektive.

Das befürchte ich auch. Die Entwicklung könnte auch zu Failed States führen. Was das von Ihnen erwähnte Tauziehen anbelangt, ist das ein Tauziehen zwischen ungleichen Kräften. Betrachten Sie die mehr oder weniger schlechende Machtergreifung der Muslimbrüder in Ägypten. Das Problem ist doch: Es vollzieht sich ein gewaltiger Umbruch, das Land ist auf der Suche nach einem neuen Gesellschaftsvertrag. Und in dieser Situation ist die Religion, der Islam, und politisch der Islamismus die einzige Identitätskrücke, auf die man zurückgreifen kann. Der nationale Gedanke ist durch die abgetretenen nationalistischen Regime diskreditiert.

Der Islam als einzige Identitätskrücke - ein schönes Bild, das aber nicht mehr stimmt. Die neue junge Generation stößt eine Welle der Individualisierung an. Junge Menschen - selbst religiöse - halten den politischen Islam einfach nicht mehr aus. Ich gebe Ihnen recht: Der Kampf ist asymmetrisch, die Islamisten verfügen über mehr Ressourcen, über die bessere Organisation. Doch in Zeiten von Facebook und YouTube kann eine Diktatur die Medien nicht mehr so manipulieren wie einst.

Ich wünschte, ich könnte Ihren Optimismus teilen, bleibe aber skeptisch. Auch im Iran existiert seit Langem eine moderne Jugend, aber ihr fehlt die organisatorische Macht, sich durchzusetzen. Aus Sicht Israels hat es das Land rundherum mit bedrohlicher Gewalt zu tun, und die Israelis beobachten sehr genau den Versuch Ägyptens, sich als arabische Führungsmacht zu etablieren. Die Muslimbrüder gehen das nicht plump an, indem sie etwa den Friedensvertrag mit Israel aufkündigten. Sie versuchen stattdessen, Fatah und Hamas zusammenzubringen und Israel einzukreisen. In Ägypten ist der Antisemitismus ein regelrecht identitätsstiftendes Element.

Natürlich ist der radikale Islam eine der Brutstätten des Wahnsinns in der Welt, wie in der Vergangenheit die Inquisition, der Nationalsozialismus, der Stalinismus oder „ethnische Säuberungen“ in Ruanda und Bosnien. Dem radikalen Islam ist alles zuzutrauen. Aber die jungen Menschen in Ägypten und Tunesien haben vor Augen, wie es im Iran zugeht. Sie wissen: Wenn wir es zulassen, dass die Muslimbrüder es ähnlich weit treiben, dann enden wir in einem Mullahsystem. Und deshalb wehrt sich jetzt die junge Generation - auf der Straße, in den Medien, in den Gewerkschaften und Unternehmen. Hinzukommt, dass Ägypten weder über Öl noch Opium verfügt, durch deren Erlöse sich eine Diktatur finanzieren könnte. Die wirtschaftlichen Ressourcen des Landes sind mit dem Tourismus und dem internationalen Handel verknüpft - anders als in Iran oder Afghanistan. Die Muslimbrüder sind angewiesen auf den Westen, das müssen die dortigen Mächte besser nutzen. Leider hat nichts für den Westen eine so große Anziehungskraft wie das Wort Stabilität. Es droht die Wiederholung der Fehler, die viele Länder im Umgang mit Gaddafi und Ben Ali gemacht haben. Sie sollten die floskelhafte diplomatische Sprache aufgeben und deutlicher werden.

Seitens des Westens erleben wir - um es gelinde auszudrücken - totale Passivität. Faktisch haben die Länder dort zwar nur wenige Möglichkeiten, die Entwicklung zu beeinflussen. Mit Unwillen und Empörung sehe ich aber, dass er auch das wenige, das er zu leisten imstande wäre, nicht tut. Den Zeitpunkt, der syrischen Opposition zu Hilfe zu eilen, hat er verpasst. Aus Sorge, dass alles noch schlimmer würde, wenn man eingreift, hat es der Westen zugelassen, dass alles immer schlimmer geworden ist. ●



H A M E D A B D E L - S A M A D

geboren 1972 bei Gizeh, ist deutsch-ägyptischer Politologe, Historiker und Autor. 1995 kam er im Alter von 23 Jahren nach Deutschland. Nach Veröffentlichung seines Buches „Mein Abschied vom Himmel“ in Ägypten (2009) sprach eine fundamentalistische Gruppe eine Fatwa gegen Abdel-Samad aus, und er stand unter Polizeischutz.



R I C H A R D H E R Z I N G E R

geboren 1955 in Frankfurt am Main, Buchautor und Journalist, ist politischer Korrespondent der Welt-Gruppe. Dem Freiheitsversprechen der „Arabellion“ traut er von Anfang an nicht, was ihm manchen Defätmusvorwurf eintrug. Sein Blog „Freie Welt“ finden Sie unter: <http://freie.welt.de>

Nehmen ist seliger denn Geben

Die kirchlichen Wohlfahrtsverbände Caritas und Diakonie sind die größten Arbeitgeber des Landes. Unter dem Deckmantel der Gemeinnützigkeit erfindet sich das Kartell der Guten immer neue Aufgaben. Und wo immer in den Wachstumsfeldern des Sozialstaats etwas zu holen ist, ist es dabei. Private Anbieter bleiben auf der Strecke.

// TEXT // **KONRAD FISCHER**



Aus seinem Büro hat Adolf-Leopold Krebs einen guten Überblick über das bunte Treiben unter seiner Leitung. Links die geräumigen Wohneinheiten mit Balkon, davor das kleine, aber gut sortierte Kaufhaus, ein Café und die Konferenzzone. Das Areal ist gut frequentiert, rund um die schön gewachsene Kastanie in der Mitte des Platzes tummeln sich die Gäste. Überraschend ist lediglich das Schildchen an Krebs' Bürotür: Diakonie Düsseldorf, Geschäftsführer. Krebs, 60, ist einer der Provinzfürsten in einem System von Sozialkonzernen, die gerne unscheinbar daherkommen und in Wahrheit den deutschen Wohlfahrtsstaat unter sich aufgeteilt haben.

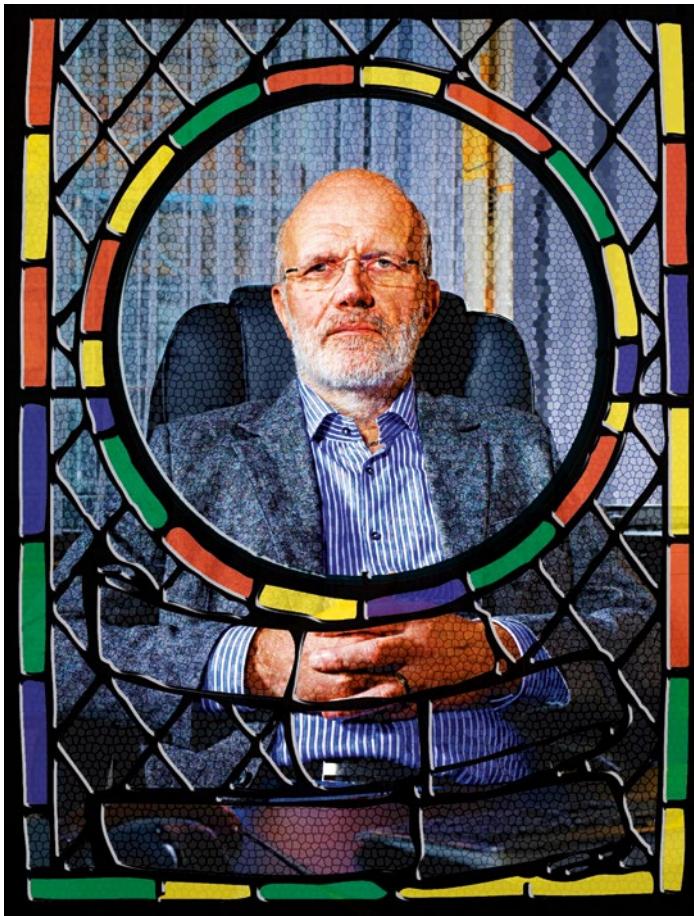
Allein das Jugendamt der Stadt gibt Jahr für Jahr fast 400 Millionen Euro aus, der größte Anteil davon landet bei Krebs und den anderen Wohlfahrtsorganisationen. Über einen ganzen Straßenzug erstreckt sich die Niederlassung des Diakonischen Werks rund um den „Platz der Diakonie“ in der Nähe des Düsseldorfer Hauptbahnhofes. Krebs stellt gerne heraus, dass die Diakonie aufgestellt ist wie ein Unternehmen. Die Führung der Geschäfte wird von einem Aufsichtsrat überwacht, der jedes Vierteljahr einen Quartalsbericht erhält. Die Jahresabschlüsse werden nicht publik gemacht, aber vom Wirtschaftsprüfer testiert. Fast eine halbe Million Mitarbeiter hat die Diakonie in Deutschland, beim katholischen Pendant, der Caritas, sind es einige Zehntausend mehr.

Die Sozialkonzerne sind damit die größten privaten Arbeitgeber in Deutschland, wer vom Sozialstaat spricht, der meint eigentlich die Wohlfahrtsgesellschaften. Mit einem Abstand folgen das Rote Kreuz, die einst SPD-eigene Arbeiterwohlfahrt und der Paritätische Wohlfahrtsverband, dessen dominantes Mitglied die „Volkssolidarität“, eine zu Zeiten der sowjetischen Besatzungszone gegründete Hilfsorganisation der DDR, ist. In sechzig Jahren Bundesrepublik hat sich im politischen Betrieb längst ein Modus eingespielt: Wo immer es Wohltaten zu verteilen gibt, werden die Wohlfahrtsorganisationen beteiligt. Ob das tatsächlich zum Wohle der Gesellschaft ist, wurde lange nicht hinterfragt.

So sind die Wohlfahrter zwar steuerlich dem Gemeinwohl verpflichtet, doch in der Praxis kümmern sie sich vor allem darum, den eigenen Einfluss zu mehren. Dabei helfen alte Vorrechte, die einst für die innere Organisation der Kirche erdacht waren. So müssen die beiden kirchlichen Organisationen keinerlei Finanzdaten veröffentlichen und ihren Mitarbeitern ist es untersagt, zu streiken. Den anderen Wohlfahrtsverbänden stehen diese Vorrechte in Teilen ebenfalls zu, allesamt profitieren sie von einem einzigartigen Vergabesystem, in dem die Auftragnehmer bei allen Entscheidungen mit am Tisch sitzen.

Leute wie Krebs sind dabei die Machthaber. Denn die Spitzenverbände Caritas und Diakonie sind lediglich Dachorganisationen, »





Den Kreis der Kirche verlassen

verlassen: Der ehemalige Diakonie-Mitarbeiter Hans Günther Mischke machte sich vor rund 30 Jahren mit einem Betreuungsdienst selbstständig. Mehr als ein Nischendasein erlangte er auf diesem Wege nicht.



in denen sich ganz unterschiedlich aufgestellte lokale Organisationen versammeln, um ihre Interessen besser durchsetzen zu können. Durchgriffsrechte haben sie kaum. Aktiv sind die Wohlfahrer, deren gemeinsamer Umsatz sich auf rund 40 Milliarden Euro beläuft, vor allem in der Kinder- und Jugendhilfe, der Altenpflege, der Betreuung von Behinderten, im Bildungsbereich und bei Maßnahmen für Arbeitslose. Die konkreten Angebote reichen von Schulsozialarbeit über Suchtberatung bis zu Sprachkursen. Die örtlichen Organisationen sind dabei ganz verschieden organisiert. Viele als Vereine, immer mehr als gemeinnützige GmbHs. Hinzu kommen große Stiftungen, die sich historisch aus Klöstern oder Initiativen einzelner Geistlicher und Bürger herleiten, wie die Münchner Augustinum-Gruppe.

Für den Staat hat die eingespielte Kooperation bei flüchtigem Blick einige Vorteile. Statt teure und un-

kündbare Beamte selbst bezahlen zu müssen, kümmern sich die gemeinnützigen Organisationen zu flexibleren Bedingungen. So kann die Politik einen Strauß von sozialen Leistungen bieten - und ein bisschen nach Wettbewerb sieht das Ganze auch noch aus.

Rechnung ohne die Oligopolisten gemacht

Hans Günther Mischke entfährt ein bitteres Lachen, als er die Worte „Wohlfahrt“ und „Wettbewerb“ in einem Satz hört. Mischke, 58 Jahre alt, betreibt seit mehr als 30 Jahren seinen eigenen Betreuungsdienst für Jugendliche im Städtchen Plettenberg am westlichen Rand des Sauerlandes. „Ich habe mit der Vorstellung angefangen, ich könnte einfach meine Dienstleistung anbieten und dann würde ich schon Kunden finden“, erinnert sich Mischke, der sich um die Vermittlung und Sorge für Pflegekinder in Familien kümmert. Doch bald zeigte sich: Er hatte die Rechnung ohne die Oligopolisten gemacht.

Von den Arbeitsfeldern der Wohlfahrtsverbände ist die Jugendhilfe das Feld, in dem die problematische Nähe zwischen Auftraggeber und Auftragnehmern besonders offensichtlich ist. Auf dem Papier gilt ein Dreiecksverhältnis zwischen Jugendamt, Eltern und Einrichtung. Das Geld für Leistungen wie Erziehungs hilfen kommt vom Amt, die Eltern entscheiden sich für einen Anbieter, der führt den Auftrag aus. In der Praxis sitzen die Wohlfahrtsverbände an den entscheidenden Stellen und können die Mittelvergabe in ihrem Interesse regeln. So gilt für kommunale Jugend hilfeausschüsse eine einzigartige Sonderregel: Ein Drittel der Ausschusssitze wird nicht von Politikern, sondern den Vertretern der Wohlfahrtsverbände besetzt.

Auch auf die Entscheidung des Jugendamtes, welche Anbieter beauftragt werden, können die Wohlfahrer Einfluss nehmen. Im sogenannten „78er Ausschuss“, dessen Name sich aus der gesetzlichen Grundlage im Jugendhilferecht herleitet, stimmen sie vor Verhandlungsbeginn ihre Preisvorstellungen ab, die dann dem Jugendamt mitgeteilt werden. Fast immer folgt das ihren Ideen.

In manchen Städten haben die Sozialkonzerne gar ein Vorgriffsrecht auf neue Leistungen. Nur wenn die Verbände erklären, dass sie eine Leistung nicht erbringen können, werden weitere Anbieter einbezogen. Gewerbliche Anbieter wie Mischke haben da nur zwei Optionen: Entweder sie akzeptieren die Bedingungen der Wohlfahrer, oder sie verschwinden bald wieder vom Markt.

Dass die Wohlfahrtsverbände hierzulande mit einer solchen Macht ausgestattet sind, ist historisch vor allem mit dem Wachsen des Sozialstaats ab den Sechzigerjahren zu erklären. Im Zuge dessen setzte das Verbändekartell zwei Grundsätze im Sozialrecht durch: Subsidiaritäts- und Selbstkostenprinzip. So wurde festgeschrieben, dass die Wohlfahrt selbst entscheiden durfte, welche Aufgaben sie zu welchen Preisen übernahm. Es folgte hemmungsloses Wachstum. Zwar wurde das Prinzip der Kostendeckung Mitte der Neunzigerjahre wieder abgeschafft, doch da waren die Machtverhältnisse längst verfestigt.

Staatliche Zuwendungen und Spenden

Der Einfluss muss insbesondere bei den kirchlichen Verbänden verwundern, die das Sozialgeschäft öffentlich als Teil ihrer Kernaufgaben verkaufen. So rechtfertigen sie, dass es zwar immer weniger Kirchenmitglieder gibt, ihre Sozialverbände aber immer weiter wachsen. Die Krux: Lediglich fünf Prozent der Mittel

von Caritas und Diakonie stammen noch aus Kirchensteuern, der Rest sind staatliche Zuwendungen und ein kleiner Teil Spenden. Nachvollziehen lassen sich die Dimensionen an Erzbistum und Caritas München, einem der wenigen Häuser, das Zahlen nennt: Von den 463 Millionen Euro Kirchensteuern, die das Bistum 2012 erhält, gehen gut 20 Millionen an die Caritas - das entspricht sechs Prozent des Gesamtbudgets von 337 Millionen Euro. Diese Zahlen werfen die Frage auf, mit welchen Motiven Regeln für die innere Organisation kirchlicher Gruppierungen auf die Sozialkonzerne übertragen werden - außer um Wettbewerbsvorteile zu erringen?

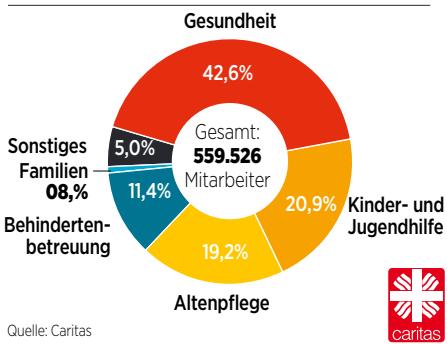
Das kirchliche Arbeitsrecht ist beseelt von der Idee eines fürsorglichen Herrn, der für seine Mitarbeiter besser sorgen kann als sie selbst. Es gibt keine Arbeitnehmervertretung, nur eine „Mitwirkung“ in der arbeitsrechtlichen Kommission. Beim Kündigungsrecht hat der Arbeitgeber volle Flexibilität: Da christliche Vereine als Tendenzbetriebe besonderer Art gelten, bei denen vom Reinigungsdienst bis zum Deutschunterricht für muslimische Einwanderer alles Teil des „Verkündigungsauftrags“ ist, darf fristlos gefeuert werden, wer ihren Moralvorstellungen zuwiderröhrt und beispielsweise in wilder Ehe lebt.

Zwar röhmt sich die Diakonie mit überdurchschnittlichen Löhnen, aber die Abweichungen nach unten sind zahlreich. Neben der Arbeiterwohlfahrt

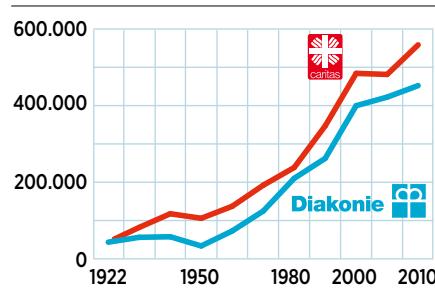
Lediglich fünf Prozent der Mittel von Caritas und Diakonie stammen noch aus Kirchensteuern.

»

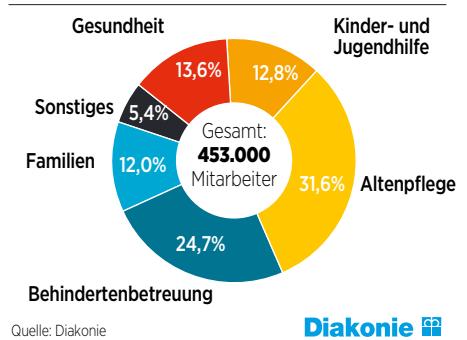
Caritas-Mitarbeiter nach Bereichen



Beschäftigte bei Caritas und Diakonie



Diakonie-Mitarbeiter nach Bereichen



Mancherorts
betreiben
Gemeinde und
Wohlfahrt
gemeinsame
Tochtergesell-
schaften.



gelten einzelne Regionalvertretungen der Diakonie als absolute Billigheimer unter den Wohlfahrtsorganisationen. Viele compensieren so ihr betriebswirtschaftliches Versagen an anderer Stelle. Rund 35.000 Mitarbeiter hätten allein die kirchlichen Wohlfahrtsverbände in günstige Subunternehmen ausgegliedert, schätzt der Diakoniewissenschaftler Johannes Eurich von der Universität Heidelberg. Zugleich sind die Vertreter der Wohlfahrtsverbände stets in erster Linie mit dabei, wenn es soziale Missstände anzuprangern gilt.

Das ist vor allem deshalb kein Wunder, da sie doch die obersten Profiteure aller Sozialpolitik sind. Diese Widersprüche zwischen Worten und Taten der Wohlfahrter bringen sie nicht nur in der Öffentlichkeit, sondern auch intern zunehmend in die Kritik. Zumindest von der politischen Seite aber müssen die Wohl-

fahrer trotz der Doppelzüngigkeit nichts fürchten. Gerade machen Verbände und Politiker aller Fraktionen gemeinsam Stimmung gegen eine EU-Initiative, die das Vergaberecht auf soziale Dienstleistungen ausweiten will - obwohl der Staat dadurch aller Vor- aussicht nach eine Menge Geld sparen könnte.

Politik und Wohlfahrtslobby eng verbandelt

Dieses Bündnis müsste verwundern, gäbe es da nicht so viele Menschen wie Jens Petring. Der Grünen-Politiker dokumentiert seine Ferne zum Establishment durch verbeulte Turnschuhe und eine Fruchtgummischale auf dem Konferenztisch, an der er sich rege bedient. Petring ist Mitglied im Jugendhilfeausschuss der Stadt Düsseldorf. Trotzdem empfängt er nicht im Rathaus, sondern bei der Wohlfahrt. Denn

Petrin ist im Hauptberuf Geschäftsführer des Kinder- und Jugendhilfeverbands Rheinland, einer Mitgliedsorganisation im Paritätischen Wohlfahrtsverband. Oder anders ausgedrückt: Als Politiker entscheidet er über die Verteilung von Geldern, von denen er dann als Geschäftsmann profitiert. „Die Jugendhilfe funktioniert nicht wie andere Politikbereiche, hier steht die Kooperation traditionell im Mittelpunkt“, versucht Petrin sich an einer Erklärung. Auf seine Weise hat er damit recht, denn mit keiner anderen Lobby ist die Politik so eng verbunden. Rund ein Drittel aller Berliner Abgeordneten hat zugleich eine Führungsrolle in den Gremien der Wohlfahrtsverbände inne. Auf kommunaler Ebene sind die Verbindungen noch viel offensichtlicher, mancherorts betreiben Gemeinde und Wohlfahrt gemeinsame Tochtergesellschaften.

Noble Repräsentanzen und Dienstwagen

Unter so guten Partnern sieht man es sich wohl auch schon mal nach, wenn die Wohlfahrter gar nicht so gemeinnützig wirtschaften, wie die Steuerklasse es nahelegt. Der Gemeinnützigenstatus erfordert in erster Linie, dass am Ende des Jahresabschlusses nicht mehr als eine schwarze Null steht. Das heißt aber keineswegs, dass keine Überschüsse entstehen. Was an Gewinn übrig bleibt, muss reinvestiert werden. Ob es aber in Armenküchen oder noble Repräsentanzen und Dienstwagen fließt, ist Teil eines Ermessensspielraums, den die Finanzämter bei der Wohlfahrt zu meist sehr weit fassen. Im Herbst vergangenen Jahres hat das Diakonische Werk eine neue Hauptverwaltung für den Bundesverband in Berlin eröffnet, die Kosten für den Bau beliefen sich auf 65 Millionen Euro. Auf lokaler Ebene wird von Dienstwagen-Fuhrparks berichtet, auf die viele Politiker neidisch sein könnten. Doch so dünn wie die Veröffentlichungen der Wohlfahrter in den meisten Fällen sind, lässt sich über diese und ähnliche Dinge nur spekulieren.

Auch Adolf-Leopold Krebs, der bei der Beschreibung der eigenen Wohltaten gesprächige Geschäftsführer der Düsseldorfer Diakonie, wird schnell wortkarg, wenn es um Finanzen geht. Zu Umsatz, Investitionsvolumina oder Rücklagen könne er nichts

Foto: D. Pietsch



KONRAD FISCHER ist als Redakteur für die *WirtschaftsWoche* tätig. Seit der Recherche über die Macht der Wohlfahrtskonzerne fühlt er sich im Alltag umzingelt: Ob Beratungsstellen, Krankentransporter oder Sozialkaufhäuser – im Minutenakt begegnen ihm irgendwo die Logos von Caritas und Diakonie.
konrad.fischer@wiwo.de



Im Rahmen der Kirche erfolgreich: Geschäftsführer Adolf-Leopold Krebs leitet die Düsseldorfer Diakonie, die von Raucherentwöhnung bis Kinderbetreuung beständig neue Geschäftsfelder erschließt.





Im Weltall wird es eng: Trümmerreste kommen sich in die Quere. Seit dem Start von „Sputnik 1“ am 4. Oktober 1957 wurden Tausende Raketen und Satelliten in eine Erdumlaufbahn gebracht und haben dort Unmengen von Abfall hinterlassen. In 20 Jahren wird es unmöglich sein, irgendetwas unversehrt ins All zu schießen. Ein Liberaler will jetzt Ordnung in den Weltraum bringen.

// TEXT // KAPKA TODOROVA // ILLUSTRATION // ERNST MERHEIM

HIMMELSSTÜRMER



ZUR PERSON

Solomon Passy wird 1956 in der bulgarischen Stadt Plowdiw als Sohn des bekannten Philosophie- und Ästhetikprofessors Isaak Passy geboren. 1979 vollendet er sein Studium der Mathematik an der Universität Sofia. 1985 promoviert er in mathematischer Logik und Informatik. Ende der 80er-Jahre wird er Teil der Dissidentenbewegung in dem ehemaligen kommunistischen Staat und setzt sich für die Rechte der türkischen Minderheit ein. 1991 gründet er die Nichtregierungsorganisation „Atlantischer Klub“, die sich als Ziel einen schnellen Beitritt Bulgariens in die euro-atlantischen Strukturen gesetzt hat. Im Zeitraum von 2001 bis 2005 ist Passy Außenminister in der liberalen Regierung unter dem ehemaligen bulgarischen Zaren Simeon Saksoburgotski.

Das All aufräumen! Diesmal will der bulgarische liberale Politiker Solomon Passy den Himmel stürmen. Der ehemalige Außenminister und frühere Vorsitzende der OSZE hat mit seinen Ideen häufig zunächst Skepsis geerntet. So etwa, als er nur ein Jahr nach der Wende zum ersten Mal das Nato-Hauptquartier in Brüssel besucht und sogleich den Wunsch vorträgt, Bulgarien möglichst schnell als Mitglied in die atlantische Allianz aufzunehmen. Im Jahr 1990 ist das ein verwegenes Ziel, denn zu diesem Zeitpunkt existiert noch der Warschauer Pakt, in dem Bulgarien seit Jahrzehnten als treuer Verbündeter Moskaus agiert.

Wenige Jahre später entwickelt Passy eine weitere exzentrische Idee: Papst Johannes Paul II. soll Bulgarien besuchen. Die Spur des nie restlos aufgeklärten Papst-Attentates von 1981 hat ausgerechnet in das kleine Land am Schwarzen Meer geführt. Ein Papstbesuch sollte den Verdacht gegen Bulgarien für immer aus der Welt schaffen. Johannes Paul II. besucht im Mai 2002 das Land, im Jahr 2004 wird Bulgarien Mitglied der Nato.

Danach führt Passy weitere harte Kämpfe. Wie zum Beispiel zur Einführung einheitlicher Stecker für Handy-Ladegeräte in der EU. Oder zum Bepflanzen von afghanischen Opium-Plantagen mit bulgarischen Rosen. Vor zwei Jahren hat Afghanistan auf der Inter-

nationalen Grünen Woche in Berlin erstmals sein aus bulgarischen Rosen produziertes Öl vorgestellt.

Bulgarien, die Europäische Union, Afghanistan - die Erde ist dem ehrgeizigen Doktor der Mathematik zu eng geworden. Nun will er Ordnung im Weltall schaffen. Skeptische Blicke erntet er wieder; aber daran hat sich der überzeugte Liberale gewöhnt. Warum der im Kommunismus Aufgewachsene diese politische Philosophie gewählt hat? „Liberalismus bedeutet Freiheit. Ich habe immer dafür gekämpft, frei zu sein. Ich mag keine politischen Dogmen. Als Liberaler kann ich mich immer weiterentwickeln und stets nach vorne gehen.“

Solomon Passys Büro befindet sich in einem der zahlreichen ultramodernen Neubauten in Sofia, die in den Jahren nach der Wende wie Pilze aus dem Boden schossen. Bei schönem Wetter kann man vom gläsernen Aufzug, der zu seinem Arbeitsraum führt, die Sterne im Winterhimmel sehen.

Bücher mit Titeln wie „Weltraumrecht“ und „Space-Almanac“ stapeln sich auf dem Schreibtisch von Passy. Er selbst steht vor seinem Laptop, tippt etwas und spricht zugleich am Telefon. „Ich arbeite immer im Stehen, das hat auch Hemingway gemacht. So kann ich mich optimal konzentrieren“, erklärt der Politiker. Er zeigt auf sein zuletzt erschienenes Buch, „Contemporary Issues for National and International Space Law“, das er zusammen mit der bulgarischen Rechtswissen- »



Langer Weg des Ostblocks in die Demokratie: Solomon Passy fährt Nato-Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer im Trabant durch Sofia.

schaftlerin Rada Popova und dem australischen Professor für Internationales Recht Steven Freeland geschrieben hat.

„Die Zukunft gehört denjenigen, die zu den Sternen schauen. Aber nicht der Romantik wegen, sondern aus purem Pragmatismus“, sagt der 57-jährige Visionär. „Wir müssen uns Gedanken machen, wie wir dieses Territorium beherrschen und beschützen können und welche rechtlichen Regularien wir dazu installieren müssen“, erklärt der Politiker überzeugt und läuft dabei energisch in seinem Arbeitszimmer hin und her.

Der Weltraum ist längst Teil unseres Alltags geworden, sogar wenn wir es gar nicht bemerken. Etwa 15 bis 20 Prozent der menschlichen Tätigkeiten laufen heute über den Kosmos: Das Telefonieren mit dem Handy, der Film im Fernsehen, das Surfen im Internet, das Navigationssystem im Auto. Mit jedem Klick empfangen wir Signale direkt aus dem Weltraum. „Seit etwa 50 Jahren versucht die internationale Gemeinschaft, Regeln einzuführen. Die Probleme werden aber immer dramatischer, insbesondere die Schwierigkeiten, die aus dem Weltraummüll resultieren“, mahnt Passy.

Denn seit dem Start von „Sputnik 1“ am 4. Oktober 1957 hinterlässt die Menschheit Unmengen von Abfall im All. Schätzungen zufolge ziehen schon mehr als 600.000 Müllteile, die größer als einen Zentimeter sind, ihre Bahn um unseren Planeten. „Wenn wir in diesem Tempo weitermachen, können wir in 20 Jahren keine neuen Satelliten mehr unbeschadet ins All schicken“, hat Passy errechnet. Und selbst wenn die Menschheit umgehend aufhört, Objekte ins All zu schießen, würde sich die Problematik zunächst weiter

verschlimmern. Denn die schon existierenden Trümmer kollidieren im Laufe der Zeit miteinander und erzeugen immer mehr Bruchstücke.

Wohin mit diesem ganzen Abfall? Solomon Passy mag alle diese Millionen Teile gar nicht Müll nennen. Denn es geht um teure Metalle und wertvolle Stoffe, die wiederverwertet werden können. Noch wichtiger ist, dass man sich Strategien überlegt, wie neuer Müll vermieden werden kann. Rein technologisch ist das noch zu kompliziert und zu teuer. Das Recht ist der einzige Mechanismus, dieses Problem zu lösen - mittels allgemeingültiger Regeln. Da es immer noch keine verpflichtenden internationalen Gesetze für den Betrieb von Satelliten gibt, kümmern sich viele Betreiber nicht um ihren Müll. Darum ist Passy überzeugt, dass sich die EU und die UN zusammenstun müssen, um gemeinsam eine rechtliche Basis zu schaffen.

Beim ersten Besuch in Brüssel ausgelacht

„Der Kosmos gehört der ganzen Menschheit genauso wie die Hohe See oder die Antarktis. Wir sollten unsere rechtlichen Regelungen für die gemeinsamen Territorien auf unserem Planeten auf den Weltraum übertragen“, fordert Passy, der die Antarktis als Teil einer bulgarischen wissenschaftlichen Mission bereist hat. Der Politiker ist überzeugt, dass er auch sein neues Projekt zum Erfolg führen wird. Für den Mathematiker war innovatives Denken stets selbstverständlich. Immerhin ist er der Sohn des bekanntesten Philosophen Bulgariens, Professor Isaak Passy. Der promovierte Solomon hat Mathematische Logik und Computer Science studiert.

„Der Kosmos gehört der ganzen Menschheit genauso wie die Hohe See oder die Antarktis.“



Eines von Passys großen Vorbildern ist der ehemalige Nato-Generalsekretär Manfred Wörner. „Er war ein großer Visionär“, sagt Passy. Und einer der wenigen, die den Liberalen bei seinem ersten Besuch in Brüssel im Jahr 1991 nicht auslachten. Wörner teilt seine Überzeugung, dass nur eine schnelle Mitgliedschaft der osteuropäischen Länder in der Atlantischen Allianz den Frieden in Europa sichern kann.

Noch im selben Jahr besucht Wörner Sofia, wo er statt in Panzerlimousinen in Passys Trabant durch die Gassen fährt. Damit machte er das DDR-Auto weltberühmt. Eine Runde mit dem Trabant durch Sofia zu machen sahen andere westliche Politiker fortan nahezu als Pflicht an: Wörners Nachfolger George Robertson und Jaap de Hoop Scheffer fahren mit dem Trabi, und 2002 segnet sogar Papst Johannes Paul II. das kleine Auto. 2005 schenkt Passy das Fahrzeug dem Nationalen Historischen Museum Bulgariens. „Es ist ein witziges Denkmal des langen Weges, den der ganze Ostblock zurücklegen musste, um in der westlichen Demokratie anzukommen“, sagt er.

Niemals lockergelassen

Als Passy sein Ziel erreicht hat, Bulgarien wieder zum Mitglied der europäischen Familie zu machen, ist ihm fortan kein politischer Erfolg mehr beschieden. Außenminister bleibt er bis 2005, sein Abgeordnetenmandat verliert er bei den Wahlen 2009. Im selben Jahr zieht Passy auch als Kandidat für das Amt des Nato-Generalsekretärs den Kürzeren. Seine Energie widmet er seitdem nicht mehr der Politik, sondern der technologischen Entwicklung.

Diese Richtung nimmt sein Leben eher zufällig. „Es war ein Frühlingsabend vor fünf Jahren. Ich war auf Dienstreise und wollte meine Ehefrau anrufen. Leider war das Akku meines Handys leer, und keiner meiner Kollegen hatte ein passendes Ladegerät dabei. Ich fragte mich: Wieso sind die Stecker nicht einheitlich?“, erinnert sich der ehemalige Minister.

Dieser Gedanke geht ihm nicht aus dem Kopf. Zu Hause schreibt er einen Brief an die Europäische Kommission und macht den Vorschlag, Ladegeräte künftig zu vereinheitlichen. „Das Universal-Ladegerät wird den Glauben der Völker an die Europäische Union wieder herstellen“, behauptete Passy in seinem Schreiben. Zu dieser Zeit sind mehr als 30 verschiedene Handynetze im Umlauf. Es geht aber nicht nur

darum, das Leben einfacher zu machen. In der EU werden damals geschätzte 400 Millionen Mobiltelefonen genutzt und jedes Jahr circa 185 Millionen neue Handys verkauft. Zu jedem neuen Handy gehört auch immer ein neues Netzteil, wodurch pro Jahr rund 50.000 Tonnen an Elektroschrott und CO₂ durch ausrangierte Ladegeräte anfallen. „Dieser Müll fällt in Zukunft weg. Darauf bin ich stolz“, sagt Passy und zeigt sein eigenes Universal-Ladegerät. Mehr hat er und braucht er nicht.

So einen Stecker könnte es eigentlich bereits seit vielen Jahren geben. Der Bulgare ist nicht der Erste, der darauf gekommen ist - aber er ist der Hartnäckigste. Die erste Antwort auf sein Anliegen kommt als knappe Absage: „Ein Gesetz wäre nur angemessen, wenn die Kräfte des Marktes nicht ausreichen.“ In diesem Fall benachteiligen aber die Kräfte des Marktes die Kunden, befindet Passy. Und schreibt weiter. Immer wieder.

„Meine guten Kontakte zu Günter Verheugen, damals Kommissar für Industrie und Unternehmenspolitik, haben sehr geholfen. Er las meine Briefe wenigstens“, sagt der Bulgare lachend. Verheugen und Passy kennen sich gut - immerhin war der Deutsche für die Osterweiterung zuständig. Dies ist nicht ihr erstes Duell. Und Verheugen weiß, Passy hat oft Erfolg, da er eine seltene Eigenschaft besitzt: Er lässt niemals locker. Zudem starten große Zeitungen in Europa im Herbst 2008 eine Kampagne gegen den Bürokratie-Wahnsinn in der EU. Verheugen muss handeln.

Der Kampf mit den Firmen erweist sich als schwieriger als vermutet. An jedem Detail wird gefeilt. Neun Organisationen und 14 Handyhersteller bekriegen sich monatelang. 2011 ist es dann so weit. Der neue Micro-USB-Einheitsstecker für Smartphones ist auf dem Markt. Inzwischen verfolgt der Bulgare zwei weitere Projekte: einheitliche Ladegeräte für alle Laptops und Notebooks und freien Zugang zu Wi-Fi für alle Bürger in der EU. Der Weg dahin ist schon bereitet. Jetzt muss nur noch das Weltall entrümpelt werden. ●



„Keiner meiner Kollegen hatte ein passendes Ladegerät dabei. Ich fragte mich: Wieso sind die Stecker nicht einheitlich?“



KAPKA TODOROVA ist Europa-Korrespondentin der bulgarischen Tageszeitung *24 Tschasa* und des *Bulgarischen Nationalradios*. Als sie bei der jüngsten Sitzung des Europarats in Brüssel mit leerem Handyakku dastand, hat sie begriffen, wie beruhigend es für die Nerven ist, sich überall ein Ladegerät leihen zu können. redaktion@libmag.de

Absturzgefahr

Deutschland scheint es gut zu gehen. Es gibt so viele Arbeitsplätze wie noch nie im wiedervereinigten Deutschland. So wenige Arbeitslose wie seit Jahrzehnten nicht. Und mit drei Prozent Wachstum im Jahr 2011 war Deutschland die Wirtschaftslokomotive in Westeuropa. Vielleicht geht es uns ja zu gut. Wir beschließen den Ausstieg aus der Nuklearenergie, ohne dass erkennbar wäre, wie rechtzeitig neue Leitungen für den Transport der Windenergie von Norden nach Süden gebaut werden können, oder, wo der nötige Neubau von modernen Kohlekraftwerken für unser Industrieland politisch durchzusetzen wäre. Eine bürgerliche Regierung beschließt eine Luftverkehrssteuer von einer Milliarde Euro, welche die deutschen Airlines mit fast 600 Millionen Euro belastet, während die rund 100 ausländischen Airlines den Rest tragen.

Ein solcher nationaler Sonderweg im Herzen der Globalisierung legt die Vermutung nahe, dass Wachstum im Luftverkehr in Deutschland politisch nicht mehr erwünscht ist. Alle politischen Lager sind inzwischen für Nachtflugverbote in Frankfurt oder Köln. Man wählt inzwischen Piraten, weil die so spannende Fragen stellen. Aber niemand gibt mehr eine klare Antwort darauf, wie der Wohlstand der Zukunft in Deutschland erwirtschaftet werden soll. Manche Debatte hierzulande nährt den Verdacht, dass Deutschland in eine Phase postmaterieller Sattheit eingetreten ist. Oder anders gesagt: Geht es dem Esel zu gut, läuft er aufs Eis.

Dabei macht die Globalisierung vor allem eins: Sie beschleunigt Veränderungen. Staaten, die gestern noch zur Dritten Welt gehörten, sind heute oft schon Schwellenländer und vielleicht morgen schon zur Ersten Welt zählend. Und umgekehrt gilt: Es gibt keine Wohlstandsgarantien in der Globalisierung. Wer sich auf den Erfolgen der Vergangenheit ausruht, den reicht der Wettbewerb nach hinten durch.

Wohl am schärfsten tobt der internationale Wettbewerb derzeit im Luftverkehr. Über das Know-how, wie eine Airline gut zu betreiben ist, verfügen die Länder der westlichen Hemisphäre längst nicht mehr exklusiv. Während Asien und der Nahe Osten erfolgreiche Fluglinien aufbauen, betrachtet Europa den Luftverkehr vorrangig als Lärmproblem und CO₂-Emittenten. Die Folgen sind spürbar: Kein Netzwerk-carrier in Europa arbeitet mehr profitabel. Nun könnte man sagen: Das ist Wettbewerb. Frei nach Schumpeters These der „kreativen Zerstörung“ bleiben die Besten im Markt übrig. So ist es ja, könnte man vergleichen, auch der Textilindustrie in Deutschland ergangen.

Aber in der Luftverkehrsbranche wirken gar nicht die Kräfte der Marktwirtschaft, hier würgt die Regulierung - genauer gesagt die Überregulierung: Die Flughäfen werden entweder wie in Berlin verspätet eröffnet oder wie in Frankfurt abends vorzeitig dichtge-

Der Regulierungswut seiner politischen Klasse wegen droht Deutschland zum Globalisierungsverlierer zu werden. Wie wir in Zukunft unseren Wohlstand erwirtschaften, scheint unsere von postmaterieller Sattheit geprägte Gesellschaft nicht zu interessieren. Wohin dieser Weg führen wird, zeigt sich symptomatisch in der Luftverkehrsbranche.



macht. Hinzu kommen nationale Sondersteuern (Luftverkehrsteuer), die höchsten Flugsicherungsgebühren und vieles andere mehr. Im Umgang mit dem Luftverkehr spiegelt sich so etwas wie eine mentale Standortfähigkeit: Haben wir den Anspruch, dass das weltweite Wachstum des Luftverkehrs auch bei uns stattfindet? Oder verzichten wir auf Infrastrukturmodernisierung und geben Regulierung den Vorrang vor internationaler Wettbewerbsfähigkeit?

Diese Fragen stellen sich nicht nur beim Luftverkehr. Es geht generell um die mentale Standortfähigkeit: Haben wir den Ehrgeiz, uns dem Wettbewerb zu stellen und vorne dabei zu sein? Oder ziehen wir uns angesichts tobender Protestgruppen zurück und überlassen das Wachstum in Zukunft anderen Regionen der Welt? Und die sogenannte Protestkultur findet immer neue Ziele: Bahnhöfe, Windräder, Gentechnik, Nanotechnologie und vieles andere mehr. Bürgerbeteiligung wird von einigen als Bürgerverweigerung missbraucht.

Wenn man die Debatten in Deutschland verfolgt, entsteht manchmal der Eindruck, dass jener politisch recht bekommt, der sich nach jahrelangen juristischen und demokratischen Entscheidungsprozessen spektakulär an den Baum kettet oder die Gleise blockiert. Es scheint, als erstickten die Bedenkenträger die Lust auf alles Neue. Als politische Folge dieser Geisteshaltung erwachsen ständig neue Vorschriften und Beschränkungen. Jene, die dabei als die politisch Sensiblen daherkommen, sind in Wirklichkeit die Unsozialen: Tausende Arbeitsplätze muss die deutsche Luftfahrt abbauen, weil der deutsche Standort völlig überreguliert ist.

Die deutschen Airlines wollen keine Subventionen erhalten, sondern nur ein ebensolches Bekenntnis zum Luftfahrtstandort, wie es in anderen großen Wirtschaftsnationen selbstverständlich ist. Wir brauchen keine staatlichen Schutzzäune, die uns vor den Herausforderungen der Globalisierung schützen. Wir brauchen eine mentale Standortfähigkeit, die nicht nur gegenüber den Belangen von Fluglärm betroffenen sensibel ist, sondern mindestens genauso interessiert am Erhalt von Arbeitsplätzen bei Airlines und Flughäfen. Kaum vorstellbar scheint es heute, dass es, als Air Berlin gegründet wurde, noch Diskussionen über die Faszination des Fliegens gab ...

Es geht beim Umgang mit deutschen Airlines um mehr als Lärmschutzfragen und Abgabenbelastung. Es geht darum, ob Deutschland noch in der Ersten Liga spielen will. Die deutschen Airlines wollen das. Von der Politik erwarten sie es. ●



JOACHIM HUNOLD hat eine bemerkenswerte Karriere hinter sich: vom Gepäckverlader am Flughafen Düsseldorf bis zum Chef von Air Berlin (bis 2011). Seine sehr politischen Editorials im Bordmagazin der Airline hatten unter vielen Fluggästen Kultstatus.
redaktion@libmag.de

liberal • Debatten zur Freiheit. Vierteljahresheft der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit
Reinhardtstraße 12, 10117 Berlin

Begründet von Karl-Hermann Flach und Hans Wolfgang Rubin

Herausgegeben von Dr. Wolfgang Gerhardt, Dr. Wolf-Dieter Zumpfort, Axel Hoffmann, Manfred Richter, Rolf Berndt, Dr. Irmgard Schwaetzer und Dr. Peter Röhlinger

Gesamtleitung: Kirstin Balke

Redaktion Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit: David Harnasch (Chefredakteur, v.i.S.d.P.), Boris Eichler (Chef vom Dienst)

Redaktion corps: Wilfried Lülsdorf (Chefredakteur), Mirko Hackmann (Redaktionsleitung), Axel vom Schemm

Autoren dieser Ausgabe: Frank Burger, Wolfgang Drechsler, Tanja Dücker, Konrad Fischer, Jan Fleischhauer, Jürgen Frölich, Peter Glaser, Florian Hartleb, Jan-Philipp Hein, Joachim Hunold, Oliver Jeges, Josef Joffe, Ralf Kalscheur, Necla Kelek, Katharina Lotter, Ellen Madeker, Michael Miersch, Stefan Ruppert, Sascha Tamm, Kapka Todorova, Christian Ulmen und Ingo Way

Art-Direktion: Ernst Merheim (corps)

Bildredaktion: Achim Meissner (corps)

Titelbild: Marcus Hoehn/laif

Gesamtherstellung:

corps. Corporate Publishing Services GmbH,
ein Unternehmen der Verlagsgruppe Handelsblatt
Kasernenstraße 69, 40213 Düsseldorf
Tel. 0211/5 42 27-700, Fax 0211/5 42 27-722
www.corps-verlag.de

Verlagsgeschäftsführung:

Holger Löwe, Wilfried Lülsdorf

Objektleitung: Christiane Reiners

Anzeigenleitung: Ralf Zawatzky, Tel. 0211/5 42 27-662,
ralf.zawatzky@corps-verlag.de

Anzeigenmarketing: Georgios Giavanoglou, Tel. 0211/5 42 27-663,
georgios.giavanoglou@corps-verlag.de

Anzeigendisposition: Tatjana Kampermann, Tel. 0211/5 42 27-671,
tatjana.kampermann@corps-verlag.de

Litho: TiMe GmbH

Druck:

Buersche Druck- und Medien GmbH
Gabelsbergerstraße 4, 46238 Bottrop

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung von Herausgeber und Redaktion wieder.

Vertrieb: DPV Network GmbH www.dpv.de

Bezugsbedingungen: Erscheinungsweise vierteljährlich; Abonnementpreis jährlich 28 Euro (Inlandspreis inklusive Gratis-App, zzgl. 10 Euro Porto und Verpackung); Preis des Einzelheftes 7,90 Euro (Inlandspreis, zzgl. 2,50 Euro Porto und Verpackung). Jeweils inklusive Porto und Verpackung; Kündigungsfrist: spätestens vier Wochen vor Ablauf eines Bezugsjahres.

Die Abonnementrechnung ist jeweils am Ende des ersten Quartals zur Zahlung fällig. Die nächste Ausgabe erscheint im Juni 2013.

Kontakt: leserbriefe@libmag.de; abo@libmag.de, redaktion@libmag.de

liberal im Abonnement: siehe Seite 45



Der Papandreou-Clan: Georgios Papandreou (Pasok) war ebenso griechischer Ministerpräsident wie sein Sohn Andreas und sein Enkel Giorgos Andrea.

Orgien der Illegalität

Griechenland hat viele Probleme. Neben den hohen Staatsschulden vor allem die Korruption. Das ist kein spezifisch griechisches Problem. Dennoch wird eine Sanierung des Landes nur gelingen, wenn der Staat die Korruption in den Griff bekommt und aus dem Alltag der Griechen verdrängen kann. // TEXT // **ELLEN MADEKER**

Über die Schuldenkrise wissen wir alle Bescheid. Aber Griechenland steckt auch in einer Wertekrise. Das Land verfügt über die richtigen Gesetze, aber es tut fast nichts, um diese durchzusetzen.“ Das sagt Costas Bakouris, der griechische Vorsitzende von Transparency International (TI). Er findet deutliche Worte: Regierung, Privatwirtschaft und Verwaltung seien gleichermaßen Teil des Systems. So gebe es zahllose Vorschriften im griechischen Recht, die Korruption stillschweigend duldeten und damit begünstigten. Ohne Genehmigung gebaute Häuser könnten im Nachhinein legalisiert werden und selbst jetzt noch, inmitten der Schuldenkrise, hätten viele Ministerien Geheimkonten, die sich der Kontrolle von außen entzogen.

Brandbrief an die Kanzlerin

Petros Markaris, in Deutschland vielerorts bekannt als Krimiautor und Schöpfer des Kommissars Kostas Charitos, prangert eine mitgliederstarke „Partei der Profiteure“ an, die vom Klientelsystem der letzten Jahrzehnte profitiert habe. Dazu gehörten vorneweg die Baufirmen, aber auch Unternehmen, die staatliche Organisationen belieferten - etwa jene, die öffentliche Krankenhäuser mit Pharmaprodukten und Geräten versorgen. Profiteure und Steuerhinterzieher, so Markaris, spürten die Krise kaum: „Noch bevor sie über uns hereinbrach, hatten sie ihre Bankkonten schon ins Ausland verlegt.“ Das System geht zulasten der kleinen Leute. Dabei geht die schwellende Mehrheit der Griechen - Markaris nennt sie die „Partei der Redlichen“ - völlig normal ihrer Arbeit nach. Markaris: „Sie widerlegen die in Europa verbreitete Ansicht, die Griechen seien bequem und scheut die Arbeit. Sie alle arbeiten hart und zahlen regelmäßig ihre Steuern.“

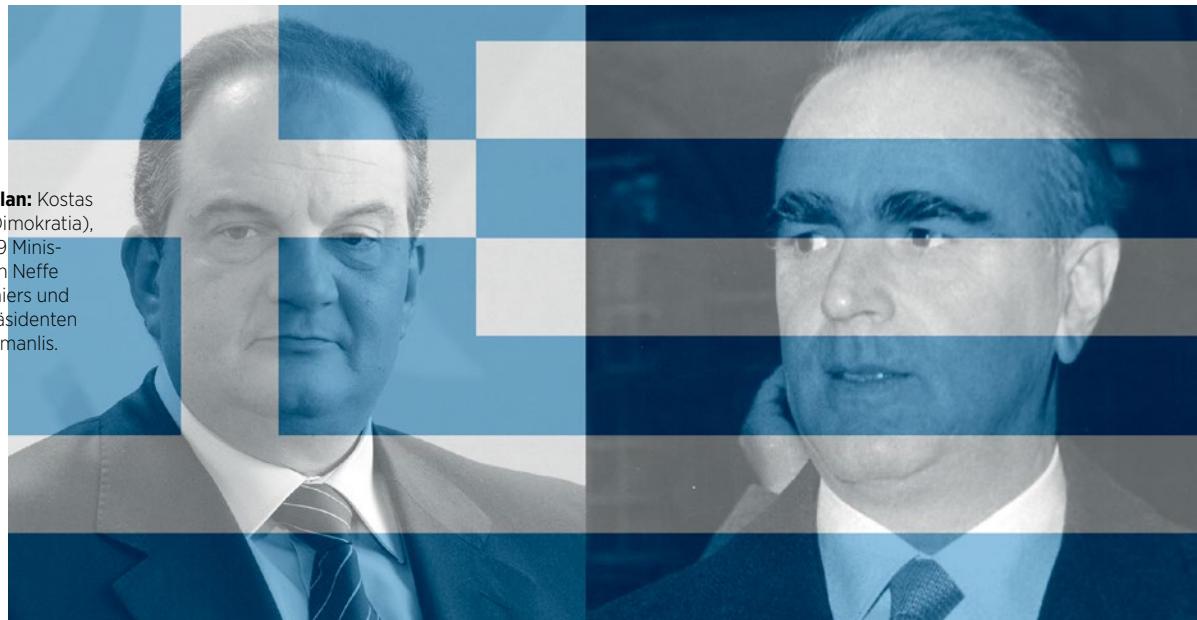
Seit Kurzem schließen sich nun diese Bürger in unterschiedlichen Gruppierungen zusammen, um dem System die Stirn zu bieten. Eine davon ist die 2012 neu gegründete Gruppierung „Dimiourgia Xana!“ (sinngemäß: „Lasst uns wieder schöpferisch sein!“). Dimiourgia Xana! ist eine proeuropäische Vereinigung. Für sie ist der Kampf gegen Korruption eine Frage der Ehre. Nach eigener Auskunft vereint sie „anständige Griechen, die nie politisch aktiv waren und daran glauben, dass man Erfolg nur mit harter Arbeit erreichen kann.“

Gründer der neuen Bürgerbewegung ist Thanos Tsimeros, der einer breiten Öffentlichkeit als Autor eines offenen Briefs an Bundeskanzlerin Merkel bekannt wurde. Darin stellt er die Korruption und Kriminalität in Griechenland als Kern des griechischen Übels heraus: „Wer sich niemals in einer griechischen Behörde befunden hat, um eine einfache Bestätigung zu erhalten, kann sich das Ausmaß der Korruption und die Absurdität dieses kafkaesken Mechanismus nicht vorstellen“, sagt er. Tsimeros forderte die Kanzlerin auf, „keinen Euro“ mehr an die Griechen zu zahlen, sofern diese nicht zusagten, Privilegien und „unglaubliche Gehälter“ für Parteifreunde abzuschaffen. Dimiourgia Xana! will bekannt machen, dass es auch ein „anderes“

Korruptionsranking

In keinem Land Europas ist die Korruption nach Einschätzung von Transparency International so verbreitet wie in Griechenland. Mit nur 36 von 100 möglichen Punkten bildet das Land laut Korruptionsindex 2012 das Schlusslicht in Europa.

LAND	CPI 2012 PUNKTE	LAND	CPI 2012 PUNKTE
1 Dänemark	90	51 Georgien	52
1 Finnland	90	51 Seychellen	52
1 Neuseeland	90	53 Bahrain	51
4 Schweden	88	54 Tschechische Republik	49
5 Singapur	87	54 Lettland	49
6 Schweiz	86	54 Malaysia	49
7 Australien	85	54 Türkei	49
7 Norwegen	85	58 Kuba	48
9 Kanada	84	58 Jordanien	48
9 Niederlande	84	58 Namibia	48
11 Island	82	61 Oman	47
12 Luxemburg	80	62 Kroatien	46
13 Deutschland	79	62 Slowenien	46
14 Hongkong	77	64 Ghana	45
15 Barbados	76	64 Lesotho	45
16 Belgien	75	66 Kuwait	44
17 Japan	74	66 Rumänien	44
17 Großbritannien	74	66 Saudi-Arabien	44
19 USA	73	69 Brasilien	43
20 Chile	72	69 Mazedonien	43
20 Uruguay	72	69 Südafrika	43
22 Bahamas	71	72 Bosnien und Herzegowina	42
22 Frankreich	71	72 Italien	42
22 Saint Lucia	71	72 São Tomé und Príncipe	42
25 Österreich	69	75 Bulgarien	41
25 Irland	69	75 Libyen	41
27 Katar	68	75 Montenegro	41
27 Ver. Arabische Emirate	68	75 Tunesien	41
29 Zypern	66	79 Sri Lanka	40
30 Botswana	65	80 China	39
30 Spanien	65	80 Serbien	39
32 Estland	64	80 Trinidad und Tobago	39
33 Bhutan	63	83 Burkina Faso	38
33 Portugal	63	83 El Salvador	38
33 Puerto Rico	63	83 Jamaika	38
36 St. Vincent + Grenadinen	61	83 Panama	38
37 Slowenien	61	83 Peru	38
37 Taiwan	61	88 Malawi	37
39 Kapverdische Inseln	60	88 Marokko	37
39 Israel	60	88 Suriname	37
41 Dominikanische Republik	58	88 Swasiland	37
41 Polen	58	88 Thailand	37
43 Malta	57	88 Sambia	37
43 Mauritius	57	94 Benin	36
45 Südkorea	56	94 Kolumbien	36
46 Brunei	55	94 Dschibuti	36
46 Ungarn	55	94 GRIECHENLAND	36
48 Costa Rica	54	94 Indien	36
48 Litauen	54	94 Moldawien	36
50 Ruanda	53	94 Mongolei	36
		94 Senegal	36



Der Karamanlis-Clan: Kostas Karamanlis (Nea Dimokratia), von 2004 bis 2009 Ministerpräsident, ist ein Neffe des früheren Premiers und späteren Staatspräsidenten Konstantinos Karamanlis.

Griechenland gibt, das von Europa nicht nur Geld verlangt und über die als Gegenleistung verlangten Reformen schimpft, sondern das diese Reformen aus wohlverstandenem Eigeninteresse unterstützt.

Familienclans und „Vitamin B“

Was ist Korruption? Robert Klitgaard gilt als der weltweit führende Experte auf diesem Gebiet. Der Ökonom bringt das Phänomen auf eine einfache Formel: Korruption = Monopolstellung + Verschwiegenheit - Verantwortung. Korruption entsteht, wenn Entscheidungsträger exklusiv über Macht verfügen, dabei im Verborgenen tätig sind und voraussichtlich nicht zur Rechenschaft gezogen werden.

Füllen wir Klitgaards Gleichung mit Blick auf Griechenland mit Leben: Seit Jahrzehnten gibt es dort ein Netz von Entscheidungsträgern, die eng miteinander verwoben sind und die Geschicke des Landes von oberster Stelle lenken (Monopol). Gemeint sind die starken Familienclans, eine Art Staat im Staate. So ist der Name Papandreu auf das Engste verbunden mit der sozialistischen Partei Pasok. Giorgos Andrea Papandreu, der noch bis November 2011 griechischer Ministerpräsident war, ist Enkel von Georgios Papandreu und Sohn von Andreas Papandreu. Sein Vater und Großvater waren ebenfalls griechische Ministerpräsidenten. Der Karamanlis-Clan hat vergleichbare Verbindungen: der Vorgänger Papandreous, Kostas Karamanlis (Nea Dimokratia), der von 2004 bis 2009 Ministerpräsident war, ist ein Neffe des früheren Premiers und späteren Staatspräsidenten Konstantinos Karamanlis. Was die Familienclans im Großen betreiben, findet sich spiegelbildlich auf allen Ebenen der Gesellschaft.

Wer in der griechischen Politik oder Wirtschaft etwas werden will, ist auf „Vitamin B“ angewiesen. Und da es an einer gut funktio-

nierenden und transparenten Bürokratie fehlt, bleiben viele Transaktionen im Verborgenen (Verschwiegenheit). Thanos Tzimeros beschreibt in seinem Brief an Angela Merkel eindrucksvoll, wie er die griechische Bürokratie erlebt. Er spricht von „Orgien der Illegalität“, von „Gesetzeswirrwarr“ und „labyrinthischer Bürokratie“, in der die Beamten von den Bürgern Schmiergelder einzig und allein dafür verlangten, „dass sie ihre Arbeit tun“. Und sie tun es, ohne Konsequenzen zu befürchten. Dies ist nicht verwunderlich in Abwesenheit starker staatlicher Strukturen, also einer gut funktionierenden Polizei respektive Steuerfahndung und eines verlässlichen Justizsystems (Verantwortung).

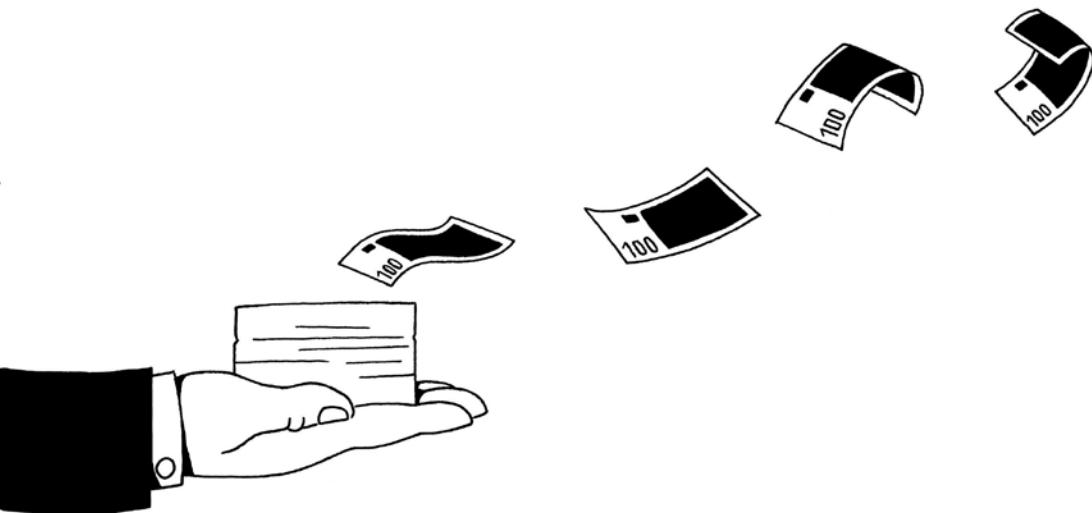
Deshalb braucht Griechenland dringend transparente und nachvollziehbare Verwaltungsverfahren sowie verlässliche Sanktionen für Rechtsverstöße. Dafür kämpfen liberale Parteien in Griechenland, aber auch die Europäische Union fühlt sich verantwortlich: Die EU-Kommission hat eine Taskforce eingesetzt, die den griechischen Verwaltungsapparat transparenter und effizienter machen soll. Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit nimmt sich im Rahmen ihres neuen Engagements in Griechenland ebenfalls dieser Aufgabe an. Sie will die liberalen Kräfte Griechenlands, die für mehr Eigenverantwortung und ein Ende der Klientelpolitik eintreten, nachhaltig stärken. ●



ELLEN MADEKER ist Vorsitzende der Auslandsgruppe Europa der FDP und arbeitet in Brüssel. Die Europäologin hat 2007 die internationale Sommerakademie für griechische Sprache und Geschichte in Thessaloniki besucht und beschäftigt sich seither mit Griechenland.
ellen.madeker@fdp-europa.eu

IN JEDER AUSGABE VON LIBERAL BELEUCHTEN WIR GEMEINSAM MIT DEM BUND DER STEUERZAHLER DEN UMGANG MIT UNSEREN STEUERGELDERN. THEMA DIESMAL:

B R A N N T W E I N M O N O P O L



Branntweinmonopol - das ist der Tarnbegriff für eine absurde Subvention zulasten der Steuerzahler. Wenn etwas unrentabel ist, hilft die Politik schnell mit Subventionen. So auch beim Streuobst. „Erhalt von Streuobstwiesen“, „Biodiversität“ und „Existenzsicherung für landwirtschaftliche Kleinbetriebe“ lauten die Schlagworte zur Rechtfertigung von Milliardenzuschüssen. Dafür zuständig ist die Bundesmonopolverwaltung für Branntwein (BfB). Über die BfB profitieren rund 15.000 Obstbrennereien und noch viel mehr Streuobstproduzenten vom sogenannten Branntweinmonopol.

Konkret funktioniert das so: Von den Streuobstwiesen kommt das Obst für die Obstbrennereien. Die produzieren daraus Rohalkohol. Der ist zwar für den freien Markt

viel zu teuer, doch die BfB zahlt den überhöhten Preis. Sie reinigt den Rohalkohol und verkauft ihn anschließend zum viel niedrigeren Marktpreis an Lebens- und Arzneimittelhersteller. Die Verluste aus diesem Geschäft, also die Differenz aus dem Einkaufs- und dem Verkaufspreis der BfB, trägt seit Jahrzehnten der deutsche Steuerzahler. Rund 80 Millionen Euro sind es derzeit pro Jahr, wobei der Alkohol aus Obst nur einen Teil ausmacht. Für Getreide- und Kartoffelproduzenten ist der Weg über die BfB ebenfalls lukrativ.

Schlecht für die Steuerzahler. Aber es gibt zwei gute Nachrichten. Erstens ist mit dieser Subventionierung Ende 2017 endgültig Schluss. Und zweitens finden engagierte Bauern und Naturschützer neue Wege, um Streuobst sinnvoll zu nutzen - auch ohne Subventionen.

Streuobst ist und bleibt zwar teurer als konventionelles Obst, das chemisch unterstützt in leicht abzuerntenden Plantagen wächst. Aber mit einer sogenannten „Aufpreis-Vermarktung“ gelingt es zunehmend, diesen Kostennachteil auszugleichen. Die Flasche Saft aus Streuobst kostet dann zwar bis zu 15 Cent mehr als üblich. Doch viele Verbraucher sind inzwischen bereit, für diese Form von „Fairtrade“ freiwillig zu zahlen und so frischen, regionalen Saft zu genießen. Für die Bauern wird dadurch die Saftproduktion wieder rentabel. Anbieter und Konsumenten sind zufrieden. Der Markt dominiert - sehr zum Wohle auch für die Steuerzahler. Sie werden auf diese Weise nicht wie beim Branntweinmonopol im Namen des Streuobstes zur Kasse gebeten. ●

Kontakt: info@steuerzahler.de

Beim Barte des Propheten

Bei der Streitschlichtung in der Moschee geht es angeblich nur um Familienangelegenheiten. Aber es gibt Belege dafür, dass sich sogenannte „Friedensrichter“ in Strafsachen einmischen und darum kümmern, dass den Ehrvorstellungen muslimischer Männer Genüge getan wird. Der dramatischen Folgen einer solchen Schattenjustiz scheint sich der deutsche Rechtsstaat nicht bewusst zu sein. // TEXT // NECLA KELEK

Vor etwa zehn Jahren traf ich zum ersten Mal einen Wali, einen „Friedensrichter“. Er war Kurde, 37 Jahre alt, trug einen Bart und hatte das Haar sorgfältig nach hinten gekämmt. Wir trafen uns in der Justizvollzugsanstalt Hamburg-Fuhlsbüttel. Mehmet (nicht sein wirklicher Name) saß dort seit vier Jahren ein und war bereit, mit mir über sein Leben zu sprechen. Die Anstaltspsychologin hatte ihn mir empfohlen, weil er im Gefängnis erfolgreich als Streitschlichter fungierte. Er erzählte mir, wie es dazu gekommen war. Sein Vater war in Ostanatolien der Aga, der Dorfälteste, und in ständigem Streit mit dem türkischen Staat und den Clans der Nachbardörfer. Bei einem Streit um Land wurde sein ältester Bruder erschossen. Das war der Beginn einer Blutfehde. Die kurdischen Clans glauben, nach ihren Stammesgesetzen ihr „Recht“ auf Rache ausüben zu können.

Die Agas gehen davon aus, mit Gottes Einverständnis und nach den Regeln des Korans zu leben. Und das gibt ihnen - so meinen und handeln sie - das Recht auf Rache. Zur Konfliktlösung gibt es den „Schlichter“, ebenfalls einer der Agas. Nach der Scharia gehört die Tötung eines Menschen nicht zu den Kapitalverbrechen, nicht einmal der vorsätzliche Mord, weil hier nicht Gottes Recht, sondern nur menschliches Recht verletzt wurde. Den Ehebruch zählt man hingegen zu den sogenannten Hadd-Vergehen - er ist ein nicht zu verzeihendes Verbrechen, weil dabei eine „Grenze“, Gottes Recht, verletzt wird. Die „Ehre“ des Mannes wird beschmutzt, wenn die Frau sich falsch verhält. Sie selbst hat keine Ehre. Ihr unsittliches Verhalten ist unverzeihlich. Anders steht es mit

Mord. Er ist ein Qisas-Vergehen und gehört zu den Verbrechen mit „Wiedervergeltung“. Im Koran (Sure 2, 178) steht dazu: „O ihr Gläubigen! Euch ist Wiedervergeltung für die Getöteten vorgeschrieben: Der Freie für den Freien, der Sklave für den Sklaven, und die Frau für die Frau!“ Und Sure 17, Vers 33, sagt: „Und tötet niemand, den (zu töten) Gott verboten hat, außer wenn ihr dazu berechtigt seid! Wenn einer zu Unrecht getötet wird, geben wir seinem nächsten Verwandten Vollmacht zur Rache. Er soll aber dann im Töten nicht maßlos sein (und sich mit der bloßen Vergeltung begnügen). Ihm wird ja geholfen.“ Auch in Mehmeds Geschichte:

„Nach genau einem Jahr, es war ein glühend heißer Sommertag, kam nach langen Verhandlungen mit den ‚Schlichtern‘ eine Gruppe von Reitern. Sie setzten zwei junge Männer auf Stühle und zogen ihnen Leinentücher über den Kopf. Auf ihren Schoß legte man Kernseife, Handschuhe und Handtücher - alles, was man für eine Leichenwäsche braucht. Dann wurde mein Vater gerufen. ‚Hier, das ist unser Geschenk an dich‘, sagten die Fremden. ‚Du kannst den beiden das Leben nehmen, so wie wir das Leben deines Sohnes genommen haben.‘ Es waren die Brüder des Mörders, und mein Vater sollte entscheiden, ob er sie umbringen wollte oder nicht. Aber ein Gast ist nach unserer Tradition unantastbar, also befreite mein Vater die beiden vom Leinentuch und legte ihnen die Hand auf den Kopf - das Zeichen der Versöhnung. Er verzichtete auf die anderen Familie und schloss Frieden.“

Mehmet war stolz auf dieses Verfahren, denn so wurde weiteres Blutvergießen verhindert.

Mir kam diese Geschichte, die ja am Ende des 20. Jahrhunderts stattfand, trotz meiner Kenntnisse der archaischen Stammesgesellschaften äußerst bizarr vor. Aber ich sollte dazulernen. Denn nicht nur Mehmet war nach Deutschland gekommen. Mit ihm und seinen Landsleuten kamen auch deren Traditionen von Ehre und Schande, Ansehen und



Zur Konfliktlösung gibt es den „Schlichter“, auch „Friedensrichter“ genannt. **Hassan Allouche** aus Berlin ist einer von ihnen.

Respekt, die Clanstrukturen, die Hierarchie der Älteren, die Behandlung der Frau als Besitz.

Als 2005 die junge Berlinerin Hatun Sürütü von einem ihrer Brüder erschossen wurde, weil sie nach seiner Auffassung die „Ehre der Familie“ beschmutzt hatte, wurde erstmals die Öffentlichkeit auf diese Form der Selbstjustiz aufmerksam. Die Familie verteidigte mit allen Mitteln - auch Mord - ihre kurdisch-islamische Tradition mitten in Deutschland.

In dem Prozess war eines bemerkenswert: Auf der Zuschauerbank saß ein von der Familie Sürütü engagierter Wali, ein in der muslimischen Community Berlins bekannter arabischer „Friedensrichter“. Zu meiner Verwunderung hatte er die Prozessakten unter dem Arm und schien bereits vorher zu wissen, wer wie oder gar nicht aussagen würde. Er organisierte auch die Presseauftritte für die Familie, als würde sie wie in Ostanatolien über einen Vermittler mit der Öffentlichkeit verhandeln wollen.

Das Wirken von „Schlichtern“ oder „Friedensrichtern“ in den muslimischen Communitys von Kurden und arabischen Migranten wurde wie viele andere Realitäten von der Justiz und der Politik lange ignoriert und von den Islam- und Türkenverbänden geleugnet. Und auch heute noch sieht man keinen Zusammenhang zwischen den sogenannten „Ehrverbrechen“ und der schariakonformen Konfliktshaltung.

Erst als Joachim Wagner seinen profunden Bericht über die islamische Paralleljustiz „Richter ohne Gesetz“ veröffentlichte und in der Folge in den Medien Beispiele und handelnde Personen auftraten, tat man plötzlich überrascht, begann aber gleichzeitig zu relativieren. „Friedensrichter“ oder „Schlichter“ seien so etwas wie Mediatoren, die der Justiz die Arbeit abnehmen und zum gesellschaftlichen Frieden beitragen, meinte man.

Da sich die Fälle von Ehrverbrechen und auch der Paralleljustiz vorwiegend im islamischen Kulturkreis abspielen - die Täter bei Ehrverbrechen wurden zu über 90 Prozent als Muslime identifiziert - und „Friedensrichter“ nur in diesen Communitys wirken, liegt die Vermutung nahe, dass diese Praxis eng mit dem Islam in Zusammenhang steht. Das erklärt das Phänomen aber nicht ausreichend.

Die Tradition der Blutrache, des Ehrenmords und der Konfliktshaltung durch „Friedensrichter“ röhrt aus vorislamischen Zeiten. Die islamische Rechtsauffassung hat die vorhandenen Traditionen der Stämme adaptiert und in die Scharia integriert. So lassen sich heutige archaische Vorstellungen nicht mehr dahingehend unterscheiden, ob sie originär der Religion oder der Zivilisation zuzurechnen sind. Sie gehören zum tribalen Teil der Kultur des Islam. Was in Malatya als islamisch begründete Tradition gilt, ist vielleicht in Ankara bereits Geschichte. Und so bieten sich auch in einigen Moscheen in Deutschland Imame als Streitschlichter an, während andere dies als Eingriff in staatliche Hoheitsrechte ablehnen. Auf Nachfrage geht es bei der Streitschlichtung in der Moschee angeblich nur um Familienangelegenheiten.

Wir haben es in diesen Fällen mit einer parallel- oder gegengesellschaftlichen Entwicklung zu tun. Alle Beteiligten gehen davon aus, dass Konflikte in den muslimischen Familien und zwischen Glaubensbrüdern oder Stammesangehörigen die deutsche Gesellschaft und Justiz nichts angehen. Sie sagen recht offen, dass sie ihre eigenen Gesetze haben und danach leben. Sie begründen dies mit Tradition oder dem Koran, der für sie selbstredend über allen von (ungläubigen) Menschen gemachten Gesetzen steht. Deshalb werden nicht



Und tötet
niemand, den
(zu töten) Gott
verboten hat,
außer wenn
ihr dazu
berechtigt seid!

—
Sure 17, Vers 33

nur harmlose Fälle wie Streitigkeiten bei einem Autokauf geregelt, sondern es wird sogar versucht, die Verfolgung von Straftaten zu verhindern. Es geht bei der Schlichtung nicht um Sühne, es geht - plakativ gesagt - um Blutgeld statt Blutrache, um außergerichtlichen Interessenausgleich auf der Basis muslimischer Rechtsvorstellungen.

Dass dabei erhebliche Summen gezahlt werden, um zum Beispiel einen Messerstich oder Überfall zu entgelten, davon gehen alle Kenner aus. Joachim Wagner führt eine Reihe von Beispielen an, in denen „Friedensrichter“ massiv Zeugen beeinflusst oder den Zwang zur Ehe durchgesetzt haben. Täter setzen Opfer über diese „Schlichter“ massiv unter Druck, zahlen Geld, damit Anzeigen oder Aussagen vor Gericht zurückgenommen werden oder in Hochzeiten eingewilligt wird. Es ist in bestimmten Kiezen ein nicht nur kriminelle Kreise umfassendes, organisiertes Schattenrecht entstanden, dessentwegen die Strafverfolgungsbehörden nicht mehr Herren der Verfahren sind.

Auch deutsche Anwälte agieren nicht nur als Verteidiger im Rahmen der Strafprozessordnung, sondern geben sich in Einzelfällen dazu her, Vorteile dieser Paralleljustiz für ihre Mandanten zu nutzen - selbst wenn dies eine Strafvereitelung darstellt. Die dramatischen Folgen dieser Schattenjustiz scheinen in der Politik noch nicht angekommen zu sein, die politische Diskussion dreht sich nicht um die Durchsetzung des einen Rechtssystems, sondern um seine Öffnung:

Im Februar 2012 hat der rheinland-pfälzische Justizminister Jochen Hartloff (SPD) darüber nachgedacht, ob in Deutschland nicht eine Schiedsgerichtsbarkeit auf der Basis der muslimischen Rechtsvorstellungen denkbar sei. Und die FDP-Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger forderte 2011 in der FAZ: „Statt Angstdebatte brauchen wir eine vorurteilsfreie Diskussion über die Religionen und ihre Rechte.“

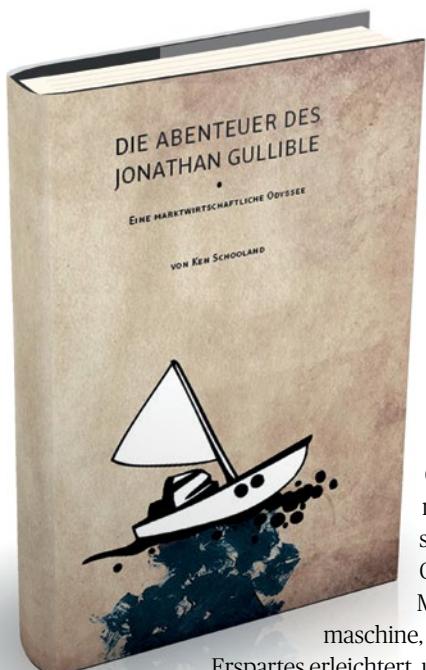
Ich frage mich, ob nach der Änderung des Personenstandsrechts im Januar 2009, der zufolge eine Imam-Ehe zwar nicht zivilrechtlich gültig, aber auch nicht mehr strafbar ist, der islamischen Rechtsauffassung noch weiter die Tür geöffnet werden soll. Die Imam-Ehe hat den Spalt für die Polygamie und die Zwangsheirat wieder geöffnet, der vorher durch das Gesetz gegen Zwangsheirat geschlossen worden war. Und wer mit dem Postulat „jeder Religion die gleiche Chance“ argumentiert und in der Güterabwägung dem säkularen Staat in der Argumentation gar keine Rolle mehr einräumt, relativiert das Recht.

Wenn „dem religiösen Leben“, also der Scharia, faktisch rechtliche Geltung zugeschrieben werden soll, dann wird es schwierig, sich gegen die Selbstjustiz zu wehren, auch wenn die Gültigkeit des Grundgesetzes gebetsmühlenhaft betont wird. Es gilt dann eben in der Praxis nicht mehr. Wenn die Justizministerin den Eindruck vermittelt, Grundgesetz und Scharia seien nur unterschiedliche Möglichkeiten, Recht zu sprechen, dann ist das nicht nur irritierend, sondern es erwächst daraus auch ein Argumentationsproblem gegenüber den sich nach ihren religiösen Gesetzen richtenden „Friedensrichtern“. Sie sind dann nicht mehr illegal, sondern nur anders. Wenn diese Praxis nun auch noch in den inzwischen über 3.000 Moscheen des Landes Schule machen würde, könnte der Rechtsstaat von unten aufweichen und es könnten Bereiche entstehen, die außerhalb des legitimierten Rechts stehen. Bei aller Toleranz gegenüber Religionen und ihren Befindlichkeiten kann es nicht angehen, dass in unserem Land zweierlei Recht akzeptiert wird. ●



NECLA KELEK kam 1957 im Alter von zehn Jahren nach Deutschland. Von 2005 bis 2009 war sie ständiges Mitglied der Deutschen Islam Konferenz. Die in Berlin lebende Publizistin wurde vielfach ausgezeichnet, zuletzt erhielt sie 2010 den Freiheitspreis der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit.
redaktion@libmag.de

Die Abenteuer des Jonathan Gullible – jetzt als Buch und Hörbuch in deutscher Sprache



Tyrannie der Traummaschine

Der junge Jonathan Gullible wird mit seinem Segelboot von einem schweren Sturm an das Ufer einer fremden Insel gespült. Zunächst überwältigt von der Schönheit der Insel, muss er rasch feststellen, dass seine Begegnungen mit den seltsamen Bewohnern und ihren befremdlichen Angewohnheiten ein aufregendes und nicht ganz ungefährliches Abenteuer sind. Holzfäller bringen Bäume mit Knüppeln zum Umstürzen, Menschen laufen auf den Knien durch die Straßen und im Zoo sitzen Menschen vis-à-vis von wilden Tieren hinter Gittern. Nagelneue Häuser stehen leer, obwohl Wohnungsmangel herrscht, Friseuren droht fürs Haarschneiden die Todesstrafe und Familien liefern ihre Großeltern gegen eine Prämie bei der Behörde ab. Die Menschen glauben an die Zauberkraft einer Traummaschine, kaufen begeistert Tickets für eine Show, die sie um ihr

Erspartes erleichtert, und lassen ein Orakel für sie denken. Der freundliche Junge stößt auf Misstrauen und Ablehnung, Ahnungslosigkeit, Furcht und Resignation. Courage und Eigeninitiative sind dagegen bei den Menschen rar. Nur sehr schwer gelingt es ihm, auf der Insel Fuß zu fassen und Freunde zu finden. Erst mit der Zeit bemerkt Jonathan, dass nicht die Menschen auf der Insel sonderbar sind, sondern die Gesetze und Kontrollen des dort herrschenden Hohen Rates. Die haben tiefe Spuren bei den Inselbewohnern hinterlassen und machen vielen das Leben zur Hölle. Als es ihm doch noch gelingt, die Insel in Richtung Heimat zu verlassen, hat er begriffen, wie wichtig Freiheit und Eigenverantwortung für die Freude am Leben sind.

Ken Schoollands in viele Sprachen übersetzte Erzählung der Abenteuer des Jonathan Gullible liegt jetzt, mehr als 15 Jahre nach ihrer deutschen Erstveröffentlichung, in einer neu überarbeiteten und erweiterten Fassung vor. Desillusioniert von den erfolglosen Versuchen seiner Kollegen, ökonomisches Grundlagenwissen mit realitätsfernen theoretischen Modellen zu vermitteln, hat der Wirtschaftsprofessor an der Universität von Hawaii seine Sichtweise der politischen Ökonomie des Kontroll- und Fürsorgestaates mit einer fesselnden Abenteuergeschichte verwoben. Dadurch gelingt es ihm, die für den praktischen Alltag so enorm wichtigen Zusammenhänge von Wirtschaft und Politik sehr lebensnah darzustellen und einem großen Leserkreis nahezubringen. Neben dem Buch in gedruckter und elektronischer Fassung hat das Liberale Institut der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit auch eine Hörbuchfassung produziert. **STEFFEN HENTRICH**

Das Buch und/oder das Hörbuch (CD-ROM mit mp3-Dateien) können Sie unter diesen Adressen kostenfrei bestellen:

**www.gullible.freiheit.org,
steffen.hentrich@freiheit.org**

oder per Post über das
Liberale Institut
Reinhardtstr. 12, 10117 Berlin



“

Jetzt kommt 'Running Up That Hill', habt ihr euch gewünscht, spricht Anja Lerch ins Mikrofon und schaut ein bisschen besorgt zur Leinwand, auf die der Text des Songs projiziert wird. Das Publikum im Saal nimmt eine aufrechte Sitzposition ein, Brillen werden zurechtgerückt, Gläser abgestellt. In der Luft liegt die Ahnung, dass in wenigen Momenten 250 ungeübte Sänger ernsthaft den Versuch unternehmen werden, das schwierige Lied wie Kate Bush zu interpretieren. Ein aussichtsloses Unterfangen bahnt sich an, ein „uphill battle against the sun“, sozusagen.

Das Scheitern ist dann auch glorios, der schiefe Vortrag ein einziges Ringen mit hohen Tönen und englischen Lyrics. Perfekt! Strahlende Gesichter allenthalben in der Duisburger Kneipe „Grammatikoff“. Denn die Besucher gemischten Alters, in der Mehrheit Frauen, sind nicht zu „Anjas Singabend“ gekommen, um Lieder einzustudieren. Sie möchten einfach gemeinsam singen, hier und jetzt, ohne die Verpflichtungen einer Chormitgliedschaft und ohne Angst vor Fehlern. Dafür aber gern in Begleitung eines Mut machenden Biers oder Weins. „Ich höre oft von Besuchern, dass sie Hemmungen haben, in der Öffentlichkeit zu singen“, erzählt Anja Lerch. „Wenn sie dann aber im Laufe des Abends mehr und mehr aus sich herausgehen, stimmlich fester werden, sich im Rhythmus mitbewegen - dann wirkt das Singen umso befreiender. Singen macht glücklich!“

>

Foto: M. Hilscher

Im Dritten Reich ideologisch missbraucht, war das Singen lange aus dem Alltag verschwunden. Jenseits von Kirchen oder althergebrachten Chören gab es kaum Angebote. Das ist vorbei. Gemeinsam singen, frei von der Leber weg, ist zu einer Bewegung geworden. Deutschland, wie es singt und lacht. // TEXT // **RALF KALSCHEUR**

Sangeslust





Der „Berliner Kneipenchor“:
Lockere Leute aus der Kreativ-
branche, die gern mal zusam-
men ein Bier trinken.



Schlückchen trinken, noch mal räuspern, eine Band aus der populären Abteilung ist an der Reihe, die die Ungezwungenheit im Namen führt. „Ohne dich“ der „Münchner Freiheit“ kennen hier alle, und der hohe Wiedererkennungswert zeigt sich in der Unbedingtheit, mit der sich der Kneipenchor dem Refrain widmet: „Und ich gebe offen zu / Das, was ich will, bist du“. Herzblut lassen die Sänger in das extra lang gedehnte „u“ beim „du“ fließen, denn es wird ja nicht irgendjemand gewollt. „Is et nich herrlich?“, fragt der Sitznachbar rhetorisch, Typ Eisenbieger mit gemütlicher Wampe, der sich breit lächelnd und mit hektisch aufeinanderpatschenden Pranken am großen Beifall beteiligt. Der ist zwar an die prima Entertainerin auf der Bühne gerichtet, doch eigentlich beklatschen sich die Mitglieder der singenden Zufallsgemeinschaft selbst. Wir sind Chor.

Schlange stehen für den Singabend

Anja Lerch studierte Jazzgesang und tritt mit diversen Bands auf. Vor sechs Jahren kam die alleinerziehende Mutter von drei Kindern auf die Idee, sich mit der Moderation von Singabenden in Kneipen eine weitere Einnahmequelle zu erschließen. „In Duisburg fehlte ein niederschwelliges Angebot für Leute, die einfach hin und wieder mal gern singen“, erzählt die 44-Jährige. Und erinnert sich an den kleinlauten Beginn ihrer Chorleiterkarriere: Gerade mal sieben Seelen fanden sich zum ersten Singabend ein. Doch Lerch blieb dran, und was sie kann, sprach sich herum.

Mit kurzweiligen und im verbindlichen Ruhrgebiets-Slang vorgetragenen Liedankündigungen bricht sie das Eis, fordert die Verlegenen mit Zwischenrufen wie „Traut euch!“ heraus und besinnt sich ganz auf ihre Aufgabe: Sie macht die Musik, am Keyboard, und ihr engagierter Gesang gibt den Ungeübten Halt und Orientierung. An jedem Singabend stehen andere Lieder auf dem Programm, das sehr bunte Repertoire reicht von Rock und Pop über Schlager bis zum klassischen Liedgut. „Schöne Volkslieder wie ‘Wenn alle Brünnlein fließen’ nehme ich immer mit rein. Es lohnt sich, die alten Lieder wiederzuentdecken. Dabei entsteht eine besondere Rührung im Saal“, erklärt die Duisburgerin.

Mittlerweile kommen regelmäßig Hunderte, um mit Anja Lerch zu singen. Eineinhalb Stunden vor Beginn von „Anjas Singabend“ stehen die Leute schon

Schlange vor dem „Grammatikoff“, in winterlichem Nieselregen und in der für ihr abendliches Unterhaltungsangebot sonst gänzlich unberühmten Ruhrgebietsstadt. Über 50 Besucher müssen sang- und klanglos wieder abreisen: kein Platz mehr. Vielleicht haben sie in Duisburgs Nachbarstadt Mülheim an der Ruhr mehr Glück. Auch dort gibt Lerch inzwischen ihren Singabend, frühe Anreise ist aber ebenfalls empfohlen. Gerade ist die Musikerin dabei, Düsseldorf zum Singen zu bringen.

Offene Singangebote gibt es schon in vielen Städten, und es werden immer mehr. Die Veranstaltungen heißen „Rudelsingen“ oder „Frau Höpker bittet zum Gesang“, genießen hohen Zuspruch und man darf annehmen, dass die Wirte die Bewegung ähnlich glücklich macht wie die partizipierenden Sänger. „Es hat sich seit etwa zehn Jahren eine richtige Singszene in Deutschland entwickelt“, sagt Prof. Peer Abilgaard, Chefarzt der psychiatrischen und psychotherapeutischen Abteilung in der Helios Marien Klinik Duisburg. Abilgaard studierte parallel Humanmedizin, Gesang und Trompete. Sein Lebenslauf ist bemerkenswert: Als preisgekrönter Gesangssolist in den Bereichen Oper, Konzert und Oratorium gastierte der 43-Jährige acht Jahre lang als Berufsmusiker an verschiedenen Bühnen, bevor er als Mediziner Karriere machte. „Das Singen wurde in den Schulen jahrzehntelang stiefmütterlich behandelt“, erklärt Abilgaard, der neben seiner Chefarztätigkeit in Duisburg den für ihn geschaffenen Lehrstuhl für Musikergesundheit an der Hochschule für Musik und Tanz Köln bekleidet: „Die Kriegs- und Kriegskindergeneration hatte schlechte Erinnerungen ans Singen und ging befangen mit dem Thema um.“

Renaissance eines belasteten Begriffs

In der NS-Zeit war das gemeinsame Singen allgegenwärtiger Ausdruck der „gesunden Volksseele“. Die Sing- und Jugendsingbewegungen wurden zu nationalsozialistischen Organisationen wie dem „Reichsbund Volkstum und Heimat“ und den „Musikschulen für Jugend und Volk“ gleichgeschaltet. Dieser Missbrauch des Singens für ideologische Zwecke führte nach dem Krieg zu einer Tabuisierung: Singen galt als rückwärts gewandt und verschwand seit den 1960er-Jahren

zunehmend aus der Erzieherausbildung und aus dem Alltag. In einer nach Erneuerung strebenden Gesellschaft fristete das gemeinsame Singen fortan ein Randdasein in den althergebrachten Strukturen von Chor und Kirche.

Seit Beginn der 2000er-Jahre hat nicht zuletzt eine Vielzahl von Castingshows im Fernsehen dazu beigetragen, dass sich das historisch belastete und schließlich unmodern gewordene Sujet des Singens erholt hat. Das Unterhaltungskonzept der Suche nach dem nächsten „Superstar“ ist zwar peinlich - das Singen an sich hingegen ist es heute nicht mehr. In den Schulen wird wieder gerne gesungen und gerappt.

Heilende Kraft des Singens

Dennoch braucht es Ermutigung, um sich ein Herz zu fassen und in der Öffentlichkeit zu schmettern. „Das Singen ist eine Form der Entäußerung, durch die Emotionen unmittelbar vermittelt werden können“, erklärt Peer Abilgaard. Dass viele Menschen davon überzeugt sind oder vorgeben, nicht singen zu können, hat mit der Furcht vor Zurückweisung zu tun, insbesondere wenn Gefühle offenbar werden. „Darum steht und fällt ein Singkreis mit dem, der ihn anleitet“, so der Musiker und Mediziner. „Die Menschen müssen gestärkt und aus der Reserve gelockt werden.“ Die

»



Anonymität in den Reihen des zufällig zusammengekommenen Kneipenchores wirke in diesem Zusammenhang ähnlich schützend wie die Geborgenheit, die ein organisierter Chor vermittelt. Beim Singen trifft man sich auf nonverbaler Ebene zu einem Gemeinschaftserleben, bei dem die Musik intuitiv erschlossen wird. Reden ist nicht notwendig. „Das Singen ist eine Ganzheitserfahrung des Körpers vom Scheitel bis zur Sohle, bei der das Belohnungssystem aktiviert wird und Glückshormone ausschüttet“, erläutert Abilgaard. „Das Singen ermöglicht es, gemeinsam anzufangen und gemeinsam aufzuhören. Das ist Harmonie. Das ist der Zauber, der im gemeinsamen Einatmen liegt. Das geht mit Sprache nicht, denn die bedingt das Nacheinander.“

Das gemeinschaftliche Singerlebnis sei ein Schutzfaktor, um mit geistigen Erkrankungen besser fertig zu werden und die seelische Widerstandskraft zu stärken, so der Facharzt für Psychiatrie und Psychothera-

pie. In einer vermehrt mit Stress, Depression und Burn-out-Syndrom kämpfenden Gesellschaft ist es darum auch dieser medizinische Aspekt, der eine Herleitung für die neue Popularität des Singens darstellt. Die Musiktherapie macht sich die heilende Kraft des Singens zunutze. Abilgaard sitzt im wissenschaftlichen Beirat des Vereins „Singende Krankenhäuser“. Das internationale Netzwerk zur Förderung des Singens in Gesundheitseinrichtungen bildet Singleiter aus, die mit Patienten, Senioren und auch mit Todeskranke in Hospizen singen. Gemeinsam bewegt sein, darum geht es im Kern.

Und jetzt alle!

Peer Abilgaard erlebt das nicht nur im Job, sondern auch jeden Abend, wenn er zur Schlafenszeit mit seinem sechsjährigen Sohn singt. Oder am Wochenende im Fußballstadion, wenn Zehntausende Fans seines Vereins Fortuna Düsseldorf zusammen einen der eher seltenen Siege besingen. „An Tagen wie diesen“, die Fortuna-Version des hymnischen Schlagers der „Toten Hosen“, schmettert dann auch der hartgesottene



„Die Menschen müssen aus der Reserve gelockt werden.“

- Peer Abilgaard; Mediziner und Musiker -

Kuttenträger beseelt mit. Das Band, das gemeinsames Singen spannt, verknüpft verschiedenste Ausdrucksformen.

Im Berliner Mauerpark etwa sitzen in den warmen Monaten jeden Sonnagnachmittag gut tausend Menschen im bis auf den letzten Platz besetzten Amphitheater. Im Zentrum stehen der Ire Joe Hatchiban und sein orangefarbenes Lastenfahrrad. Das trägt eine mobile Karaokeanlage, deren Mikrofon sich jeder nehmen kann, der sich traut. Woche für Woche greifen überraschend viele Besucher zu. Für schamhafte Zurückhaltung besteht jedoch auch kein Anlass: Je ausgefallener oder windschiefer der Vortrag, desto größer ist der Jubel der Menge. Berliner und Touristen treten auf, junge und ältere, ein Flaschensammler gehört zu den immer wiederkehrenden Sängern. Das Sympathische an der Veranstaltung, auf die mittlerweile in vielen Berlin-Reiseführern hingewiesen wird, ist die vom Willen zur Unterstützung der Auftretenden getragene Atmosphäre: Der Beifall für jeden Teilnehmer ist riesig, Hämme verpönt, und zur Not springen der Gastgeber und ein Teil des Publikums bereitwillig ein, um einen verunglückten Song zu einem guten Schluss zu bringen.

Die wiedergewonnene Freude am Singen außerhalb von Rückzugsräumen wie Badezimmer oder Auto verändert nach und nach auch die Chorlandschaft. Der klassische Männergesangsverein etwa verleiht schon seit 30 Jahren immer weniger goldene Ehrennadeln für die langjährige Mitgliedschaft. Shanty-, Knappen- und Kirchenchöre schauen vielerorts auch nicht glücklicher aus der farblich abgestimmten Einheitskleidung. Stattdessen bilden sich kleinere Vokalensembles und alternative Chorprojekte.

Viel mehr Arbeit als gedacht

So wie der „Berliner Kneipenchor“. Matse Hielscher hat ihn vor zwei Jahren gegründet, nachdem sein Freund Nino Strotzki vergeblich nach einem Chor in Berlin gesucht hatte, der ihm zusagte. Gemeinsam spielten die beiden in der 2010 aufgelösten Indie-Pop-Band „Virginia Jetzt!“ Der Chor, den sie sich vorstellten, sollte ein zeitgemäßes Repertoire von Hip-Hop über Pop bis Indie singen und aus einer gleichgesintneten Sängerschaft bestehen: lockeren Leuten zwischen 20

und 40, die nach dem Proben gern noch zusammen ein Bier trinken. „Ich habe E-Mails an Bekannte geschickt, die Idee sprach sich recht schnell herum“, erinnert sich Hielscher. 15 Singfreudige konnten sich spontan mit dem Plan anfreunden und kamen zur ersten Probe, inzwischen ist der Kreis auf 30 Männer und Frauen angewachsen. Hielscher: „Wir könnten jetzt schon 300 Sänger sein, Anfragen gibt es viele. Aber größer wollen wir nicht werden, damit der familiäre Charakter unseres Chors erhalten bleibt.“

Das große Interesse am Kneipenchor hat zum einen damit zu tun, dass die Gruppe das Image der Berliner Kreativbranche verkörpert und somit einen größtmöglichen Gegenpol zum angestaubten Chorbe Griff bildet. Die Auftrittsorte, etwa beim „Torstraßenfestival“ oder in alternativ-szenigen Kaschemmen, passen in dieses Bild. Der coole Chor von mehrheitlich Künstlern und Medienschaffenden ist in Berlin ein Publikumsmagnet. Zum anderen „ist es aber auch so, dass es einfach noch nicht so viele Kneipenchöre wie uns gibt, in denen sich jüngere Leute wohl fühlen können - obwohl die Nachfrage da ist“, sagt Hielscher.

So ein Chor sei zwar schnell gegründet, doch damit er funktioniert und Bestand hat, bedürfe es einer musikalischen Leitung, die mehr als nur „Ah-nung“ hat, sowie eines Mindestmaßes an Disziplin und Idealismus der Mitglieder, meint Matse. „Wir kommen einmal pro Woche zusammen, um gerade bei neuen Songs jede Stimme einzustudieren. Das Dirigieren übernimmt bei uns eine studierte Jazzsängerin. Die Songtexte werden auswendig gelernt. Wir haben einen musikalischen Anspruch, und den zu erfüllen ist viel mehr Arbeit, als wir anfangs dachten.“

Matse Hielscher macht übrigens nicht aktiv mit: „Ich singe zwar gern, aber ich kann es nicht.“ Der 33-Jährige organisiert lieber die Konzerte und erfreut sich still am Gesang seiner Freunde. Vielleicht spaziert er nach der Probe im Michelberger Hotel mal die Warschauer Straße herunter, dann nach rechts ein paar Hundert Meter an der East Side Gallery vorbei zum Radialsystem V. Dort trifft sich der „Ich-kann-nicht-singen-Chor“. ●



RALF KALSCHEUR ist freier Autor und lebt in Berlin. Selbst singen ist seine Sache nicht. Es sei denn, es wird der „Stern des Südens“ besungen, in der Allianz Arena, wo gute Menschen die Raute im Herzen tragen.
Kalscheur@KTGB.de



Kein Schwein geworden

Wer im Westdeutschland der 70er-Jahre aufwuchs, lernte früh, dass man zur Mehrheit gehören und dennoch als Nonkonformist gelten kann. Der Mainstream war nun mal links – und trotzdem fühlte man sich als Rebell. Diese Haltung haben sich viele Journalisten bis heute bewahrt. Unser Autor Jan Fleischhauer ist zwar beim *Spiegel*/ auch „Unter Linken“ – so der Titel seiner Kolumne –, selbst aber inzwischen konservativ.

Tom Wolfe stellt den Lesern seines neuen Romans „Back to Blood“ eine Figur namens Edward Topping IV vor. Angesichts eines aufstrebenden Reporters lässt der Autor den opportunistischen Chefredakteur eine These zu dessen Motivation entwerfen: Die Persönlichkeit eines Jungen entscheide sich im Alter von sechs Jahren. Einerseits gäbe es da die dominanten Draufgänger, andererseits die Schwächlinge. „Auch sie träumen von Macht, Geld, Ruhm und attraktiven Verehrerinnen. Jungs wie dieser Bengel lernen instinktiv, dass Sprache ein Werkzeug ist, wie ein Schwert oder ein Gewehr. Geschickt eingesetzt, hat sie die Macht ... na ja, vielleicht nicht Dinge zu erreichen, aber Dinge zu zerstören. Einschließlich Menschen. Einschließlich der Jungs, die auf der stärkeren Seite dieser Trennlinie stehen. Hey, darum geht es Linken! Ideologie? Wirtschaftspolitik? Soziale Gerechtigkeit? Das sind bloß Fassaden. Ihre politischen Vorlieben wurden im Alter von sechs Jahren auf dem Schulhof geprägt. Sie waren die Schwachen und deshalb hassen sie seitdem die Starken. Deshalb sind so viele Journalisten Linke!“

Ich hatte immer schmale Schultern, schon zu Schulzeiten. Weil ich in einer Zeit groß wurde, als man sich in der Pause noch prügelte, brachte mich das in gewisse Verlegenheiten, wenn ich auf stärkere Gegner stieß. Ich zog regelmäßig den Kürzeren - bis ich entdeckte, dass

man jemanden mit Worten mindestens so wirksam niederstrecken kann wie mit einem Faustschlag. Ich weiß nicht mehr genau, wann sich das Verhältnis umkehrte und die Starken die Dummen waren. Aber mich durchströmt noch heute ein warmes Gefühl, wenn ich daran zurückdenke.

Bin ich deshalb links geworden? In meinem Fall jedenfalls stimmen die Ausgangsbedingungen, die Tom Wolfe als Grund für die politische Schulhofsozialisation nennt. Aber die Ohnmachtserfahrung des Sechsjährigen allein erklärt nicht die Hinwendung zum Ideologischen. Auch Bill Gates gehörte in der Schule zu den Schmächtigen, ohne dass ihn das zu einem Linken gemacht hätte. Es kommt etwas anderes hinzu: Wer sich links einordnet, findet Beifall. Das ist keine ganz unwesentliche Motivation, sich dieser Seite anzuschließen.

Es gab in meiner Klasse zwei Jungen, die nicht links waren. Der eine hieß Christian, ein weizenblonder, immer leicht gebeugt gehender Junge mit einer großen Brille und einem sympathischen, aber linkischen Lächeln. Heute würde man in ihm vielleicht den nächsten Internetmillionär vermuten, aber damals war er einfach nur jemand, der sich irrsinnig gut mit Zahlen auskannte. Der andere, Walter, war in der Schule eher unauffällig. Dafür hatte er ein Hobby, das ihn von allen



„Wenn wir uns auf dem Pausenhof zusammenfanden, waren eigenartigerweise alle einer Meinung.“

unterschied: Er stopfte Tiere aus. Kaninchen, Mäuse und kleine Echsen, am liebsten aber Vögel, alles mit Federn und Schale.

Christian und Walter waren die beiden örtlichen Vertreter der Jungen Union. Das hat, wie ich zugeben muss, mein Blick auf die Jugendorganisation der deutschen Christdemokratie nachhaltig geprägt. Die beiden blieben auch für die gesamte Schulzeit die einzigen Mitglieder, soweit ich das beurteilen konnte; Angehörige einer seltsamen Spezies, die mit Aktentasche zur Schule kamen und grauen Stoffhosen mit weicher Bügelfalte.

Wir anderen trugen Parka und Jeans und das Überlegenheitsgefühl der rebellischen Jugend, die genau weiß, was man tun und lassen muss, um dazuzugehören. Von meinen Lehrern habe ich immer gehört, wir sollten uns einen eigenen Kopf bewahren, dem Gruppendruck widerstehen. Uns leuchtete das sofort ein. Niemand lässt sich gern nachsagen, ein Anpasser zu sein. Berufswunsch Konformist ist eher ungewöhnlich. Aber wenn wir uns auf dem Pausenhof zusammenfanden, waren eigenartigerweise alle einer Meinung. Wir waren der Mainstream, Herren über ein gut ausgepolstertes Gruppenvertrauen, das sich bei denen, die dem linken Lebensgeist treu geblieben sind, bis heute erhalten hat. Ich lernte früh,

dass man zur Mehrheit gehören und dennoch als Non-konformist gelten kann.

Dass viele Journalisten mit erkennbarer Verachtung auf Leute blicken, die es zu Ruhm und Reichtum gebracht haben, hat mit frühpubertärer Traumatisierung weniger zu tun als von Leuten wie Wolfe vermutet. Die Draufgänger der Kindheit, die bei den Mädchen so einen Schlag hatten, trifft man später als Versicherungsvertreter oder im Getränkemarkt. Die Konkurrenten, von denen es sich im Nachhinein abzusetzen gilt, sind eher die Jungs mit der Brille und der Stoffhose, die es wider Erwarten an die Spitze eines Millionenunternehmens gebracht haben. Die Abwertung hat so gesehen eher psychohygienische Gründe. Wer mit Bill Gates zur Schule gegangen ist, hat nur eine Möglichkeit zu rechtfertigen, warum es bei ihm lediglich zu einer Stelle im Mittelbau einer Zeitung oder Fernsehanstalt gelangt hat. Na gut, sagt er sich: Gates ist heute sehr viel reicher als ich. Aber dafür habe ich mich nicht korrumptiert wie er. Ich bin nicht zum Schwein geworden. ●



JAN FLEISCHHAUER ist Redakteur beim *Spiegel* und Autor des Bestsellers „Unter Linken“. Sein jüngstes Buch heißt „Der Schwarze Kanal – was Sie immer schon von Linken ahnten, aber nicht zu sagen wagten“ und enthält die schönsten Texte aus seiner gleichnamigen Kolumne.
fleischhauer@spiegel.de

ZITATE DER FREIHEIT



„VERNUNFT IST INNERE FREIHEIT.“

STANISLAW LEM

Tch lese den Satz als 17-Jähriger und winke ab: Vernunft ist die Antithese zur Freiheit. Vernunft kommt kariert und mit zwei Hemdtaschen daher, Vernunft trägt Spuren von Brunnen-Kreide an den Fingerkuppen, Vernunft fordert, dass man zur Begrüßung steht, Vernunft achtet auf sorgfältige Mitarbeit.

Aber sorgfältige Mitarbeit ist die Umkehrung meiner Freiheit, die besteht aus sorgfältiger Dekonstruktion. Ich lege dabei die Fingerfertigkeit eines Origamifalters an den Tag, ziehe von zu Hause aus, baue Grammatikfehler in mein Englisch ein, dekonstruiere die Erziehungsidee meiner Eltern, indem ich benutzte Teller in den Müll werfe und mir neue im Versandhandel kaufe. Ich umkurve Vernunft. James Dean, denke ich, kann auch aus Neuwied kommen und Pickel haben, und überall in den Kleinstädten und Kinderzimmern mit PC sind es James Deans, die aus Nerdbrillen heraus wirklich vernünftig Nö sagen zum Karierten.

Ich lese den Satz als 37-Jähriger und habe eine Packung Brunnen-Kreide gekauft, um auf einer Kindertafel ein Modell des Sonnensystems aufzuzeichnen. Dabei komme ich durcheinander: Mein Sohn behauptet, es gebe acht Planeten, ich sage, es seien neun. Ein Planet steht durchgestrichen auf der Tafel. Der Pluto. Wir führen eine lange Debatte. Der Pluto kann ja nicht verschwunden sein. Es

bleibt ein Rätsel. Wir einigen uns, den Pluto in Klammern zu setzen.

In der Zwischenzeit habe ich mich informiert. Die Umlaufbahn des Pluto ist elliptisch, ein Kriterium gegen den Planetenstatus, und um ihn herum gibt es mehrere sogenannte Trans-Neptun-Objekte namens Plutinos. Seit Jahren tobt eine Debatte darüber, ob der Pluto ein Planet ist oder irgendetwas anderes. Schließlich hat sich die International Astronomic Union im Jahr 2006 dafür entschieden, dem Pluto den Planetentitel abzuerkennen und stattdessen eine neue Kategorie zu erfinden: Zwergplaneten.

Wir betrachten die Planeten, zeichnen sie neu auf und sortieren sie um. Wir setzen den Pluto in die Mitte. Nehmen den Zwergh wieder auf. Ich schneide das Zitat von Stanislaw Lem auseinander und klebe es neu zusammen zu meinem Zwergsatz: Innere Freiheit ist Vernunft. Den stecke ich mir in eine meiner beiden Hemdtaschen. ●

Mehr Freiheitszitate: www.freiheit.org/zitate



CHRISTIAN ULMEN ist Film- und Fernsehschauspieler: 2008 gewann er den Grimme-Preis als „Dr. Psycho“, aktuell ist er als Produzent von „Stuckrad-Barre“ nominiert. Pluto begegnete ihm schon im zarten Alter von 19 Jahren: als Moderator der RTL-Sendung „Disney & Co.“
redaktion@libmag.de



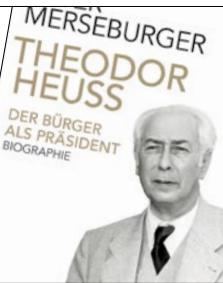
B E L E S E N

DIE LIBERAL-REDAKTION EMPFIEHLT

PETER MERSEBURGER

Theodor Heuss

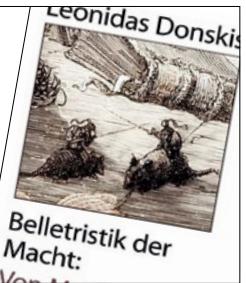
Der Bürger als Präsident
DVA, München 2012,
672 Seiten, 30 Abbildungen,
29,99 €



LEONIDAS DONSKIS

Belletristik der Macht:

Von Machiavelli bis Milan Kundera
zweite, stark erweiterte Auflage
Accedo, München 2012,
227 Seiten, 24 €



Eigentlich durchlief Theodor Heuss eine für das späte 20. Jahrhundert geradezu typische Politikerkarriere: Parteieintritt im jugendlichen Alter, Mitarbeiter eines Spitzopolitikers, Anstellung bei parteinahen Institutionen und Firmen, Abgeordneter auf kommunaler und nationaler Ebene, Landesminister, schließlich Parteivorsitzender. Allerdings wird nur sehr wenigen derart geschulten Parteipolitikern dann wie Heuss das Glück zuteil, ins oberste Staatsamt aufzusteigen. Schon allein deswegen kommt der Vita des ersten Bundespräsidenten besondere Bedeutung zu.

Eine umfassende Biografie zu Heuss fehlte bislang - Peter Merseburger, bekannter Print- und Fernsehjournalist im Ruhestand - hat sie nun in fast monumentalem Umfang vorgelegt. Er profitiert dabei von den in jüngster Zeit entstandenen Briefeditionen und der übrigen verdienstvollen Arbeit der Stuttgarter Heuss-Gedenkstätte. Das Buch bringt keine neuen umstürzenden Erkenntnisse, es fasst aber unser bisheriges Wissen zusammen und präsentiert es in gefälliger Weise. Nicht nur weil es sich phasenweise an Heuss' „Erinnerungen“ orientiert, ist es mit kritischer Sympathie geschrieben und urteilt auch dort ausgesprochen fair, wo problematische Punkte im Lebenslauf liegen: Ermächtigungsgesetz, Mitarbeit bei NS-Medien, Zusammenarbeit mit der LDPD.

Vor allem ist die Lebensbeschreibung nicht „präsidentenlastig“, der Bundespräsident taucht erst im letzten Viertel des Bandes auf - wenn er natürlich auch schon vorher immer mitgedacht wird. So entsteht eine fast schon populäre Gesamtdarstellung des deutschen Liberalismus zwischen Kaiser- und Adenauerzeit, in der nicht nur der erste FDP-Vorsitzende, sondern auch die Geschichte des organisierten Liberalismus einem breiteren Publikum dargelegt werden. Sie erklärt eindrucksvoll, warum der liberale Bildungsbürger Heuss der „ideale Präsident der ersten Stunde gewesen ist“ (Seite 13). Das Buch sei trotz einiger Irrtümer im Detail allen an der Geschichte des deutschen Liberalismus Interessierten ans Herz gelegt.

JÜRGEN FRÖLICH

Der Litauer Leonidas Donskis ist nicht nur renommierter Philosoph und Autor zahlreicher wissenschaftlicher Bücher, sondern auch seit 2008 als Europaabgeordneter Mitglied der liberalen Gruppe. Bei der Lektüre seines Werks wird klar, dass Donskis mehr Intellektueller als Politiker ist. Kernthema des Buches ist die Menschlichkeit. Seine These: Aus der Moralvorstellung als einem Phänomen, das Denken und Handeln verbindet, hätten sich alle modernen politischen Ideologien entwickelt.

Darunter fällt auch der Totalitarismus, den er mit Verweis auf Milan Kundera „als bis ins Extrem getriebene Moderne, mit all den Folgen des rationalen Planens und bewussten Umbaus der Welt“ beschreibt. Gerade das „Zeitalter der Extreme“, das 20. Jahrhundert, bietet reichlich Anschauungsmaterial, wie leicht politische Einbildungskraft manipuliert oder pervertiert werden kann. Positiv gewendet zeigt Donskis aber auch, dass sich im oft verteufelten Machiavellismus ein humanistischer Kern verbirgt.

Das Diabolische zeigt die Liebe und deren Gebrauch in der Literatur selbst auf: „Die Shakespearesche Liebe ist zum Scheitern verurteilt, weil die Liebenden aus verfeindeten, gegeneinander kämpfenden Lagern kommen, die Orwellsche Liebe, weil sie das einzige Zeugnis von Menschlichkeit in einer Welt des organisierten Hasses darstellt.“ In fast allen Werken über das teuflische Wesen des Totalitarismus spielt dann auch die Liebe eine Schlüsselrolle. Die menschliche Würde und die Fähigkeit zu lieben sind letzte Mittel, um menschlich zu bleiben.

Gerade der ehrgeizige Mensch, selbst jener mit liberaler Einstellung, ist vor autoritärem Denken nicht gefeit. Unser Streben nach Intensität spreche für unsere Unfähigkeit, uns selbst und die Realität kritisch zu analysieren. Stattdessen füllen wir die Realität mit ideologischer Magie, eigenen Regelwerken und Experimenten auf. Mit der lesenswerten Neubewertung von Klassikern der Weltliteratur zeigt Leonidas Donskis sein Feingefühl für Literatur und die Macht von Politik auf.

FLORIAN HARTLEB

Urbane Lebensblüten

Tita von Hardenberg wird noch heute, bald fünf Jahre nach der letzten Ausstrahlung, auf das ARD-Magazin „Polylux“ angesprochen. *liberal* hat ihre Produktionsfirma in Berlin-Mitte besucht und sich dem Unikum unter den deutschen Magazinsendungen angenähert, dessen Markenkern es war, sich in Grenzbereiche der Freiheit vorzutasten.

Eigentlich hatte Tita von Hardenberg mit ihrer Produktionsgesellschaft Kobalt genau den richtigen Standort für „Polylux“: die Torstraße in Berlin. Mehr Zeitgeist als in Berlin-Mitte findet man nirgends in der Republik, jedenfalls galt das für die Jahre um die Jahrhundertwende. Es reichte aus, sich mit einer Tasse Kaffee vor die Tür zu setzen und zu warten, welcher Trend einem so in die Arme lief.

Fast immer sind es echte Großstadtthemen gewesen, die „Polylux“ vorgestellt hat: Mountainbike-Artisten, die sich auf ihrem Weg durch die Stadt nicht von Mauern, Geländern und Mülltonnen aufhalten lassen. Oder „Coworking Spaces“: Statt zu Hause zu jobben, mieten sich Freiberufler stunden- oder tageweise ihren eigenen Arbeitsplatz - WLAN, Frühaufstehen und nette Kollegen inklusive. Die „Polylux“-Rubrik „Lexikon des Lebens“ war ein gezeichneter Schattenriss großstädtischer Lebensblüten, vom Biowahn bis zur entscheidenden Frage, wann ein Trend noch ein Trend ist. Für Großstadtbewohner existenziell wichtige Fragen wurden gestellt: Wo kommen eigentlich die vielen schlechten Straßenmusiker her?

Waches Auge auf Alltags-Trash

„Polylux“ hat so einige Trends ausgegraben, Jahre bevor andere Medien davon etwas mitbekamen - das Revival des Strickens unter Großstadthipstern etwa. Dennoch war „Polylux“ stets mehr als nur ein Zeitgeistmagazin. Tita von Hardenberg spricht von einer „gewagten Mischung aus echter Sozialreportage und Realsatire, wir hatten auch ein waches Auge auf Alltags-Trash“.

Das Publikum für diese Themen war nicht so jugendlich, wie man vermuten möchte. Das Durchschnittsalter der „Polylux“-Zuschauer bezifferten die Quotenmesser auf 58. „Damit waren wir aber drei Jahre jünger als die anderen Sendungen im ARD-Umfeld“, sagt Tita von Hardenberg. Mit all dem war 2008 Schluss. Für Fans war damals klar: Dem bezahlenden Funkhaus, dem Rundfunk Berlin-Brandenburg, war „Polylux“ zu unangepasst; was plausibel klingt, schafft es der Hauptstadtsender doch bis heute nicht, das Faszinierende der Metropole Berlin auch nur an irgendeiner Stelle seines Programms zu transportieren. Doch Tita von Hardenberg stellt klar:



Tita von Hardenberg wuchs in Lüneburg und Isenhardt bei Hannover auf. Ihr Abitur legte sie in Berlin ab und studierte anschließend in Berlin und London. Aus ihrer Filmproduktionsfirma Kobalt stammen Formate wie „Absolut“, „Tracks“ oder „Yourope“, die für *Arte* hergestellt werden. Hardenberg unterstützte als Testimonial die Berliner Pro-Reli-Volksentscheid-Kampagne, die den in Berlin freiwilligen Religionsunterricht zum Wahlpflichtfach machen wollte.

„Die Quote war o.k., zwischen 800.000 und einer Million Zuschauer haben „Polylux“ gesehen. Aber die Sendung war für den späten Sendeplatz einfach zu teuer.“

„Polylux“ wagte sich auch an handfeste sozialpolitische Themen. Da waren die Wuppertaler Eltern, die für die Freigabe von Cannabis auf die Straße gingen. Sie wollten dem Nachwuchs damit nicht zur Dröhnung verhelfen, sondern den Kontakt ihrer Kinder zu Dealern vermeiden, die auch harte Sachen parat halten. Das führte zu generationenverkehrten Diskussionsaufstellungen in der Fußgängerzone: Über 50-Jährige sagten „Legalize it“ - Jugendliche hielten dagegen.

Zu „Polylux“ gehörte auch das Format „Fightclub“, in dem nicht selten grundsätzlich staatskritische oder fortschrittsfreundliche Positionen zu hören waren - wo sonst im Fernsehen gab es Raum für Kritik an einer teils völlig irrationalen Ökologisierung des gesellschaftlichen Lebens? Beispiel einer „Fightclub“-Kampfaufstellung zum Thema Glühlampenverbot: „Pro: Solange man Steinzeit-Glühkolben fast umsonst hinterhergeworfen bekommt, wird niemand auf moderne Energiesparlampen umsteigen. Manchmal muss man die Bürger zu ihrem Glück zwingen! Contra: Wie man sein trautes Heim illuminiert, ist nun wirklich Privatsache. Wird uns die EU demnächst auch noch vorschreiben, wann wir abends das Licht ausmachen müssen?“

Die Darstellung solcher Positionen hat dafür gesorgt, dass „Polylux“ unter Liberalen viele Freunde fand. Wo, wenn nicht bei „Polylux“, wurden genuin liberale Thesen knallhart vertreten - sei es zum „Inlandseinsatz der Bundeswehr“ über „Gentechnik für die Dritte Welt“ bis hin zu „Sonntags shoppen“?

Erfahrung mit Shitstorms, als es die noch gar nicht gab

„Polylux“ hat sich immer wieder in Grenzbereiche der Freiheit vorgewagt. „Wir kamen häufiger an den Punkt zu fragen: Wo hört Freiheit auf? Wo müssen nicht doch Verbote beginnen?“, erinnert sich Tita von Hardenberg und nennt als Beispiel sogenannte HIV-Partys, bei denen Vireenträger ungeschützt mit HIV-Negativen verkehrten. „Es ist sehr bequem, für alles Freiheit zu verlangen“, meint die Moderatorin und bemerkt, dass sich ihre Freizügigkeit im Hinblick auf solche

Extremfälle eher zurückentwickelt habe. Insgesamt jedoch habe das „Polylux“-Team „sehr, sehr unterschiedliche Lebensentwürfe kennengelernt, das hat zu unserer Toleranz beigetragen“.

Die Darstellung solch skurriler Lebensentwürfe war für viele Zuschauer eine Zumutung. „Wir hatten schon Erfahrung mit Shitstorms, als es die noch gar nicht gab“, meint von Hardenberg. Die Möglichkeit, über das Internet schnell, billig und anonym zu kommunizieren, hält die Fernsehproduzentin jedoch auch für einen der Gründe, warum es Magazine wie „Polylux“ nicht mehr gibt. Denn wer den Meinungsmainstream verlässt, muss mit heftigen Reaktionen rechnen. „Diese zerstörerische Form der Kommunikation wird dafür sorgen, dass bald keiner mehr seine Meinung sagt. Meinungsäußerung mag anstrengend und mühsam sein, sie kann in der neuen Kommunikationswelt auch Zerstörung auslösen. Früher galt ein anonymer Brief als feige. Heute machen das alle so“, sagt von Hardenberg. „Die meisten Shitstorms sind Wellen der Political Correctness, losgetreten von Menschen, die sich auf den Schlips getreten fühlen.“

Je wilder die Kommunikation der Massen zu werden scheint, desto vorsichtiger geben sich die Medienprofis, so die These von Hardenbergs: „Es gibt bestimmte PC-Codes, abseits derer nicht berichtet wird. Insbesondere ist es nicht ganz leicht, sich über etwas lustig zu machen. Es wird kritisiert, es wird gelobt, aber Zwischen töne gehen nicht, Ironie schon gar nicht. Beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk muss es korrekt zugehen und bei den Privaten muss man ganz viele mitnehmen. Da ist für so etwas wie „Polylux“ kein Platz mehr, das war nämlich alles andere als political correct.“

Gibt es noch eine Chance für ein „Polylux“-Revival? „Aber ja, wir wären startklar. Ich habe die meisten Leute noch hier, fast das ganze Team. Und es gibt genügend Leute, die „Polylux“ vermissen“, meint Tita von Hardenberg. ●



BORIS EICHLER hat „Polylux“ anfangs für ein Kuriositätenkabinett gehalten und dann dank der Sendung gelernt: Die Welt ist noch etwas bunter, als man denkt.
redaktion@libmag.de

WOLFGANG GERHARDT TRIFFT ...



... DIESMAL: MATTHIAS HORX

Matthias Horx' Geschäft ist die Zukunft, Trends und Zeitgeist sind seine Themen.

Der ehemalige Journalist und Inhaber eines Beratungsunternehmens für Zukunftsfragen analysiert den Wandel gesellschaftlicher Werte und Lebensformen. Mit Wolfgang Gerhardt diskutiert er, welche Rolle der Liberalismus bei diesen Transformationen heute noch spielt.

// FOTOS // REGINA SABLOTNY

GERHARDT: Lieber Herr Horx, wir haben eine freiheitliche Verfassung: das Grundgesetz. Aber die Gesellschaft versteht das Thema „Freiheit“ gar nicht mehr als kulturelles Thema. Das ist eine Herausforderung für den politischen Liberalismus, die Diskussion über die Position „Freiheit“ breiter zu führen. Wir müssen der Gesellschaft immer wieder vermitteln, dass Freiheit sich im Alltag nicht von selbst einstellt und ohne das Zutun eines jeden von uns an Vitalität verliert.

HORX: Das Freiheitsbewusstsein hängt stark von Erfahrungen der Unfreiheit ab, gegen die sich jemand wehren musste. Wenn wir uns die Geschichte des Liberalismus in Deutschland anschauen, dann war die Idee der Freiheit früher an einen starken Staat gebunden, einen Nationalstaat, der vor feudaler Willkür schützte. Nach dem Krieg erkämpften sich die Menschen Freiheit, indem sie kulturelle Bürgerrechte durchsetzten: Befreiung der Frau, Emanzipation der Familien, Diversifizierung von Lebensmodellen. Heute existiert eine gesellschaftliche Mehrheit für die Homosexuellen-Ehe. Und die Menschen haben das Gefühl, dass ihnen sämtliche Möglichkeiten, so zu leben, wie sie möchten, bereits umfassend gegeben sind. Hinzu kommt, dass sich in den letzten zehn Jahren - nicht zuletzt in Ihrer Partei - ein polemisierte Freiheitsbegriff etabliert hat, der Freiheit als einen primär wirtschaftlich konnotierten Begriff geprägt hat.

Nahezu alle anderen Parteien bieten hingegen paternalistische Staatsbetreuungsprogramme an. Da tobte ein Wettbewerb zwischen der SPD und einer sozialdemokratisierten CDU nach dem Motto: „Wer bietet mehr?“ Frau von der Leyen ist täglich auf der Suche nach neuen zu



»ERFOLGREICHE PARTEI POLITIK
GAB ES IMMER DANN, WENN PARTEIEN
TEIL GESELLSCHAFTLICH WIRKSAMER
MILIEUS WAREN.« **MATTHIAS HORX**

betreuenden Gruppen, denen sie flugs einen Benachteiligtenstatus zuerkennen kann. Wo ist da ein emanzipatorischer Gedanke zu erkennen? Der politische Liberalismus in Gestalt der FDP ist herausgefordert zu sagen, ob er diesen Weg des sich ausbreitenden Staates - und damit hin zu einer „Gesellschaft mit beschränkter Haftung“ - mitgehen will.
Am Ende dieses Weges steht ja, dass Individuen die Konsequenzen ihres Handelns nicht mehr tragen und verantworten müssen.

Horx: Das Motto „Möglichst wenig Staat“ wird aber nicht genügen ...

Nein, aber das betreiben wir so schlicht auch nicht.

Jedenfalls ist es ein Fehler, sich allein durch die Abgrenzung von seinen Gegnern zu definieren. Das nicht zu tun, darin liegt die eigentliche Herausforderung. Die Liberalen müssen die in der Tat nicht sehr großen, aber spannenden neuen kreativen und freiheitsliebenden Milieus entdecken und damit einen neuen Freiheitsbegriff für das 21. Jahrhundert. Es gibt eine neue kreative Klasse, wenn Sie so wollen: einen kreativen Kapitalismussektor. Das ist eine kleine, aber sehr kulturprägende Avantgarde, die versucht, den Freiheitsbegriff - auch in wirtschaftlicher Hinsicht - neu zu definieren. Diesen Menschen ist der Begriff der Kreativität näher als der Begriff der Liberalität. Und in diesen Milieus mischen sich liberale, sozial-liberale, aber auch grüne Weltanschau-

ungen. In diesen recht großen und deutungsmächtigen Kulturen erwachsen Vorstellungen eines neuen Freiheitsbegriffs, an den die FDP kulturell noch keinen Anschluss gefunden hat. In anderen Ländern jedoch bilden diese Milieus die Grundlage für neue liberale Parteien, etwa die Grünliberalen in der Schweiz oder die neue israelische Partei „Es gibt eine Zukunft“.

Wir müssen uns in der Tat selbst neu beschreiben. Wir können nicht verlangen, dass andere uns so porträtieren, wie wir das gerne hätten. Man muss den Menschen erklären, wohin man will - und das nicht nur in Hochglanzbroschüren oder Rechenschaftsberichten.

Erfolgreiche Parteipolitik gab es immer dann, wenn Parteien Teil gesellschaftlich wirksamer Milieus waren. Die Sozialdemokratie hat ihren Aufstieg damit begonnen, dass sie ein vor allem in der Bildung aufwärtsmobiles Arbeitertum geprägt hat. Das wurde in der sozial-liberalen Zeit auch geschichtsmächtig. Diese Milieufragen sind heute schwieriger. Auch CDU und SPD haben die selbstverständliche Unterstützung ihrer Stammmilieus verloren ...

»DIE GRÜNEN HABEN
INZWISCHEN DAS KOMPLETTE
SOZIALSTAATS PROGRAMM
DER ALten SPD ÜBERNOMMEN.«
WOLFGANG GERHARDT

... was diese Parteien ja ebenso diskutieren. ... und das liberale Element, das kommt hinzu, sickert auch in alle anderen Parteien ein: Bei den Grünen gibt es einen großen Anteil liberal denkender Menschen - eine Restmenge staatsfixierter Vertreter ist natürlich weiterhin vorhanden.

Die Grünen kommen mir vor wie gespalte Modernisierer ...

... wie die FDP auf einer anderen Ebene.

... jedenfalls haben sie inzwischen das komplette Sozialstaatsprogramm der alten SPD übernommen. Mich beschäftigt seit Längerem, dass eine Partei, die immer fest in der jungen Generation verankert war, diese konservative Haltung zeigt und nicht bereit ist, sich mit den gegenwärtigen Problemen des Sozialstaats auseinanderzusetzen. Zum Beispiel mit dem Umstand, dass er Fehlanreize aussendet.

Die Erfahrung der Menschen ist eine andere. Der Sozialstaat funktioniert an den meisten Stellen enorm gut. Der Staat hat durch seine Aktivität den Menschen viele ihrer - zugegebenermaßen zum Teil hysterischen - Ängste nehmen können. Denken wir nur mal an die Kurzarbeit: Das war ein Staatstriumph in der Krise. Arbeit wurde flexibilisiert - und erhalten.





»DASS DIE DIGITALEN MEDIEN EINE NEUE WIRKLICHKEIT ERZEUGEN, LÄSST MICH ZUMINDEST AUF EINE AUSHÖHLUNG DES KLASSISCHEN ERREGUNGSJOURNALISMUS HOFFEN.«

MATTHIAS HORX

ten. Oder die Hartz-Gesetze, die am meisten verrufene Reform in Deutschland. Sie ist noch in keiner Talkshow zutreffend beschrieben worden. Und auch ihre Weiterentwicklung kann dort kaum diskutiert werden ...

... obwohl wir eine Agenda 2020 dringend bräuchten.

Richtig. Reformen müssen immer weiterentwickelt werden. Die Gesellschaft führt aber keine Reformdebatten mehr.

Das liegt auch an dem Umstand, dass jene, die die Reformen angestoßen haben, sich inzwischen davon abgewendet haben. Die Sozialdemokraten gehen bei „Rente mit 67“ und vielen anderen Fragen weg von der Reformagenda.

Es war dennoch eine interessante Beobachtung zu sehen, wie Schröder damals eine gesellschaftliche Teilmehrheit mobilisiert hat, die quer zu den Parteien lag. In der modernen Erregungsdemokratie nehmen die Parteien vielleicht eine ganz andere Rolle ein als die traditionelle, in der wir sie kennen. Vielleicht müssen sie in Zukunft vermehrt Allianzen schmieden und weniger Programme verabschieden. Die wichtigsten Reformen der vergangenen Jahre hat immer die jeweili-

ge politische Gegenseite durchgesetzt: Am Ende wird die CDU die Schwulenehe einführen und die Linke harte Sozialreformen verabschieden. Die wirkliche Zukunftspolitik ist immer Crossover-Politik.

Die FDP hat den Reformen von Schröder damals zugestimmt. Sie entsprachen den Forderungen, die wir selbst formuliert hatten. Gegenwärtig sehe ich jedoch kaum die Bereitschaft, so etwas wie Crossover-Entscheidungen herbeizuführen. Über eine Agenda 2020 ist angesichts des anstehenden Wahltermins nicht einmal öffentlich zu diskutieren. Es gibt keine Debatte über die Entwicklung unserer Zivilgesellschaft und unseres Sozialstaats, auch nicht über Maßnahmen, mithilfe derer wir die Marktwirtschaft revitalisieren könnten.

Oft verhindert gerade Öffentlichkeit den Diskurs. Eine unserer Thesen aus der systemischen Politikbetrachtung lautet: Politik wird sich zunehmend auf die Ebene der Gemeinde zurückverlagern, weil dort unmittelbare demokratische Rückkopplung möglich ist: Der Bürger sieht es, wenn eine Straße oder ein Bahnhof gebaut wird, er kann den Bürgermeister anfassen oder

beschimpfen. Die großen Strukturentscheidungen hingegen, die aus den Krisenzwängen geboren werden, fallen in Brüssel.

In der Tendenz gebe ich Ihnen recht. Dennoch sind die Menschen immer noch überzeugt, dass ihre Angelegenheiten beim Nationalstaat am besten aufgehoben sind, dass der Nationalstaat die Hülle ihres gesellschaftlichen Lebens ist. Ich hätte mit einem früheren Ableben der Nationalstaaten gerechnet. Wir Deutschen hatten nie besonders große Probleme, zugunsten der EU auf Souveränitätsrechte zu verzichten. Da tun sich andere Nationen schwerer, das ist nicht jedermann's Cup of Tea. Wenn Sie heute die Diskussionen in Bulgarien und Rumänien verfolgen, wo die Parteien eine sehr unterentwickelte politische Streitkultur pflegen, entdecken Sie, dass viele Mitglieder der EU den Nationalstaat noch längst nicht abgeschrieben haben. Und was die kommunale Ebene anbelangt: Wir haben jetzt in Hessen eine Reihe direkt gewählter Bürgermeister, sehr gute Persönlichkeiten. Es wundert mich nicht, dass die gewählt worden sind.

... und fragt man sie, ob sie nicht nach Berlin in die Politik gehen wollen, werden sie antworten: Um Gottes Willen! Das war früher ganz anders. Ich beobachte in meinen Netzwerken von Unternehmern und Intellektuellen einen Effekt: die Ermüdung an der medialen Wirklichkeit. Früher hat man noch interessiert verfolgt, wenn bei Jauch Politiker aufeinandertrafen. Heute wendet man sich gleichgültig ab und seinen Geschäften zu - Geschäfte auch im kulturellen Sinn. Diese sind heute alle europäisch geprägt, jedenfalls bei den Menschen, die zu den informellen Eliten zählen. Dass die digitalen Medien eine neue Wirklichkeit erzeugen, lässt mich zumindest auf eine Aushöhlung des klassischen Erregungsjournalismus hoffen: durch Boykott und Migration, durch stummes Verweigern. Die am häufigsten gestellte Frage bei meinen Vorträgen lautet: Was kann man gegen diesen medialen Wahn machen? Ich habe darauf nur eine Antwort: ausschalten! ●

Früher an Später denken.



Wer im Alter sein Leben genießen möchte, denkt frühzeitig an eine private Vorsorge. Als einer der größten eigenständigen Finanzvertriebe mit mehr als 35 Jahren Erfahrung in Vermögensaufbau und -absicherung begleiten wir unsere Kunden langfristig.

Fast 6 Millionen Kunden vertrauen auf die Beratung unserer mehr als 37.000 Vermögenberater. Wir ermitteln für Sie genau das Vorsorgekonzept, das am besten zu Ihnen passt.

*Früher an
Später denken!*



Deutsche
Vermögensberatung

Informieren Sie sich bei unserer kostenlosen Kundenhotline unter:
0800 3824000 oder finden Sie Ihren persönlichen Vermögensberater unter: www.dvag.de



„Eine Gesellschaft braucht Regeln – die Frage ist nur wie viele?“

DR. REGINE WOLFGRAMM
General Manager Qualitätsmanagement bei Reemtsma

Wir bei Reemtsma sind der Ansicht, dass jede Gesellschaft Regeln für den Umgang miteinander braucht. Zu viele Regeln führen jedoch schnell in eine Verbotskultur. Wir sollten nicht vergessen: Die Selbstbestimmung des Einzelnen ist ein hohes gesellschaftliches Gut. Reemtsma leistet hier seinen ganz eigenen Beitrag. So unterstützen wir zum Beispiel mit dem Reemtsma Begabtenförderungswerk die Ausbildung junger Menschen aus sozial schwachen Umfeldern. Denn Bildung ist der Schlüssel zu einem selbstbestimmten Leben. Nur so hat unsere Gesellschaft eine Zukunft.
www.reemtsma.de

WERTE LEBEN. WERTE SCHAFFEN.

 Imperial
Tobacco
REEMTSMA